Dienstag, 2. September 1986 - D * * *

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 203 - 36. W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 ... Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 38,00 bfr. Frankreich 7,00 F. Griechenland 150 Dr. Großbritannien 65 p. Italien 1500 L. Jugoslawien 600,00 Din. Luxemburg 28,00 lfr. Niederlande 2,30 hfl. Norwegen 8,50 nkr. Österreich 14 öS. Portugal 150 Esc. Schweden 8,00 skr. Schweiz 2,00 sfr. Spanien 170 Pts. Kanarische Inseln 185 Pts. Türkei 750 TL.

Heute in der WELT

Die großen Straßen der Welt

Über die großen Avenuen und Flanierstraßen der Metropolen berichtet die WELT in einer sommerlichen Serie. Bisher *wurden unter anderem der Ku'damm (Berlin)*, der Faubourg Saint Honoré (Paris), die Via Veneto (Rom), der Broadway (New York) und der Newski Prospekt (Leningrad) vorgestellt. Heute: die Bond Street in London. Seite 17

Morgen in der WELT

Adenauer in Paris

Die Gründung der europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (Montanunion) im April 1951 gilt Konrad Adenauer als „Grundstein zum Gebäude eines europäischen Bundes". Wie breit indes der Graben noch ist zwischen den Deutschen und den Westmächten, zeigt Adenauers erster Paris-Besuch – elf Jahre nach Hitlers „Visite". Die WELT druckt Auszüge aus der neuen Adenauer-Biographie von Hans-Peter Schwarz.

POLITIK

Abgewiesen: 120 Reisende, die zur Leipziger Messe wollten, sind bisher von „DDR"-Grenzposten zurückgewiesen worden. Es handelt sich zumeist um ehemalige „DDR"-Bewohner, die jetzt in der Bundesrepublik leben.

Verkehr: Die Deutsche Lufthansa erhält nach jahrelangen Bemühungen künftig in Washington Verkehrsrechte. Damit kann die Lufthansa zum ersten Mal die amerikanische Bundeshauptstadt anfliegen.

Raumfahrt: Die NASA will ihr Forschungsprogramm für die geplante Weltraumstation „Spacelab" kürzen. 18 Raumfährenflüge sollen gestrichen werden.

Anschläge: Staatssekretär Neusel vom Bundesinnenministerium hat die Auffassung vertreten, daß die Radikalisiering der Atomgegner wachse. Dieses Jahr seien schon 50 Strommasten zerstört worden.

Ausreise: Eine Besichtigungstour in München haben 27 Polen dazu genutzt, sich von ihrer Reisegruppe abzusetzen. Die Gruppe aus Warschau reiste am Wochenende mit 36 Personen ein, bei der Heimfahrt waren's neun.

Japan: Der um die Privatisierungspläne für die japanische Eisenbahn entstandene Streit hat einen Toten und acht Verletzte gefordert. Gewalttäter überfielen Wohnungen von Gewerkschaftern in Tokio und Osaka.

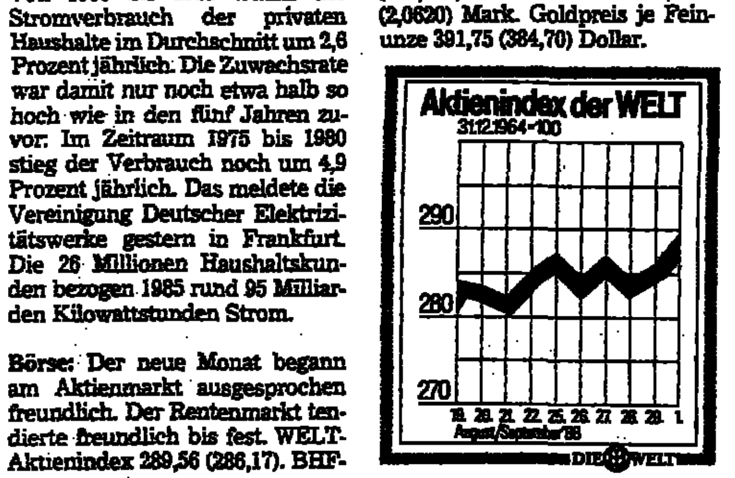
Manöver: Die NATO wird Ende September ein Manöver in Südeuropa veranstalten. An den Übungen nehmen Italien, Türkei, die USA und Frankreich teil.

Rüstungskontrolle: Washington arbeitet nach US-Presseberichten an neuen Vorschlägen zur Rüstungskontrolle. Die USA wollen ihre Zahlenvorstellungen über Obergrenzen für Atomwaffen an die Kreml-Vorschläge angleichen.

WIRTSCHAFT

Strom: Die Deutschen gehen mit dem Strom immer sparsamer um. Von 1980 bis 1985 wuchs der Stromverbrauch der privaten Haushalte im Durchschnitt um 2,6 Prozent jährlich. Die Zuwachsrate war damit nur noch etwa halb so hoch wie in den fünf Jahren zuvor: Im Zeitraum 1975 bis 1980 stieg der Verbrauch noch um 4,9 Prozent jährlich. Das meldete die Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke gestern in Frankfurt. Die 26 Millionen Haushaltskunden bezogen 1985 rund 95 Milliarden Kilowattstunden Strom.

Börse: Der neue Monat begann am Aktienmarkt ausgesprochen freundlich. Der Rentenmarkt tendierte freundlich bis fest. WELT-Aktienindex 289,56 (286,17). BHF-Rentenindex 107,847 (107,727). BHF-Performance-Index 107,399 (107,251). Dollar-Mittelkurs 2,0281 (2,0620) Mark. Goldpreis je Feinunze 391,75 (384,70) Dollar.



KULTUR

Museum: Mit einer Kabinett-Ausstellung erinnert das Schiller-Nationalmuseum in Marbach an den Essayisten, Übersetzer und Kritiker Josef Hofmiller (1872–1933). Diese Exposition ist für die Verantwortlichen des Museums ein Experiment, das in den kommenden Jahren fortgesetzt werden soll. (S. 17)

Jazz-Discographie: Was für Briefmarkensammler der „Michel-Katalog" und für Freunde alter Bücher der „Wilpert-Gühring" ist, das sind für Jazz-Freunde in der Bundesrepublik bisher die Jazz-Discographien von Brian Rust gewesen. Doch in Kürze werden diese populären Standardwerke überholt sein. (S. 16)

SPORT

Tennis: Bei den amerikanischen Meisterschaften in Flushing Meadow hat Boris Becker auch die dritte Runde überstanden. Er besiegte den Spanier Sergio Casal mit 7:5, 6:4, 6:2. Becker trifft in der nächsten Runde auf den Amerikaner Gary Donelly, der überraschend den Schweden Anders Jarryd ausschaltete. (S. 15)

Fußball: Karl-Heinz Feldkamp wird seine Trainer-Tätigkeit beim Bundesligaklub Bayer 05 Uerdingen zum Saisonende beenden. Als Grund gab der Trainer an, er suche anderswo eine neue Herausforderung. Feldkamp, der seit 1984 in Uerdingen arbeitet, hat nach eigenen Angaben aber noch keinen neuen Klub. (S. 15)

AUS ALLER WELT



Unglück: Das Flugzeugunglück in der Nähe von Los Angeles hat mindestens 72 Menschenleben gefordert. Ein mexikanisches Verkehrsflugzeug und eine einmotorige Sportmaschine waren in der Luft zusammengestoßen. Die Unglücksstelle (Foto) bot ein Bild der Verwüstung. (S. 18)

Aids: Zum aktuellen Stand der Erkrankung in der Bundesrepublik befragte die WELT den Aids-Spezialisten Hans Jäger vom Städtischen Krankenhaus Schwabing in München. (S. 18)

Asyl: Bonn warnt vor falschen Erwartungen an die „DDR"

Zustrom über Ost-Berlin bleibt eine erhebliche Belastung der Beziehungen

DIETHART GOOS, Bonn

Die Bundesregierung hat keine Erkenntnisse, die auf ein bevorstehendes Einlenken Ost-Berlins in der Asylfrage hindeuten. Der FDP-Fraktionsvorsitzende im Bundestag, Wolfgang Mischnick, warnte in einem WELT-Gespräch davor, durch entsprechende öffentliche Erklärungen falsche Erwartungen zu wecken.

Mischnick wandte sich damit gegen die Bewertung des Vorsitzenden des *Bundestagsausschusses für innerdeutsche* Beziehungen, Gerhard Reddemann (CDU), der von Zugeständnissen der „DDR" gesprochen hatte. Der FDP-Fraktionschef sagte: „Ich halte nichts von öffentlichen Erörterungen über dieses heikle Thema, solange die Verhandlungen laufen." Mischnick fügte mit Nachdruck hinzu: „Wer dies dennoch tut, nützt damit nicht den deutsch-deutschen Belangen."

Auch in der Umgebung des Bundeskanzlers wurde die Erklärung von Reddemann gestern als „nicht hilfreich" bezeichnet. Mit solchen Bewertungen der laufenden Kontakte zwischen den Regierungen in beiden deutschen Staaten würden in der Öffentlichkeit fälschlicherweise gewaltige Erwartungen geweckt. Dabei sei entsprechend dem Stand der Gespräche eher Zurückhaltung angebracht.

Zu der Bewertung des Ständigen Vertreters der Bundesrepublik in der „DDR", Hans Otto Bräutigam, bei der Eröffnung der Leipziger Messe über den Stand der deutsch-deutschen Beziehungen, hieß es gestern in Regierungskreisen, der Staatssekretär habe nicht ohne Grund von „Schatten" über den Beziehungen gesprochen. Denn der ungehinderte Zustrom von Asylanten über Ost-Berlin nach West-Berlin bedeute eine erhebliche Belastung.

SEITE 2:
Wenn Moskau wollte, wäre der Spuk schnell beendet

Zugleich wurde darauf verwiesen, daß sich die Bundesregierung seit langem gegenüber der „DDR" um eine für beide Seiten akzeptable Lösung bemühe. Bereits vor anderthalb Jahren habe Bundeskanzler Kohl mit SED-Generalsekretär Honecker über dieses ernste Thema gesprochen. „Aber die Lage ist seither nicht besser geworden", erklärte ein enger Mitarbeiter des Kanzlers der WELT.

Nicht allein in Kontakten mit der „DDR" bemüht sich die Bundesregierung um eine zufriedenstellende Regelung des Asylantenproblems. „Wir versuchen es auf allen möglichen Ebenen", hieß es. Entscheidend sei auch bei der Asylantenfrage die politische Großwetterlage der Ost-West-Beziehungen. So verspricht sich die Bundesregierung von einer Annäherung zwischen Präsident Reagan und KP-Chef Gorbatschow positive Auswirkungen auch auf die Lösung des Asylantenproblems.

Während sich in diesem Bereich noch nichts bewegt, ist das deutsch-deutsche Umweltschutz-Rahmenabkommen nach den jüngsten Verhandlungen praktisch unterschriftsreif. Auch die Einbeziehung Berlins in den Vertrag ist aus Bonner Sicht zufriedenstellend geregelt. Offen ist noch, ob Umweltminister Wallmann zur Vertragsunterzeichnung nach Ost-Berlin reist.

DER KOMMENTAR

Nachbarzaun

WERNER KAHL

Daß einige Flüchtlinge des vergangenen *Wochenendes die* innerdeutsche Grenze unversehrt überwinden konnten, ohne daß auf sie geschossen wurde, ist leider nicht die Normalität. Das haben die Schüsse in den letzten Tagen an der Berliner Mauer schmerzlich in Erinnerung gerufen. Sie trafen nicht, aber sie zeigen, daß der Schießbefehl auch nach 25 Jahren Staatssicherheit durch den Mauerbau nicht aufgehoben ist. Erst ein solcher Gegenbefehl verdiente es, in den Katalog der Entspannungsleistungen aufgenommen zu werden.

Statt dessen erneuerte die SED-Führung in diesem Jahr ihren „Kampfauftrag" an die Grenztruppen. In Erfüllung des Befehls schossen die Posten am innerstädtischen Übergang Berlin-Friedrichstraße, als ein Lastwagen mit Frau und Baby die Ausreisesperren durchbrach.

Am selben Übergang lädt das Regime bereits die ganze Welt zu den 750-Jahr-Feierlichkeiten im kommenden Jahr ein; es soll eine Via triumphalis als Einbahnstraße kommunistischer Macht werden. *Die Flüchtlinge setzen weiterhin* ihr Leben aufs Spiel; im August allein überwanden 26 die „modernste Staatsgrenze der Welt". Der geflüchtete Oberstleutnant, der zu den Privilegierten gehörte und weiß, wie täglich an der Verfeinerung der Sperren gearbeitet wird – der Fähnrich, der als Grenzaufklärer vor der Mauer eingesetzt wurde und wegen einer vermuteten besonderen Treue zum Regime ausgewählt worden war – der Maurer, der an der Potemkin'schen Fassade der 750-Jahr-Feier arbeitete: sie kommen aus unterschiedlichen Schichten der Bevölkerung, aber sie haben eine gemeinsame Überzeugung gewonnen, nämlich, daß die vielbeschworene Entspannungspolitik das Leben hinter der Mauer nicht lebenswert macht.

Artikel 5 des Grundlagenvertrags verpflichtet Bonn und Ost-Berlin, auf die Entwicklung friedlicher Beziehungen hinzuarbeiten. Diese beginnen am Nachbarzaun – ohne Stacheldraht und Schießbefehl.

Bonn will Embargo-Liste liberalisieren

USA sperren sich gegen Ausweitung von Computer-Lieferungen in Ostblock-Länder

WERNER KAHL, Bonn

Im Technologie-Transfer von West nach Ost bahnt sich wegen unterschiedlicher Sicherheitsbedenken eine brisante Auseinandersetzung zwischen den führenden westeuropäischen Industriestaaten und den USA an. Auf der Tagesordnung steht der Wunsch der Europäer, Computer in ihrer Wertigkeit für die Ausfuhr in die Sowjetunion und andere kommunistische Staaten um das zwei- bis dreifache der bestehenden Embargo-Liste anzuheben. Diese Absicht unterstützt nach Informationen der WELT außer der Bundesrepublik Deutschland auch Japan.

Eine Lockerung der strengen Embargo-Bestimmungen, die vom „Coordinating Committee for multilateral Export Control" (COCOM) mit Sitz in Paris überwacht werden, war bereits 1984 durchgesetzt worden. Seitdem darf eine größere Anzahl von Gerätegruppen in die Staaten des Sowjetblocks geliefert werden. Diese Erleichterung der Exportpraxis wirkte sich jedoch nach Ansicht von Fachleuten verhältnismäßig gering aus. In einigen Bereichen wurden zwar deutlich genauere Richtlinien für die Ausfuhr von Computern und Fernmeldevermittlungen erlassen, so daß Exporteure in solchen Fällen nicht mehr befürchten mußten, mit den Sicherheitsgesetzen in Konflikt zu kommen, andererseits wurden neue Produkte, darunter Software, unter Embargokontrollen gestellt.

Dem Wunsch der Europäer nach Liberalisierung der Exporte von Technologie, die zur Herstellung von Mikroprozessoren und integrierten Schaltkreisen geeignet sind, sowie Freigabe dieser wichtigen Bausteine moderner Elektronik selbst, konnten die USA aus Gründen der Sicherheit der NATO nur in einigen Bereichen nachkommen. So wurden die 16-bit-Bausteine unter nationale Kontrolle gestellt. Eine Anhebung auf 32-bit-Bausteine in dieser Genehmigungskategorie konnte jedoch nicht durchgesetzt werden.

Bei der gegenwärtigen Diskussion geht es um die schon früher „heißeste" und umfangreichste Warengruppe: Computer neuerer Generationen und nachrichtentechnisches Gerät wie Richtfunk. Seitens der USA wird dabei hervorgehoben, daß die Sowjets in erster Linie an Geräten interessiert sind, die im Westen zur Herstellung von Mikrochips eingesetzt werden. Mit diesen Apparaturen will die Sowjetunion so rasch wie möglich ihren auf etwa zehn Jahre geschätzten Rückstand in der Spitzentechnologie abbauen. Daneben interessieren sich die sowjetischen Einkäufer für die neuen Superbausteine aus deutsch-niederländischer Produktion, von denen ein Teilchen Daten im Umfang von 60 Schreibmaschinenseiten speichern kann: Unterschiedliche Auffassungen über Embargolisten werden zwischen den USA und den NATO-Partnern auch im Bereich der Vermittlungstechnik erwartet: Die Vorstellungen einiger Staaten über Exporte solcher auch militärisch nutzbarer Anlagen in den Sowjetblock gehen hiernach weit auseinander.

Oberstleutnant flieht durch eine Schleuse in den Westen

In Bayern überwand auch ein Fähnrich die Grenze

WERNER KAHL, Bonn

Der Übertritt eines hohen „DDR"-Offiziers der Grenztruppen in die Bundesrepublik Deutschland beschäftigte gestern Regierungsstellen in Bonn und Ost-Berlin. Dem 38jährigen Oberstleutnant Dietmar Mann, Kommandeur des 3. Bataillons des Grenzregiments 24, war Sonntagnachmittag die Flucht nach Niedersachsen gelungen. Der Überläufer soll sich inzwischen beim Bundesnachrichtendienst (BND) in Pullach bei München befinden.

Unbehelligt hatte sich der „DDR"-Betaillonskommandeur am Sonntag durch eine ihm bekannte und als Chef zugängliche Schleuse in den dicht gestaffelten, elektronisch gesicherten Sperranlagen in den Westen absetzen können. Auch der Bundesgrenzschutz bemerkte die Flucht nicht. Erst als der Oberstleutnant einen Spaziergänger traf, bat er diesen, die Polizei zu rufen.

In Bonn stellte sich gestern die Frage, ob die „DDR"-Führung erneut wie im Fall des 1981 geflüchteten Bataillonskommandeurs Klaus-Dieter Rauschenbach auf ein Gespräch von Beauftragten mit dem Überläufer dringt, um ihn zur Rückkehr zu bewegen. Rauschenbach war nach einem Gespräch mit seiner Frau und dem Ostberliner Anwalt Wolfgang Vogel nach 24 Stunden zurückgekehrt. Wie die WELT erfuhr, hat Vogel inzwischen auch ein Mandat im Fall des Oberstleutnants Mann erhalten. Wie es in Bonn heißt, wird es zu einem Gespräch mit dem Flüchtling nur kommen, wenn dieser dies wünscht.

Bereits *am Sonnabend war ein* 22jähriger Fähnrich, der als Grenzaufklärer auf der westlichen Seite der „DDR"-Sperranlagen eingesetzt worden war, nach Bayern geflüchtet. Gestern früh meldete sich in Niedersachsen ein 29jähriger Maurer nach geglückter Flucht beim Bundesgrenzschutz.

Zur Flucht des Grenzaufklärers teilte das Grenzpolizeipräsidium München gestern mit, der Fähnrich sei diesseits des Sperrzauns zur Bewachung von Arbeitern eingesetzt gewesen. Er sei mit einer Pistole mit zwölf Schuß Munition und einer „Kalaschnikow"-Maschinenpistole ausgerüstet gewesen. Als Fluchtgrund gab er unerträglichen Streß in der Truppe an.

CDU bleibt bei Grundgesetz-Änderung

Programm zur Bundestagswahl fordert auch Verschärfung des Demonstrationsrechts

lor, Bonn

Die Kabinettsbeschlüsse zur Verschärfung des Asylrechts sind für die Union kein Ersatz für die Änderung des Grundgesetzes. In ihrem der WELT vorab bekanntgewordenen Wahlprogramm bekräftigt die CDU ihre Absicht, den Artikel 16 des Grundgesetzes zu ergänzen durch „einen Gesetzesvorbehalt, der ein Ausführungsgesetz ermöglicht, das die Wahrnehmung des Asylrechts auf die wirklich politisch Verfolgten beschränkt".

Ferner heißt es: Im Interesse der Asylbewerber wie im deutschen Interesse solle das Anerkennungsverfahren so gestaltet werden, „daß auch über Einsprüche im Asylverfahren im Normalfall innerhalb eines Jahres rechtskräftig entschieden wird."

Die Union halte an der Politik der Zuzugsbegrenzung fest. Eine Lockerung des Anwerbestopps und eine Erleichterung des Familiennachzugs werde abgelehnt. Ausdrücklich spricht sich die CDU in ihrem Programm auch gegen die zusätzliche Belastung des Arbeitsmarktes „als Folge der Assoziierung zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Türkei" aus. Gleichzeitig wenden sich die Christdemokraten entschieden gegen „ausländerfeindliche und ausländerdiskriminierende Haltungen und Praktiken".

Das Wahlprogramm läßt auch erkennen, daß die Änderung des Demonstrationsrechts ein wesentlicher Bestandteil der Koalitionsverhandlungen mit dem Regierungspartner FDP wird.

Wer sich bei Demonstrationen trotz Aufforderung nicht aus einer gewalttätigen Menge entferne, müsse „strafrechtlich belangt werden können". „Wer sich bei Demonstrationen vermummt, beweist seine unfriedliche Absicht." FDP-Politiker wie Baum und Hirsch widersetzen sich jedoch der im CDU-Wahlprogramm ins Auge gefaßten Änderung des Demonstrationsrechts mit dem Argument, daß es genüge, die bestehenden Gesetze auszuschöpfen.

Zudem heißt es in dem Wahlprogramm, mit dem sich am Freitag der „Kleine Parteitag" und am 15. September der Vorstand der CSU befassen wird: „Verbrechensbekämpfung und Datenschutz schließen sich nicht aus, beide sichern die Freiheit der Bürger". Aber Datenschutz dürfe nicht zum „Täterschutz" werden.

Im wirtschaftspolitischen Teil spricht sich die CDU für „stabilen Geldwert, niedrige Zinsen und steigende Investitionen" als „vorrangiges Ziel" der Wirtschafts- und Finanzpolitik aus. Die „gefährlich überhöhte Steuer- und Abgabenquote" werde zurückgeführt. Stabilisierung und Senkung der Lohnnebenkosten seien ebenso wichtig wie die weitere Senkung der Steuern.

Beschäftigungsprogramme mit „Strohfeuereffekt" werden weiterhin abgelehnt. Das Arbeitsrecht solle mehr Rücksicht auf die besonderen Bedürfnisse der Frauen mit Kindern nehmen. Dem öffentlichen Dienst wird bei der Schaffung von Teilzeitarbeitsplätzen „eine Schrittmacherfunktion" zugewiesen.

Ärzte protestieren gegen Zweiteilung

DW. Köln

Die Bundesärztekammer hat gegen angebliche Pläne der Bundesregierung protestiert, die Bundesärzteordnung zu ändern. Es sei geplant, neben dem „Arzt" eine weitere Berufsbezeichnung – etwa Diplom-Mediziner oder Magister der Medizin – einzuführen. Die neue Bezeichnung solle nach dem Studium verliehen werden können, während für den „Arzt" eine zusätzliche Praxisphase verlangt werde. Die Ärzte würden sich, so die Kammer, gegen eine „Zweiteilung" ihres Berufs wehren.

Positiver Trend in Leipzig

Mk. Leipzig

Der positive Trend im innerdeutschen Handel wird sich nach Einschätzung der Bundesregierung fortsetzen. Das erklärte der Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, Dieter von Würzen, nach einem Gespräch mit dem neuen „DDR"-Außenhandelsminister, Gerhard Beil, zu Beginn der Leipziger Messe. Von Würzen verwies auf den Anstieg der Lieferung von Investitionsgütern aus der Bundesrepublik Deutschland in die „DDR".

Seite 9: Spezialmaschinenbauer

Die erste Falle des KGB war erfolglos

wtb/RMB, Washington/Moskau

Der „Fall Daniloff" droht im Vorfeld des geplanten Gipfeltreffens zwischen Ronald Reagan und Michail Gorbatschow zu einer ernsten Belastung des amerikanisch-sowjetischen Verhältnisses zu werden. Beamte der Reagan-Administration haben Vergeltungsmaßnahmen angedroht, wenn Daniloff von den Sowjets nicht unverzüglich freigelassen wird.

Daniloff, ein Korrespondent des Nachrichtenmagazins „US News & *World Report", war am Samstag* wegen Spionage-Verdachts in Moskau verhaftet worden. In Washington ist man überzeugt, daß Daniloff in eine Falle gelockt wurde in der Absicht, ihn gegen den sowjetischen UN-Angestellten Saccharow auszutauschen, der vor zehn Tagen vom FBI in New York wegen angeblicher Spionage verhaftet worden war.

Das Manöver erscheint zu durchsichtig. Der Korrespondent traf sich mit einem vertrauten Gesprächspartner, einem kirgisischen Lehrer, auf den Leninhügeln. Dieser übergab ihm ein Päckchen, das Zeitungsausschnitte aus Kirgisien enthalten sollte. Bei der Übergabe sprangen KGB-Männer hinzu. Im Päckchen „entdeckte" man zwei Landkarten mit dem Aufdruck „streng geheim".

Die Gewißheit, daß Daniloff eine Falle gestellt worden ist, wurde gestern durch den sowjetischen Emigranten Alexander Goldfarb bestärkt, der im amerikanischen Fernsehen enthüllte, daß seinem Vater im April *1984 von den Sowjets ein Ausreisevisum* versprochen worden war. Man bat ihn jedoch, zuvor einige Dokumente an Nicholas Daniloff auszuhändigen, mit dem der Vater Goldfarbs seit Jahren befreundet war. David Goldfarb weigerte sich; das Ausreisevisum wurde zurückgezogen.

Auch in westlichen Journalistenkreisen in Moskau glaubt niemand ernsthaft daran, daß Daniloff Spionage betrieben hat. Der Journalist war bereits in den 70er Jahren in Moskau als Korrespondent für die Nachrichtenagentur UPI. Seit fünfeinhalb Jahren vertritt er „US News & World Report". Daniloffs Familie stammt aus Rußland. Sein Ur-Ur-Großvater kämpfte einst im Dekabristen-Aufstand gegen den Zaren.

Die „New York Times" zitierte einen ungenannten Beamten des Weißen Hauses, der jeden Tauschhandel zwischen Daniloff und Saccharow ausschloß. „Wir werden uns nicht auf Proteste beschränken", erklärte er und sprach von möglichen Gegenmaßnahmen auf politischem, wirtschaftlichem oder kulturellem Gebiet.

Die Affäre ereignet sich zu einem Zeitpunkt wachsender Kontakte und Verhandlungen zwischen beiden Ländern. In Washington wird zur Stunde nicht erwogen, irgendeine dieser Verhandlungsrunden wegen der „Affäre Daniloff" abzusagen. Man schließt jedoch nicht aus, daß sie am Ende diese Verhandlungen belasten wird.

Raubfang in der Antarktis bedroht die Fischbestände

Expertenkommission will Schutzabkommen erarbeiten

HARRO H. MÜLLER, Hamburg

Rücksichtsloser Raubfang bedroht die Fischbestände in der Antarktis. Schon jetzt sind einige Arten nahezu ausgerottet. Die von 15 Staaten 1982 gebildete „Kommission zur Erhaltung der lebenden Meeresschätze der Antarktis" will in der kommenden Woche im australischen Hobart erneut versuchen, verbindliche Regeln für eine sinnvolle Nutzung der Gewässer zu finden. Ein umfassendes Schutzprogramm scheiterte in der Vergangenheit stets am Widerstand der Ostblockstaaten. Besonders die Sowjetunion, deren Fangflotten rund um den Südpol rund 80 Prozent der Fischbeute an Bord hieven, Polen und die „DDR" lehnten Vorschläge zur Fangbegrenzug ab.

„Die Fische der Antarktis müssen dringend langfristig geschont werden. Der Fang ist schon jetzt unrentabel. Die Erhaltung des Lebensraumes muß im Mittelpunkt stehen", sagte Dietrich Sarhage von der Hamburger Bundesforschungsanstalt für Fischerei. Als Vorsitzender des wissenschaftlichen Ausschusses der Komission hält er sofortige und verbindliche Fangquoten vor allem für den Krill für dringend notwendig. Diese *Krebsart halte die gesamte Nahrungskette* von Fischen, Walen, Robben und Pinguinen in Gang.

„Greenpeace" fordert, den Krillfang auf den jetzigen Stand von 100 000 Tonnen einzufrieren. Der Umweltschutzorganisation ist jedoch bei den Beratungen der Kommission kein Beobachterstatus zuerkannt worden. Die Sowjetunion, Japan und Frankreich hatten ihr Veto eingelegt, da „Greenpeace" ihre Walfang- und Atomtestpolitik attackiert.

Abgesehen vom Krill sind auch die Bestände von Marmorbarsch und Bänderfisch fast vernichtet. Da die Kommission ein mögliches Schutzabkommen einstimmig beschließen muß, ist mit einem harten Ringen zu rechnen. Wahrscheinlich ist dieser Kampf nur ein Vorspiel kommender Auseinandersetzungen, wenn es um die reichen Bodenschätze des Urkontinents der Südhalbkugel, Gondwanaland, gehen wird. (dpa)

F



UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Bomben auf den Kopf

Von Carl Gustaf Ströhm

Es handelt sich um einen militärischen Reaktor, dazu gedacht, Bomben herzustellen, um sie uns irgendwann auf den Kopf zu werfen. Der Vorteil dieses Reaktortyps besteht für die UdSSR darin, daß man kurzbestrahlte Brennelemente – das sind solche, die einen hohen Anteil an Plutonium 239 enthalten, das für die Waffen gebraucht wird – herausziehen kann, ohne den Reaktor abzuschalten, so daß man mit ihm auch Strom produzieren kann."

Diese Charakterisierung des Tschernobyl-Reaktors stammt nicht von der Internationalen Atomenergie-Agentur (IAEA) oder aus einer der Reden während der gerade erst zu Ende gegangenen Katastrophen-Folgekonferenz in Wien. Der Autor aber ist ein Experte: Dr. Peter Krejsa, Geschäftsführer der österreichischen Kerntechnischen Gesellschaft. Was er in der Wiener Tageszeitung „Die Presse" über Tschernobyl zu sagen weiß, unterscheidet sich auf bemerkenswerte Weise von dem diplomatischen Gesäusel, das man sonst so oft im Westen zum Thema der sowjetischen Atompolitik zu hören bekommt.

Der Tschernobyl-Reaktor hatte – laut Krejsa – offenbar mit militärischen Experimenten zu tun. Die von der IAEA für die Sicherheit von Kernanlagen erstellten Vorschriften hätten keinerlei Gesetzeskraft. Ihre Einhaltung könne in der Sowjetunion auch in Zukunft nicht verläßlich kontrolliert werden. Der Trick der Sowjets bestehe jetzt darin, die anderen Teilnehmer der Wiener Konferenz und auch der späteren Treffen zu „Komplizen zukünftiger Verbrechen" zu machen. Das Desaster von Tschernobyl sei durch mangelhafte Sorgfaltspflicht und untaugliche Anlagekonzeption hervorgerufen worden.

Man sei auf dem Wege, das Ergebnis zu „zerreden", während es den Sowjets „listigerweise" zu gelingen scheine, auch die Frage ihrer militärischen Plutonium-Produktion in einem positiven Licht erscheinen zu lassen. Krejsa schließt mit einem resignierten Blick auf die westlichen Politiker. Die meisten von ihnen seien als „Konsenspolitiker" alt geworden, wobei es ihnen schon gleichgültig sei, worüber sie einen Konsens herstellen. Krejsa hat schon recht: „Es ist wesentlich einfacher, gegen Südafrika stark aufzutreten, als gegen die Sowjetunion."

Sozialstaats-Indikation

Von Ralph Lorenz

In 84,3 Prozent aller Abtreibungsfälle wird auf „soziale Notlagenindikation" verwiesen. Vor fünf Jahren waren es noch 74,8 Prozent. Das heißt also, der Anteil derer, die sich in einem der reichsten Staaten dieser Erde auf „soziale Not" berufen, hat sich noch gesteigert.

Das bedarf der näheren Erklärung. Denn hinter dem technokratischen Wort von der „Abtreibung" verbirgt sich die Tötung ungeborenen Menschen-Lebens. Baden-Württembergs Sozialministerin Barbara Schäfer (CDU) hat wieder einmal die „außerordentlich besorgniserregende Entwicklung" beklagt. Aber sie bleibt die Antwort schuldig, worin diese vielen sozialen Indikationen bestehen.

Sie kann sich nicht informieren, weil die Ärzte nicht gehalten sind, ihre Begründung – die sie ausführlich schriftlich festhalten müssen – weiterzugeben. Es wird nur (lückenhaft) registriert, wieviel Menschenleben aus „Not" vernichtet wurden. Worin die angebliche Not bestand, ob es überhaupt eine Not war, das erfahren die Behörden nur in den seltenen Fällen, wo ein Staatsanwalt einmal zufällig Ermittlungen einleitet und einen Arzt zum Reden nötigt.

Warum ist das so, warum wird eine massenhafte Tötung zugelassen, ohne daß auch nur überprüft wird, worin die Begründungen bestehen? Die CDU hat sich in ihrem noch unveröffentlichten Wahlprogramm zu dem denkwürdigen Satz durchgerungen: „Das ungeborene Leben ist menschliches Leben von Anfang an." Diese wahrlich nicht neue Erkenntnis verpflichtet.

Sie gebietet bei jährlich zwei- bis dreihunderttausend Schwangerschaftsabbrüchen, zumindest dafür zu sorgen, daß der Paragraph 218 nicht als eine Art Recht auf Abtreibung mißbraucht wird. Denn der Mensch ist Mensch von Anfang an. Der Gesetzgeber hatte eine „Notlagenindikation" gemeint. In der Praxis ist, wie man aus vielen Zeugnissen weiß, daraus eine „Lebenslagenindikation" geworden. Warum sorgt der Gesetzgeber nicht dafür, daß diese Begründungen weitergegeben werden? Fürchten unsere Sozial- und sonstigen Politiker den Stich ins Wespennest?

Südsee düster

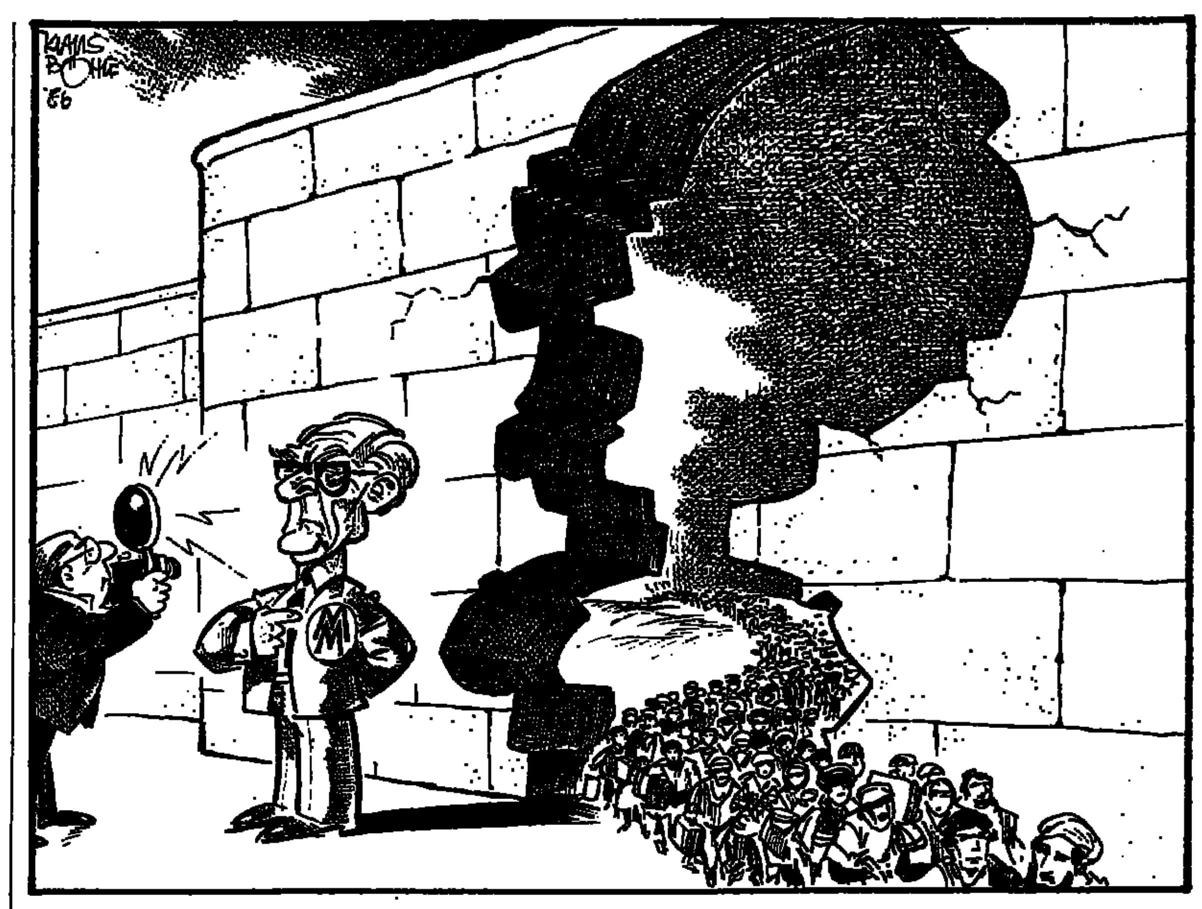
Von Peter Ruge

Was geht uns Polynesien an? Für viele Franzosen sind die Inseln von Neukaledonien bis Tahiti ein kostspieliger Ballast – zum Urlaubmachen ist der Südpazifik sowieso für die meisten unerreichbar. Mitterrands Sozialisten hatten es daher bis heute leicht, in der Öffentlichkeit Verständnis für die Unabhängigkeitsbestrebungen auf den Inseln zu finden. Die „Los-von-Frankreich-Bewegung" der Kanaken fand denn auch bei gemäßigten Nationalisten ein positives Echo, denn die Erinnerung an die Schlachtfelder von Indochina oder Algerien schwelt in der V. Republik weiter wie eine offene Wunde.

Premierminister Chirac hat nun für eine Klarstellung gesorgt: er hat bei seiner Reise durch die französischen Überseeterritorien den Separatisten seine Bereitschaft zum „Dialog auf demokratische Weise" zugesagt, aber klargemacht, daß seine Regierung nicht freiwillig den Südpazifik-Raum verlassen werde. Damit setzt er sich in Gegensatz zum Staatspräsidenten – ein neuer Machtkampf innerhalb der Cohabitation.

Mitterrand schweigt vorerst – dafür melden sich die Anrainerstaaten zu Worte, angeführt von Australien und Neuseeland. Kritik und Befürchtungen werden erneut laut gegen die französische Präsenz in Polynesien. Sie entzünden sich vor allem an den französischen Atomversuchen auf Mururoa. Die Greenpeace-Affäre hatte die Beziehungen monatelang belastet; die verfahrene Situation konnte dank Chiracs Kompromißbereitschaft entspannt werden. Nun scheint eine neue anti-französische Kampagne angefacht worden zu sein.

Bob Hawke, der australische Regierungschef, bietet sogar den Kanaken für ihren Unabhängigkeitskampf seine Hilfe an. Wobei er wohl übersieht, daß die „Nationale Sozialistische Befreiungsfront" FLNKS von kommunistischen Einflüssen nicht frei ist. Dem Ausfall des australischen Premiers hält Jacques Chirac nur einen Gedanken entgegen: „Wem würde es nützen, wenn Frankreich aus der Inselwelt abziehen würde? Ich sehe nur einen Nutznießer, das ist die UdSSR. Die Russen würden sofort ihre Aktivitäten im Südpazifik mehr als verdoppeln." Würde Hawke seine Aktivitäten dann auch verdoppeln?



Der Schatten-Riß KLAUS BÖHLE

Mehrheit für Schnüffelstaat?

Von Heinz Heck

Eine „Mehrheit für das Schlaraffenland" fordert die SPD noch nicht. Aber die „Mehrheit für gefahrlose Energiequellen" ist immerhin schon Bestandteil ihrer Plakataktion zur Bundestagswahl. Das Schlaraffenland der Energie – mit einem Kanzler Johannes Rau mehrheitsfähig? Hier wird Politik, also die Auseinandersetzung mit der zum Teil grausamen Realität, durch Illusion ersetzt.

Bei SPD wie Grünen herrschen über die Ersatzmöglichkeiten der früher gelobten und heute verteufelten Kernenergie ebenso unrealistische Vorstellungen wie über die volks- und weltwirtschaftlichen Auswirkungen verstärkter Energieeinsparung. Es gibt keine Energie, vom Holz über die Kohle bis hin zur Zukunftsmusik Kernfusion, die sich „gefahrlos" gewinnen und/oder nutzen ließe. In Wahrheit will die Partei mit ihrem Sinn(?)spruch dem Wähler suggerieren, daß sie sich mit ihrem Ausstiegsbeschluß von Nürnberg auf einem zumindest gangbaren Weg befindet.

Zugleich schüren SPD und Grüne geradezu aberwitzige Vorstellungen darüber, welche Wunder mit Energiesparen vollbracht werden können. Das bisher tollste Stück: das Freiburger Öko-Institut, vom Bonner Wirtschaftsministerium (!) um ein Gutachten gebeten, bezeichnet gar den Ausstieg binnen Jahresfrist unter bestimmten Voraussetzungen als „möglich". Professor Klaus Knizia, einer der renommiertesten Energiewissenschaftler in der Bundesrepublik und zugleich Chef eines großen Energieversorgungsunternehmens, hat in seinem soeben erschienenen Buch „Das Gesetz des Geschehens" ein paar bedenkenswerte Anmerkungen gemacht:

„Die überwiegende Mehrheit der Menschen leidet bereits heute unter den Auswirkungen des Energiemangels. Energie ist ein Synonym für Lebens‚mittel'. Gelänge es, bis zum Jahr 2000 den Lebensstandard der Bürger der Bundesrepublik auf den durchschnittlichen Energieverbrauch der Weltbevölkerung zu senken – und das wäre etwa ein Drittel unseres heutigen Verbrauchs –, so betrüge die eingesparte Energie etwa ein Prozent des Weltenergiebedarfs. Welches Heer zusätzlicher Arbeitsloser käme zumindest in der Übergangszeit auf uns zu? Würden schwerwiegende Störungen unseres sozialen Gefüges das Lebensrisiko erhöhen?"

Knizia fügt folgende Prognose an: „Wird die Zahl der auf der Welt lebenden Menschen sich erst bei etwa 12 Milliarden stabilisiert haben, dann wird bei einem durchschnittlichen Lebensstandard, wie er bei uns etwa 1930 geherrscht hat (48 Stunden-Woche, wenige Autos, kleine Wohnungen, bescheidene Ansprüche an Komfort usw.), mengenmäßig mindestens das Dreifache des heutigen Weltverbrauchs zu decken sein."

Die Schlußfolgerung kann also nur lauten, das Energieangebot zu vergrößern und nicht zu verkleinern. Aber unsere Aussteiger gehen ohnehin nur mit der nationalen Brille an die Probleme heran. Wer schon die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie vernachlässigen will, sollte wenigstens an die Auswirkungen auf die Dritte Welt denken, die nicht zuletzt durch die Ölpreisexplosionen der siebziger Jahre in die Schuldenkrise und in noch mehr Hunger und Elend zurückgeworfen wurde, wo der Raubbau an der Natur eher zugenommen hat. Hat der Vorsitzende der Nord-Süd-Kommission Willy Brandt schon einmal darüber nachgedacht?

Dabei herrscht Einigkeit darüber, daß Energie wo immer möglich gespart werden soll. Beachtliche Erfolge sind in der Bundesrepublik seit der ersten Ölkrise 1973/74 bereits erzielt worden: so



Energie als Prügelobjekt: Aussteigerparolen FOTO: DPA

wuchs das Bruttosozialprodukt von 1975 bis 1985 um 23, der Primärenergieverbrauch unter dem Druck aber nur um elf Prozent. Intelligente Verfahren, also noch mehr Technik, werden in Zukunft für weitere Fortschritte sorgen.

Das Dilemma beider Parteien ist, daß diese Entwicklung sich – gleichgültig ob im Privathaushalt oder der Industrie – zwangsläufig in einer Verbrauchszunahme an veredelter Energie, also Strom, zu Lasten anderer Energiequellen niederschlägt. Elektrizität ist aber zum Teil aus irrationalen Gründen zum Prügelobjekt von Grünen und linkem SPD-Flügel geworden. Auch wenn mit höherem Stromeinsatz der Energieverbrauch insgesamt also gedrosselt werden kann: es hilft alles nichts. Die Parteistrategen verwenden ihre gesamte Phantasie darauf, den Stromverbrauch zu ächten.

Es ist keine Frage, daß beim Energiesparen noch eine Menge getan werden kann. Die Frage ist nur, wie weit man bei der Bevormundung des Bürgers geht. In einem als Antrag der Bundestagsfraktion der Grünen in der vergangenen Woche eingebrachten „Energiesparprogramm für den Wärmemarkt" findet sich der vieldeutige Satz: „Alle Möglichkeiten zum sparsamen Energieeinsatz und zur Nutzung erneuerbarer Energiequellen sollen ausgeschöpft werden."

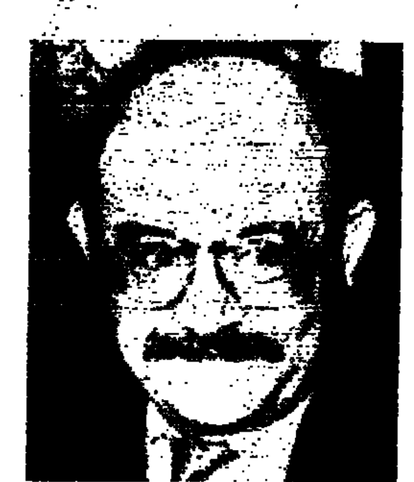
Wirklich alle? Soll hier ein Blankoscheck für Eingriffe aller Art ausgestellt werden? Eine bedenklich stimmende Parallele drängt sich auf. Robert Jungk hat schon 1977 mit seinem Buch „Der Atomstaat" vor den Gefahren des sogenannten „harten Weges" immer größerer Kernkraftwerke warnen wollen. Wem die Analogie des Titels zum „SS-Staat" noch nicht genügte, der wurde durch die Widmung für Eugen Kogon zusätzlich daran erinnert. Die Vision vom totalen Gewaltstaat tut sich auf.

Nun aber stellt sich das Bild genau umgekehrt dar: Wie, wenn die Bürger nicht zu drastischen Sparmaßnahmen bereit sind? Wie sehen dann „alle Möglichkeiten" aus? Die konkrete Utopie besteht in der Vision eines beispiellosen rotgrünen Schnüffel- und Überwachungsstaates am Stromzähler des kleinen Mannes, aus Hysterie geboren und mit Polizeigewalt aufrechterhalten.

IM GESPRÄCH Kamal Mansur

Zum Siegreichen ernannt

Von Volker S. Stahr



Der Technokrat als Sprachrohr des Abenteurers: Mansur FOTO AP

Libyens Außenministerium lieferte eine Beschreibung eines fremden Staatsmannes in wenig diplomatischer Sprache: Präsident Reagan sei „der Hitler des zwanzigsten Jahrhunderts" und wolle „die Welt zerstören". Dabei gilt Libyens neuer (seit 5. März) Außenminister Kamal Hassan Mansur als relativ gemäßigt für libysche Verhältnisse. Aber dort wie in den meisten Diktaturen bestimmt die Stimme seines Herrn die Musik.

Als Außenminister Triki, ein langjähriger Weggefährte Khadhafis, wegen „schlechten Gesundheitszustandes" abgelöst wurde, waren viele von der Wahl des Nachfolgers überrascht. Mansur studierte Rechtswissenschaften in Kairo und übernahm dann die Stelle eines juristischen Beraters in der Ölindustrie. Vorübergehend vertrat er Libyen auch am Internationalen Gerichtshof in Den Haag, bevor ihn Khadhafi 1972 als UNO-Botschafter nach New York schickte. Vier Jahre später übernahm er die Botschaft in Paris und 1978 die in der Volksrepublik China. 1982 kehrte er als Minister für die Erdölindustrie an seine ehemalige Wirkungsstätte in Tripolis zurück. In dieser Funktion führte er 1983/84 auch den Vorsitz in der Opec.

Zu seinen Erfolgen gehört die Vermittlung im Grenzkrieg zwischen Mali und Burkina Faso. Als einer der engagiertesten Verfechter und Vorarbeiter der libysch-marokkanischen Staatenunion (von Khadhafi und König Hassan am 13. August 1984 ins Leben gerufen) wurde er deren Stellvertretender Generalsekretär.

Gerade in Marokko hat die Ernennung Mansurs zum Außenminister offenbar einiges Rätselraten ausgelöst. Als vor eineinhalb Jahren die Allianz mit Libyen geschlossen wurde, hatte man sich in Rabat wohl ein hübsches Stück vom Kuchen jener Petrodollars erhofft, mit denen Khadhafi sonst so reichlich um sich wirft. Diese Erwartung trog. Einzig Mansur galt als Lichtblick. Doch: arabische Politik ist zwar reich an Gesten, aber entscheidend war immer, was sich hinter den Kulissen abspielte. Und dort denkt man langfristig.

Die Union war ein Versuch. König Hassan hat sie aufgekündigt. Und Mansur steht nicht nur vor den Scherben seines größten Erfolges, er muß obendrein die Politik Khadhafis vertreten, wie sie sich vor und nach dem Schlag des 15. April darstellt und wie sie sich jetzt, angesichts der neuen Spannungen, darstellt. Da kann es ihm dann passieren, daß er sich in seinen Metaphern verheddert. Der Hitler des zwanzigsten Jahrhunderts hieß Hitler, auch wenn er gegen Ende des neunzehnten Jahrhunderts geboren wurde.

Dabei legt man im arabischen Sprachraum durchaus auch Wert auf die richtige Verpackung der Begriffe. Der neue Außenminister hieß bis ins letzte Jahr Makhur – der „Besiegte". Da es im Khadhafi-Staat keine „Besiegten" geben soll, verpaßte ihm der Revolutionsführer kurzerhand den Namen „Mansur" – der „Siegreiche".

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Süddeutsche Zeitung

Das Münchner Blatt glaubt, daß in der Asylfrage „die Anzeichen für eine Verständigung zwischen den großen Parteien gar nicht so schlecht sind":

Man kann es wohl so sehen: Beide Seiten haben ihr Soll an Propaganda erfüllt, bei der Konferenz des Bundeskanzlers mit den Ministerpräsidenten am 25. September kann zur Sache gesprochen werden.

Saarbrücker Zeitung

Sie sieht Wallmann von den Franzosen getäuscht:

Seitdem sich die riesigen Wassermassen in das Innere des riesigen Kernkraftwerkes ergossen haben, wissen zumindest die Saarländer, wie oft und wie sehr die Franzosen die Unwahrheit gesagt haben. Klaus Töpfer in Mainz hat dies in allerletzter Minute noch erkannt. Walter Wallmann hingegen ist offensichtlich aufgelaufen. Unbeschwert ließ er noch heute vor einer Woche erklären, er fühle sich von den Franzosen bestens informiert.

Frankfurter Allgemeine

Sie bemerkt zu Terroristen-Anschlägen gegen Strommasten:

Wenn Terroristen zur Tötung von Menschen schreiten, wird das für eine gewisse Zeit erschrocken registriert. Alles andere, Sprengstoffe in Bahnhofs-Schließfächern, an Bankgebäuden, Anschläge auf Polizeistationen und so weiter: Das wird nur für kurze Frist ins Bewußtsein genommen und dann gleich wieder verdrängt, unter der Formel, es sei ja „nichts passiert". Zu dieser Veränderung paßt es, daß auch auffällige Aktionen kaum noch bemerkt werden: etwa die neue Mode des Absägens von Hochspannungsleitungen. Denn das, was da geschieht – bis Mitte August schon 45mal – ist in mehrerlei Hinsicht gemeingefährlich.



NEUE OZ OSNABRÜCKER ZEITUNG

Sie meint, daß die Jubiläumsfeiern zum sechsten Jahrestag der „Solidarität" zu einer Demonstration der Ohnmacht wurden:

Geändert hat sich damit nicht die ablehnende Haltung der Mehrheit des polnischen Volkes gegenüber dem herrschenden System. Die Ideale leben weiter. Aber die Hoffnung, sie in absehbarer Zeit verwirklichen zu können, die vor sechs Jahren so mächtig aufblühte, ist geschwunden. Ein Beweis mehr, wie kurz jede Phase relativer Freiheit im Machtbereich des Kommunismus ist.

LES ECHOS

Zum Bruch der marokkanisch-libyschen Union schreibt die Pariser Wirtschaftszeitung:

Der Vertrag von Oujda war in beiden Ländern durch ein Referendum gebilligt worden ... Seine Aufkündigung hat folglich einen wenig demokratischen Charakter und erlaubt der algerischen Regierung die Frage, welchen Wert unter diesen Umständen ein Referendum über die Zukunft der Westsahara haben würde, die ein ernster Zankapfel zwischen beiden Ländern ist. Ganz zu schweigen davon, daß Oberst Khadhafi jetzt seine Hilfe für die Polisario-Front wieder aufnehmen könnte.

Wenn Moskau wollte, wäre der Spuk schnell beendet

Der „Schatten" des Asyl-Skandals reicht über Ost-Berlin hinaus / Von Herbert Kremp

Im August erhielten 5000 Menschen, vorwiegend aus der Dritten Welt, mit Hilfe des Sesam-Öffne-dich-Wortes „Asyl" Einlaß nach Berlin. Der Zustrom geht weiter, er nimmt sogar zu, weil die kontroverse, in den Nebel falscher Begriffe getauchte Diskussion in der Bundesrepublik Deutschland ein Gefälle in unsere Richtung erzeugt.

Solange sich Parteien eines Landes mit der Frage abquälen, ob eine klare Ausländergesetzgebung, die mit der Ergänzung des Grundgesetz-Artikels 16 einzuleiten wäre, mit der Staatsethik eines Volkes übereinstimmen könnte, das den Krieg verloren hat, wird verantwortliches politisches Handeln für Gegenwart und Zukunft nicht möglich sein. Die Welle der Einwanderung unter falschem Etikett wird weitergehen – zu Lasten der Menschen hier und zu Lasten der Ankömmlinge, die eine andere, grauere, härtere Welt vorfinden, als die „Ethiker" der deutschen Politik und Publizistik ihnen offenbaren wollen. Wie bei der Behandlung vieler anderer Probleme wird auch hierbei deutlich, daß der analytische Verstand sich entweder scheut oder nicht ausreicht, den Kern der Sache ins Visier zu nehmen.

Die entscheidende Einfallspforte des Asylantenstroms ist Berlin, nicht der Frankfurter Flughafen, nicht die niederländische Grenze. In Berlin schlägt Quantität in Qualität um, dort tritt es zutage, daß die Stadt und indirekt die Bundesrepublik aus hochpolitischen Gründen dem Druck einer Menschenwelle ausgesetzt werden sollen.

Die aus ihren Heimatländern herbeigeworbenen, zu einem bestimmten Buchstaben-Verhalten an den Übergängenen programmierten Menschen kommen in Flugzeugen der Moskauer Aeroflot und der Ostberliner Interflug nach Schönefeld. Dort werden sie nach Westen in Marsch gesetzt. Nicht aus humanitären Gründen. Man entspricht nicht einfach, dem Leiden der Menschheit eingedenk, ihren Wünschen. Nein, ihre Funktion (und nur um eine Funktion handelt es sich) ist eine andere. Man benutzt eine gewisse kinetische Energie, um auf der anderen Seite, im Westen, Antworten zu provozieren, die im engsten Zusammenhang mit der Berlin- und Deutschlandpolitik des Ostblocks stehen.

Moskau und Ost-Berlin wollen erreichen, daß der Westen in der alten deutschen Hauptstadt eine Kontrollmauer aufbaut und damit den Status Berlins von sich aus in die Richtung alter, bisher nicht erfüllter kommunistischer Wünsche verändert: Ziel ist die Erpressung der „selbständigen politischen Einheit West-Berlin", in der „Westdeutschland" nichts zu melden und zu verfügen hat und deren Behörden (die westalliierten und die zivilen) mit der „souveränen DDR" und mit niemandem anderen ihren Überlebenshandel abzuschließen haben. Das ist wohlbekannt, sicher auch den Politikern der SPD, sicher auch Außenminister Genscher.

Die Frage, wer nun diese Politik: Mauer durch Menschen zu verantworten hat, die Leute in Moskau oder die Leute in Ost-Berlin, ist müßig. Henne und Ei sind in diesem Falle nicht zu unterscheiden. Honecker handelt in Sachen Berlin nicht gegen den grundsätzlichen Willen Gorbatschows, und Gorbatschow unterstützt natürlich jede einigermaßen risikolose Politik zur Aufwertung Ost-Berlins und zur Minderung des Berlin-Status. Der „Schatten", den der Leiter der Ständigen Vertretung, Bräutigam, in seiner Leipziger Ritual-Rede über die deutsch-deutschen Beziehungen gebreitet sieht, dehnt sich in diesem Sinne bis nach Moskau.

Natürlich, wenn Moskau wollte, wäre der Spuk schnell beendet. Aber Gorbatschow ist zu dieser Art Entgegenkommen nicht bereit, wie Hans-Dietrich Genscher bei seiner Moskau-Visite im Juli erfahren mußte. Der Mann im Kreml winkte brüsk ab, was ja nur heißen kann (auch für Ost-Berlin), daß der Druck, der schon Wirkung zeigt, fortgesetzt werden soll. Die Bundesregierung verhandelt unter der Hand mit Honeckers Leuten, die ihrerseits aber mit den Westalliierten in Berlin oder mit dem Senat ins Gespräch kommen wollen – der neuen Mauer wegen.

So wird mit uns gespielt, während Genscher in der „Berliner Liberalen Zeitung" eine Friedensordnung vom Atlantik bis zum Ural als deutsche Aufgabe beschwört, die nicht einmal als europäische Flüchtlingsordnung funktioniert. Moskau und Ost-Berlin handeln zynisch. Der Fall erinnert an das Gespräch, das der Chinese Deng Xiaoping 1979 mit dem Amerikaner Carter im Oval Room des Weißen Hauses führte. Als Carter sich über den Mangel an Menschenrechten in China beklagte, erwiderte Deng: „Ich schicke Ihnen sofort zehn Millionen." Das ist die Philosophie vom „Menschenmaterial".

Der Papst skizziert das Bild und Wirken des Teufels

Papst Johannes Paul II. hat sich in ungewöhnlich deutlicher Form über den Teufel, das Böse, geäußert. Aufsehen und zum Teil auch Widerspruch hat in den italienischen Medien vor allem ein Satz verursacht: „Aus der Freiheit ist auch das Böse geboren worden".

Von FRIEDRICH MEICHSNER

In Italien geht in diesen Hochsommertagen der Teufel um. Er streicht durch die Massenmedien und hat, wenn man dem Urteil eines hohen Kirchenmannes vertrauen kann, von diesen sogar schon weitgehend Besitz ergriffen.

Ausgelöst wurde das satanische „Revival", wie das Phänomen in der satirischen Beilage der Zeitung „Repubblica" bezeichnet wird, durch zwei päpstliche Katechesen während der allwöchentlichen Generalaudienzen für Pilger und Touristen. Bei der Behandlung des Themas „Die Beteiligung der Engel an der Heilsgeschichte" kam Johannes Paul II. auch auf die gefallenen Engel zu sprechen.

Er entwarf dabei unter Zitierung der entsprechenden Bibelstellen ein Bild vom Teufel, wie es in dieser Genauigkeit seit Jahrzehnten kein anderer Papst mehr skizziert hatte. Viel eindringlicher als Paul VI., der 1969 lediglich die Existenz des Satans in der Welt konstatierte, schilderte er Ursprung, Wesen und Wirken des personifizierten Bösen.

Sich für den Teufel zu interessieren, so sagte er, heiße, sich vorbereiten „auf die Kampfsituation, die das Leben der Kirche in dieser Endzeit der Heilsgeschichte kennzeichnet". Nach dieser apokalyptischen Einleitung verwies er auf die von der Heiligen Schrift offenbarte und von der Tradition der Kirche überlieferte „Wahrheit über Satan, das heißt über den gefallenen Engel, den Geist des Bösen, der auch Teufel oder Dämon genannt wird".

Dann rief er die ganze Liste der auf die Bibel und die kirchliche Tradition zurückgehenden satanischen Titulierungen und teuflischen Inkarnationen ins Gedächtnis: „Die Heiligen Schriften präsentieren den Teufel als eine Person, wenn sie auch gleichzeitig hervorheben, daß er nicht allein existiert, sondern als eine Gemeinschaft von bösen Geistern."

Er trage die Namen „Fürst dieser Welt", „Gott dieser Welt", „Beell", „Beelzebub" und „Belial", „Verführer", „das Böse" und „Antichrist". Auch werde er verglichen mit einem Löwen, einem Drachen oder einer Schlange, deren bekannteste Spezies das Reptil sei, das Adam und Eva zur Sünde verführte.

Grundsätzlich könne auch nicht die Möglichkeit geleugnet werden, daß der Teufel vom Körper eines Menschen Besitz ergreife.

Nach dem Sündenfall habe „dieser gefallene Engel bis zu einem gewissen Grad die Herrschaft über den Menschen errungen". Seitdem sei „das Problem des Leidens und des Bösen eines der größten Probleme, die den Menschen beunruhigen und seine Suche nach der Wahrheit durchdringen".

Die Wurzel dieses Problems sei aber nicht „eine falsche oder lieblose Entscheidung Gottes, sondern dessen Entschluß, uns als freie Wesen zu schaffen, um uns zu Freunden zu haben". Diese Darstellung beendete Johannes Paul II. mit einem Satz, der im laizistischen Lager sofort auf schärfsten Widerspruch stieß. „Aus der Freiheit", so sagte er, „ist auch das Böse geboren worden." Aber der Glaube der Kirche lehre, daß die Macht des Satans nicht unbegrenzt sei. Am Ende werde das Gute obsiegen.

Von den Medien aus dem begrenzten Rahmen der Mittwochskatechesen herausgehoben, von einigen Kommentatoren unter der Devise „vorwärts, zurück ins Mittelalter!" kritisiert und selbst von manchen Theologen mit Erstaunen zur Kenntnis genommen, wurde diesen päpstlichen Ausführungen noch zusätzliches Gewicht gegeben durch eine Art „Kapuzinerpredigt", in der Roms Kardinalvikar Ugo Poletti kurz darauf den Medienvertretern einen ganzen Sündenkatalog vorhielt und damit nach Ansicht der Betroffenen die nichtkatholischen Kommunikationsmittel geradezu verteufelte.

Schauplatz der Kardinalsattacke war das diesjährige „Meeting" der weithin der integralistischen Tendenz verdächtigten katholischen Jugendbewegung „Comunione e Liberazione" (Kommunion und Befreiung) in Rimini. Nach Überbringung einer Grußbotschaft des Papstes an die Jugendlichen behauptete Poletti, der auch Präsident der italienischen Bischofskonferenz ist, die Journalisten nichtkatholischer Medien seien der korrekten Berichterstattung unfähig, weil sie „Pressionen von außen" ausgesetzt seien. Deshalb würden „wirklich christliche Themen" von Presse und Fernsehen „allzuoft an den Rand gedrängt oder entstellt".

Seinen journalistischen Zuhörern rief er zu: „Ihr seid ja die ersten, die sich den Kommunikationsmitteln anpassen müssen, die Euch das tägliche Brot geben." Das sei nicht nur in Italien so, sondern in der ganzen Welt.

Seine Zuhörer fühlten sich als willige Sklaven wirtschaftlicher und politischer Mächte verteufelt, als Befehlsempfänger, die gewisse Nachrichten anweisungsgemäß aufbauschen und andere unterdrücken und die darauf verzichten, „Zeugnis für das Gute" abzulegen. Sie machten aus ihrer Verärgerung keinen Hehl.

So reagierte beispielsweise die Turiner „Stampa", eine der angesehensten Zeitungen des Landes, in schärfster Form auf die Kardinalsschelte. Ausgehend von der Frage Polettis, „wie oft die laizistische Presse unsere Erklärungen nicht vollständig wiedergegeben hat", schrieb das Blatt: „Als ob die Konzessionspresse ganze Seiten dem laizistischen Gedankengut widme ... Summa summarum steht (für den Kardinal) auf der einen Seite das absolut gute, das unfehlbare Wort, auf der anderen Seite die Kloake der Unterwürfigkeit und der Korruption."

„Nun gut, Eminenz", fuhr der Kommentator des Blattes fort, „dieses Gegenüber, das Sie hervorheben, existiert wirklich, und es könnte radikaler nicht sein. Aber es ist ganz anderer Art. Auf der einen Seite stehen die Träger der absoluten Wahrheit, die vom Himmel gekommen, nicht diskutierbar und totalisierend; auf der anderen Seite stehen die Sucher nach den bescheidenen und prekären Wahrheiten der Geschichte und des Gewissens, Wahrheiten, die problematisch sind und der ständigen Verifizierung unterliegen.

Daraus ist ... der Journalismus geboren worden (als im – päpstlichen – Rom die Verfasser der ersten ‚Mitteilungen' aufgehängt wurden). Sie, Eminenz, sind im Besitz der unbegrenzten Weiden des Himmels, aber die Erde gehört den ehrlichen Menschen guten Willens – auch in den Zeitungen."

Verführung im Paradies: Der Teufel zeigt sich in Gestalt einer Schlange FOTO: G. TROELLER

Piero Ostellino, Chefredakteur des „Corriere della Sera", stellte sich direkt den jugendlichen „Meeting"-Teilnehmern von Rimini. Er antwortete dort Poletti nicht weniger bestimmt, aber wesentlich unterkühlter:

„Wenn sich jemand von den bestehenden Zeitungen nicht repräsentiert fühlt, hat er die Möglichkeit, eine Zeitung nach eigenem Geschmack zu gründen." Urteile über die eigene Arbeit und über diejenige seiner Journalisten nahm Ostellino mit der Bemerkung hin, daß schließlich der „Corriere della Sera", wie die anderen Zeitungen auch, „jeden Morgen dem Prozeß durch die Leser unterworfen sind, dessen Urteil sich in der Auflage niederschlägt".

Außenminister Giulio Andreotti, der allgemein als der politische Mentor von „Comunione e Liberazione" gilt, versuchte, wie das seine Art ist, Öl auf die Wogen zu gießen. Das von Poletti aufgeworfene Problem, sagte er – ebenfalls in Rimini –, betreffe alle – Katholiken und Nichtkatholiken. Wichtig sei vor allem, daß in den Massenmedien Information und Kommentar nicht vermischt würden.

Auf den Teufel angesprochen meinte der Minister im scherzenden Ton, er glaube schon deshalb an dessen Existenz, „weil ich den einen oder anderen ganz gern zum Teufel jagen würde".



Der neue Audi 80 (li.) wirkt als Einstiegsmodell bereits so wuchtig und repräsentativ wie die Typen 100/200. Das Rekord-Nachfolgemodell, der Opel Omega, ist ebenfalls größer und teurer als der Vorgänger

Der Neue darf ruhig teurer sein

Größer, schöner, teurer; feine Technik, dazu eine Prise Luxus – und auch ein bißchen Status-Symbol: Ein Trend in dem Automobilfabrikanten und Verbraucher gemeinsam schwimmen.

Von HEINZ HORRMANN

Die Zeiten, als noch flotte Karosserien und Innenraum mit frechen Farben, viel Platz für die Kinder im Fond oder einfache Worte wie „der Zuverlässige" ausreichten, um alte Kunden bei der Stange zu halten und neue erfolgreich anzusprechen, sind vorbei. Bei der Kaufentscheidung gilt auch für Markentreue: Das zukünftige Modell soll nicht nur technisch perfekt sein, sondern auch repräsentativer, wuchtiger und edler als der alte Wagen. Kurz, der Wohlstandskurve folgend, soll das Automobil auf den ersten Blick als Klassenaufsteiger erkennbar sein. Dafür akzeptiert der Kunde, daß der Neue ein paar Tausender teurer als der Vorgänger ist.

Die Industrie präsentiert in diesen Wochen exakt, was Käufer wünschen. Vor dem Pariser Salon (2. bis 12. Oktober) und der sich unmittelbar anschließenden Berliner Autoschau AAA lassen die Unternehmen einen Autofrühling von selten erlebter Vielfalt und Farbenpracht mitten im Herbst erblühen.

Was sonst allgemein zum Saisonbeginn im Februar und März üblich ist, der erwartete Modellwechsel und die Vorstellung neu entwickelter zusätzlicher Fahrzeugtypen, passiert diesmal im letzten Quartal des Jahres.

Nach 33jähriger Produktionszeit läßt Opel einen berühmten Namen in der Geschichte des europäischen Automobilbaus verschwinden. Der Rekord, mit dem in der letzten Lebensphase wahrlich kein Rekord mehr zu brechen war, wird in der Typenpalette gestrichen. Auf den alten Kundenkreis gleitet der strömungsgünstige Omega als Rekord-Nachfolger zu. Der technische Fortschritt manifestiert sich besonders im Fahrwerk mit Einzelradaufhängung rundum und in der Karosserie aus dem Windkanal mit dem sensationellen c_W-Wert von nur 0,28. Durch den größeren, eleganteren, technisch aufwendigen und einige Tausender teureren Omega (für 25 000 Mark gibt es gerade eine Dienstwagen-Basisversion, der Omega 3000 kostet mehr als 40 000 Mark) soll das „Mann mit Hut"-Image, das den Vorgänger immer noch umgab, endgültig verdrängt werden.

Erheblich aufgewertet wird auch das kleinste Modell von Audi in Ingolstadt. Die neue Generation vom Typ 80 macht den angesprochenen Klassensprung deutlich. Der Wagen, der in der Konzernstrategie lange Zeit unmittelbar über dem Golf angesiedelt war, ähnelt jetzt schon den großen Brüdern vom Typ 100 und 200. Er wird in Motorversionen von 1,6 bis 1,9 Liter Motoren als Fronttriebler und als Quattro angeboten.

Das Besondere ist die von der VW-Tochter angebotene vollverzinkte Karosserie als totaler Rostschutz und ein Sicherheitssystem, das bei Frontalzusammenstößen die Lenksäule um 15 Zentimeter zurückzieht. Die Preise sind noch nicht festgelegt, gemessen am Vorgänger werden sie auf jeden Fall erheblich klettern. Unter 22 000 ist nichts mehr zu ordern.

Am Ende der Fahnenstange sind auch Produzenten der weltweit anerkannten deutschen Nobelmobile noch nicht angelangt. Mercedes-Benz hatte die 500er Spitzenmodelle als 560er Top-Limousine und Coupé aufgewertet. Die Preisdifferenz zur bisherigen Spitze beträgt 12 000 Mark. Die Flaggschiffe rollten damit locker über die 100 000 Mark-Grenze. In dieser Preisklasse ist auch der zukünftige harte Konkurrent, die stärkste Version der BMW 7er Baureihe, der 750i, angesiedelt.

Weil viele Kunden nicht nur in der Bundesrepublik trotz der Laufkultur der Sechs- und Achtzylinder im Zwölfzylinder-Triebwerk die Krönung des Motorenbaus sehen, entwickelten die Münchener dieses Aggregat, das in Deutschland sonst keiner und in Europa nur Jaguar und Ferrari in Serie anbieten. Der Preis von circa 135 000 Mark liegt doppelt so hoch wie beim Sechszylinder Basismodell das immerhin 184 PS unter der Motorhaube hat und 220 km/h schnell ist. Firmensprecher Richard Gaul glaubt, daß diese „kleine" Version zwar die größeren Stückzahlen, der Zwölfzylinder aber die wertvollen Imagepunkte garantiert.

Im Trend liegen auch die neuen Teuer-Versionen des Sportwagenherstellers Porsche, der seine bisherigen Baureihen in diesen Wochen ebenfalls ergänzt und aufwertet. Um augenblickliche Schwierigkeiten auf dem Inlandmarkt zu überwinden, bekam der stylistisch stark überarbeitete 928 S (Branchenjargon: „Manager-Express") ein Vierventil-Triebwerk mit 320 PS. Der Preis kletterte auf stattliche 119 500 Mark. 6000 Mark teurer als der 944 ist der 944 S, der ebenfalls diese Mehrventil-Technik bekam. Der Porsche 959, das wohl technisch perfekteste Auto auf der Welt, das auf der IAA 1985 vorgestellt wurde und 200 Kunden (davon 70 in der Bundesrepublik) zum Stückpreis von 450 000 Mark verkauft wurde, wird ab November ausgeliefert.

Am Höhenflug beteiligt sich auch VW in Wolfsburg. Der neue Passat, der erst im nächsten Jahr vorgestellt wird, von dem aber die ersten Erlkönig-Fotos vorliegen, verkörpert Repräsentationsstil und geballte Wucht größerer Nobellimousinen. Das keilförmige Auto mit Quermotor rollt in den Bereich der Oberklasse. Mit 40 000 Mark zählt der Passat nicht mehr zu den „Volks"-Wagen. PR-Direktor Anton Konrad sieht dennoch gute Marktchancen, weil er ebenfalls auf die Aufsteiger-Entwicklung setzt.

Am Größer-Schöner-Teurer-Trend im Herbst beteiligen sich allerdings nicht nur deutsche Hersteller. Auch der neue Jaguar XJ 40, der nach 17 Jahren die Limousine mit der Raubkatze ablösen soll, ist ebenfalls größer, teurer und mit Technologie vollgestopft. Gleiches trifft auf den neuen Cadillac Allante und Toyotas Elite-Sportwagen Supra zu, der ab September bei den deutschen Händlern steht. Überhaupt haben die Japaner nach erfolgreichen Bemühungen in der unteren und mittleren Preiskategorie jetzt ebenfalls die Oberklasse ins Visier genommen.

Nirgendwo ist jemand auszumachen, der gegen den Strom schwimmt und in diesen Tagen beispielsweise ein pfiffiges Kleinmobil oder ein abgespecktes Mittelklassemodell zum günstigen Preis in das Scheinwerferlicht der Ausstellungshallen lenkt.

Die großen internationalen Automobilsalons der letzten zwei Jahrzehnte und die Zeit, in der sie fielen, wurden stets von einem Automobil-Trend geprägt, der die jeweiligen Branchen-Veranstaltungen mit den Weltpremieren ähnlich wie in der Mode unverwechselbar machte:

Das war zum Beispiel die Frankfurter IAA 1981. In der konjunkturellen Flaute war das das Schaufenster der Sparmodelle. 1982 in Genf fand der Einstieg in die totale Aerodynamik statt: windschnittige Flundern statt eigenwillige Individualität bei den Karosserie-Schöpfungen.

In den folgenden Jahren bestimmte der Umweltschutz die Marschrichtung. Und spätestens seit der Frankfurter Automobil-Ausstellung 1985 war es dem letzten Autofahrer klar geworden, daß hier ein Jahr der besonderen Technik eingeläutet wurde.

Nicht mehr die alten Werte Beschleunigung und Spitze, PS-Zahlen, Vorderradantrieb oder Sperrdifferential waren die Schlagworte am Stammtisch, sondern überhöhte Edelbegriffe wie Antischlupfregelung, Visco-Kupplungen, Vierventil-Motoren und G-Lader, etc. Die unterschiedlichsten Varianten des Allrad-Antriebs, gewaltige Kraftpakete und komplizierteste Elektronik standen blechverpackt in Reih und Glied.

Die feine Technik hat sich im Angebot 86/87 zur selbstverständlichen Grundausstattung gemausert. Diesmal muß wenigstens noch eine Prise Luxus hinzukommen. Ein bißchen Status-Symbol soll das Auto sein, frei nach dem Motto „seht her, was ich erreicht habe".



BMW präsentiert mit dem Spitzenmodell der 7er Baureihe den einzigen Zwölfzylinder aus deutscher Produktion FOTOS: DIE WELT

Vertriebene feiern den Tag der Heimat

AP, Bonn

Der „Tag der Heimat 1986" am 7. September wird vom Bund der Vertriebenen (BdV) mit mehr als 180 Veranstaltungen im gesamten Bundesgebiet begangen. Wie der BdV ankündigte, werden sich 40 Jahre nach Flucht und Vertreibung bundesweit Vertriebene mit Freunden und Amtsträgern treffen, „um gemeinsam ihrer Heimat in Ostdeutschland oder in den ost- und südosteuropäischen Siedlungsgebieten zu gedenken".

Am 7. September wird eine Zentralveranstaltung in Berlin stattfinden. Die Vertriebenen werden für alle Völker und Volksgruppen in aller Welt das Selbstbestimmungsrecht fordern. Bei zehn Veranstaltungen werden Vertreter der Bundesregierung sprechen. Die Veranstaltungen würden ein Beweis für die ungebrochene Heimattreue auch der jungen Generation sowie ein „unübersehbares Bekennntis zu einem ungeteilten Deutschland und zu einer deutschen Nation" werden, betonte der BdV.

Positiver Trend bei Lehrstellen

AP, Nürnberg

Die Zahl der nicht vermittelten Bewerber um Ausbildungsplätze aus dem Berufsberatungsjahr 1984/85 ist in den ersten neun Monaten dieses Jahres deutlich abgebaut worden. Zum 30. September 1985 waren insgesamt 58 900 Bewerber noch nicht vermittelt. Nach einem Bericht der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg führten die Bemühungen der Berufsberatung und der Jugendlichen bis Ende Juni dieses Jahres zu einem Rückgang dieser Zahl um 44 600 auf 14 300. Die Entwicklung verlaufe damit günstiger als im Vorjahr.

Bayerns SPD will von Strauß drei Prozent

W. Z. Selb

Der Spitzenkandidat der bayerischen SPD, Karlheinz Hiersemann, will Franz Josef Strauß bei der bayerischen Landtagswahl am 10. Oktober „zwei bis drei Prozent der Stimmen" abjagen. Wie der SPD-Politiker bei der 22. Politparty seines Parteigenossen Philip Rosenthal auf Schloß Erkersreuth im oberfränkischen Selb prophezeite, würde ein solcher Zuwachs der SPD bei der kommenden Bundestagswahl ausreichen, um die Regierung Kohl/Genscher abzulösen.

Die bayerischen Landtagswahlen seien „eine Etappe auf dem Weg zu diesem Ziel", sagte Hiersemann, der zum Thema „Sogar die CSU braucht die SPD" sprach. Die SPD sorge dafür, daß es auch in Bayern keine „Parteien-Erbmonarchie" gebe.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Die Pistolen von „Santa Fu" stören das neue Konzept des Hamburger Senats

Für Justizsenator Curilla sind die Waffenfunde in der Haftanstalt schon die zweite Panne

UWE BAHNSEN, Hamburg

In der Hamburger Justizbehörde an der Drehbahn, genauer gesagt im Strafvollzugsamt des jovial-gemütlichen Senatsdirektors Arno Weinert, herrschte gestern große Hektik. Der Grund: Schußwaffen und Munition, die am Wochenende in einem Gemeinschaftsraum der Haftanstalt Fuhlsbüttel („Santa Fu") gefunden wurden. Für den erst vor drei Wochen umgebildeten Senat ist dieser Tatbestand politisch äußerst fatal. Noch ist nicht einwandfrei geklärt, wie am 29. Juli jener Revolver in den Sicherheitstrakt des Polizeipräsidiums gelangte, mit dem der Killer Werner Pinzner dort drei Menschenleben auslöschte – und schon steht die Justizbehörde vor der Notwendigkeit, erklären zu müssen, wie zwei Pistolen in die Vollzugsanstalt Fuhlsbüttel geschmuggelt werden konnten.

Die Ermittlungen „laufen auf Hochtouren", wie dazu behördenintern zu erfahren ist; doch mit handfesten Informationen für die Öffentlichkeit sind die zuständigen Beamten und ihr Dienstherr, Justizsenator Wolfgang Curilla, wie in Sachen Pinzner auch in diesem Fall mehr als sparsam: Wieder wurde eine Nachrichtensperre verhängt. Was bislang feststeht, ist freilich auch schon unglaublich genug: Nach einem Tip, den ein Gefangener aus bislang sehr undurchsichtigen Motiven gab, entdeckten Justizbeamte eine scharfe belgische „FN"-Pistole mit sechs Patronen im Magazin und eine Pistole P 38 mit zugeschweißtem Lauf ohne Munition. Beide Waffen, die keinerlei Fingerabdrücke aufwiesen, werden gegenwärtig von Kriminaltechnikern der Hamburger Polizei und anschließend von Experten des Bundeskriminalamtes daraufhin untersucht, ob sie bereits bei Gewaltverbrechen benutzt worden sind.

Der brisante Fund führte in der Nacht zum Sonntag zu einer Razzia der Polizei mit Beteiligung des Mobilen Einsatzkommandos MEK – ausgelöst insbesondere durch Angaben des „Tipgebers", die Waffen seien für einen Ausbruch mit Geiselnahme vorgesehen, bei dem auch Sprengstoff und Handgranaten eingesetzt werden sollten. Die Durchsuchung des Gefängnisses mit Hunden und Sonden förderte jedoch keine weiteren Waffen oder Sprengmittel zutage. Drei Häftlinge wurden inzwischen in andere Strafanstalten verlegt. Auch wenn bislang noch nicht völlig geklärt ist, welche Aktion tatsächlich geplant war – möglicherweise wollte sich ein verurteilter Geiselgangster gemeinsam mit Komplizen den Weg nach draußen freischießen –, so muß schon allein die Tatsache, daß eine schußbereite Waffe mit der dazugehörigen Munition hinter die Mauern von „Santa Fu" gebracht werden konnte, die Bemühungen des Senats um neuerliches Vertrauen auf dem Felde der Inneren Sicherheit schwer beeinträchtigen.

Nach dem Rücktritt des Innensenators Rolf Lange und der Justizsenatorin Eva Leithäuser am 7. August, der durch den Sicherheitsskandal Pinzner ausgelöst worden war, hatte die seither nur noch aus zwölf Senatsmitgliedern bestehende Landesregierung erklärt, es habe „Versäumnisse, Fehler und unglückliche Umstände" gegeben, die das „für Hamburgs liberale Politik der inneren Sicherheit immer bestehende, allerdings auch erforderliche Vertrauen erschüttert" hätten. Der Senat habe nun mit einer neuen Geschäftsverteilung (der frühere Umweltsenator Wolfgang Curilla leitet seither das Justizressort) „die Weichen dafür gestellt, daß auch und gerade auf diesem Feld neues Vertrauen gebildet wird". Justiz und Polizei, so hatte der Senat weiter erklärt, würden „unter Fortführung bewährter politischer Grundsätze ihre Anstrengungen zur Wahrung der Inneren Sicherheit verstärken".

Bürgermeister Klaus von Dohnanyi hatte diese Argumentation seither mehrfach in Interviews vorgetragen und damit deutlich gemacht, daß dies die Strategie ist, mit der sich die sozialdemokratische Regierungspartei im Wahlkampf auf kritische Fragen nach den Sicherheitspannen dieses Sommers einstellen will. Für Justizsenator Wolfgang Curilla ist dies der zweite Fall in seiner bislang dreiwöchigen Amtszeit. Der Gewaltverbrecher Manfred Lutz war am 16. August von einem Freigang nicht wieder in die Haftanstalt zurückgekehrt. Er konnte noch nicht wieder gefaßt werden.



Wollten sich Häftlinge mit den Pistolen den Weg aus der Vollzugsanstalt „Santa Fu" freischießen? FOTO: SIMON

FDP und Grüne mit Plänen zur Steuerreform

D. G. Bonn

Im beginnenden Bundestagswahlkampf wird die Steuerpolitik für Regierung und Opposition zu einem herausragenden Thema. Das FDP-Präsidium sprach sich gestern unter Vorsitz des stellvertretenden Parteivorsitzenden Wolfgang Mischnick für ein einfaches, gerechtes, leistungs- und wachstumsfreundliches Steuersystem aus. Durch eine Erhöhung des Grundfreibetrages und des Kinderfreibetrages wollen die Freien Demokraten eine Steuerfreiheit der untersten Einkommensschichten erreichen.

Außerdem sollen die unteren und mittleren Einkommen nach den Vorstellungen der FDP durch einen linear-progressiven Steuertarif spürbar entlastet werden. Die FDP-Vorschläge eines „marktwirtschaftlichen Steuerkurses" mit einer großen Steuerreform in der nächsten Legislaturperiode sehen Entlastungen von etwa 45 Milliarden Mark vor. Die entsprechenden Steuerausfälle des Staates sollen durch einen kräftigen Subventionsabbau ausgeglichen werden, den die FDP schon lange fordert, auf den sich die Koalitionsparteien aber noch nicht verständigen konnten.

Auch die Grünen legten gestern in Bonn ihr Steuerkonzept vor. Der Grundfreibetrag soll auf 9900 Mark für Alleinstehende und 19 980 Mark für Verheiratete erhöht werden. Wer mehr als 130 000 Mark im Jahr verdiene, müsse mehr Steuern zahlen, weshalb der Spitzensteuersatz heraufgesetzt werden soll. Außerdem verlangen die Grünen, hohe Zinseinkünfte besser als bisher zu kontrollieren.

Wie Axel Vogel, Bundestagsabgeordneter der Grünen, erklärte, will seine Partei – wie die SPD – die bisherigen Kinderfreibeträge bei der Lohn- und Einkommensteuer streichen. Denn davon hätten Besserverdienende mehr Vorteile als andere Steuerpflichtige. Das Kindergeld sollte nach den Vorstellungen der Grünen je nach Alter zwischen 230 und 450 Mark gestaffelt werden. Zu einer „Stärkung der Gemeindefinanzen" solle die Gewerbesteuer ausgebaut, der Anteil an der Einkommensteuer erhöht werden.

Stockt DGB-Holding ihr Grundkapital auf?

200 Millionen Mark für Neue Heimat im Gespräch

INGE ADHAM, Frankfurt

Noch im November wollen die Gesellschafter der gewerkschaftseigenen Holding der Beteiligungsunternehmen, der BGAG in Frankfurt, deren Kapital um 200 Millionen Mark aufstocken, um der Neuen Heimat helfen zu können. Eine Bestätigung einer entsprechenden Meldung des „Platow Brief" war am Montag bei der BGAG nicht zu erhalten, Vorstandsmitglieder nicht zu erreichen.

Nach Ansicht des Informationsdienstes wäre die Kapitalerhöhung freilich nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Denn die BGAG müßte mit weitaus höheren Beträgen bereitstehen als ihr derzeit möglich zu sein scheint, um der Neuen Heimat wirksam zu helfen. Dazu ist sie aber nach Einschätzung des „Platow Brief" derzeit nicht in der Lage. Zum Grundkapital von 450 Millionen kommen 350 Millionen Mark Rücklagen.

Lasten der BGAG

Mit dieser finanziellen Ausstattung von 800 Millionen finanziert die Holding ein Beteiligungsvermögen von 3,96 Milliarden Mark Buchwert. „Die BGAG ist in der Fremdfinanzierung bis an den Rand des Möglichen gegangen", bewertet der Dienst die 2,3 Milliarden Mark Bankschulden. Außerdem stehen der BGAG seit ihrer Gründung 1,4 Milliarden Mark Gesellschafterdarlehen zur Verfügung. In der (noch unveröffentlichen) Erfolgsrechnung 1985 stehen nach Angaben von „Platow" den 258 Millionen für Zinsaufwand rund 232 Millionen Mark Beteiligungs- und Zinserträge sowie Buchgewinne gegenüber. Der Ertragssteueraufwand rutschte von knapp 48 Millionen auf sechs Millionen Mark; dennoch werde ein Gewinn wie im Vorjahr von gut 96 Millionen Mark ausgewiesen, von dem gut 21 Millionen an die Gesellschafter (das sind die Gewerkschaften) ausgeschüttet werde.

Mit dieser Basis ginge der BGAG in der Tat die Puste aus, müßte sie der ins Trudeln geratenen Neuen Heimat mit rund einer Milliarde Mark unter die Arme greifen, es sei denn, die Holding würde sich von Teilen ihrer Beteiligungen trennen.

Privatisierungsgerüchte

Bestes Stück darunter ist die Bank für Gemeinwirtschaft; Privatsierungsgerüchte gibt es auch hinsichtlich der gewerkschaftseigenen Versicherungsgruppe Volksfürsorge. In Sachen Neue Heimat drängt die Zeit. Das Stillhalteabkommen mit den Banken läuft Ende dieses Jahres aus. Diskussionen mit den Hypothekenbanken, die ihrerseits einen Beitrag durch Tilgungsverzicht leisten sollen, sind noch nicht abgeschlossen. Dem Vernehmen nach sperren sich süddeutschen Hypothekenbanken, die angesichts des dort prosperierenden Immobilienmarktes keine Probleme einer Vermarktung des Neuen-Heimat-Bestandes sehen, sollte es zu einem Konkurs des Wohnungsbauriesen kommen. Auch die amerikanischen unter den Gläubigerbanken scheinen nicht mehr recht zu wollen. Derzeit bemüht sich Neue-Heimat-Sanierungsberater Meier-Preschany angeblich, die Kündigung von rund 250 Millionen Mark Kredit von diesen Banken aufzuhalten bzw. rückgängig zu machen.

GAL-Mitglieder votieren für den radikalen Kurs

Hamburgs Alternative nennen Bedingungen für Tolerierung der SPD

HERBERT SCHÜTTE, Hamburg

Die Mitgliederversammlung der Grün-Alternativen Liste (GAL) hat sich mit deutlicher Mehrheit für einen harten Kurs bei möglichen Tolerierungsverhandlungen mit der SPD nach der Hamburger Bürgerschaftswahl entschieden. Nach mehrstündiger Debatte schraubte die Basis mit 86 gegen 52 Stimmen die Forderungen für eine Duldung des SPD-Senats so hoch, daß bei dem gemäßigten Flügel der GAL die Möglichkeiten für eine Verständigung mit den Sozialdemokraten gestern als äußerst gering angesehen wurden. Den Forderungs-Katalog will die GAL für den Fall präsentieren, daß die SPD am 9. November die absolute Mehrheit verliert – was nach der Einkesselung auf dem Heiligengeistfeld und dem Fall Pinzner heute als sicher gelten darf. Vor dem Hintergrund der jüngsten Umfrage-Ergebnisse, die der SPD nur noch 46,5 Prozent, der GAL jedoch 10,5 (bei der letzten Bürgerschaftswahl: 6,8) Prozent zusprechen, setzten sich die Hardliner bei den Grün-Alternativen durch.

„Nur Frauen einstellen"

Ihre wichtigsten Bedingungen lauten: Sofortiger Ausstieg aus der Kernenergie. Garantie für das Überleben selbstverwalteter Wohnprojekte. Unter dieser Forderung ist auch der Erhalt der besetzten Häuser an der Hafenstraße zu verstehen, die nach Auslaufen der Mietverträge am 31. Dezember geräumt und abgerissen werden sollen. Gleichbehandlung von Asylbewerbern mit Deutschen und Niederlassungsrecht für Immigranten. Verzicht auf die polizeiliche Taktik der Einkesselung von Demonstranten und Rücknahme der neuen Planstellen bei der Polizei. Nach Übernahme seines Amtes als Innensenator hatte Bürgermeister Alfons Pawelczyk im Senat nicht nur die Bewilligung von 292 neuen Planstellen für die Polizei durchgesetzt, sondern sich im Notfall ausdrücklich auch künftig die Taktik der Einkesselung vorbehalten.

Weiter fordern die Grün-Alternativen: 100 Millionen Mark für Netzwerke alternativer Betriebe. Kein Stellenabbau im öffentlichen Dienst. Hier sollen nur noch Frauen eingestellt werden, bis die Hälfte aller Arbeitsplätze mit Frauen besetzt ist. Lehrstellengarantie für alle Schulabgänger.

„Grenzenlose Demokratie"

In ihrem kurz zuvor verabschiedeten Wahlprogramm bekennen sich die Hamburger Grün-Alternativen zu einer „radikalen Demokratie". Dabei erklärt die GAL ausdrücklich: „Dieser Staat ist nicht unser Staat." Die „grenzenlose Demokratie" schließt nach dem Verständnis der GAL jeden Versuch aus, „die ausländische und die deutsche Bevölkerung zu teilen".

Parlamentarisch will die Partei dieses Programm mit einer nur aus Frauen bestehenden Fraktion erkämpfen; auch auf der Rotationsliste – nach zwei Jahren soll nachgerückt werden – wurden ausnahmslos Frauen berücksichtigt. Der SPD stünden – wenn die gegenwärtig düsteren Prognosen am Wahlabend bestätigt werden sollten – harte Zeiten bevor. Allerdings enthält der harte Abgrenzungs-Katalog wenig präzise Angaben über Terminvorstellungen. Die FDP bietet sich zwar als alternativer Partner für die SPD an – die offizielle Sprachregelung bei den Liberalen lautet, daß sie eine Koalition mit der SPD "nicht ausschließen" – doch die Umfrage-Ergebnisse geben der FDP zur Zeit nur einen Stimmenanteil von 4,5 Prozent.

Der Katholikentag ist in Aachen überall

HENK OHNESORGE, Aachen

Vieles wird so sein wie immer, manches aber völlig anders als sonst auf dem 89. Deutschen Katholikentag in Aachen vom 10. bis zum 14. September. Gewohnt ist die Gliederung in Schwerpunkte. In Aachen heißen sie „Weltkirche", „Europa", „Geistliche Gemeinschaft", „Sozialer Katholizismus" und „Technik und Verantwortung für die Zukunft des Lebens".

Gewohnt ist auch der Aufmarsch der Prominenz, angeführt von Bundespräsident Richard von Weizsäkker. Helmut Kohl und sein Gegen spieler im nächsten Bundestagswahlkampf, der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Johannes Rau, werden Grußworte sprechen.

Unter den etwa sechshundert Referenten der verschiedenen Veranstaltungen fällt eher auf, wer auf den Gebieten der Politik und der Theologie, der Wissenschaft und der Technik keinen bekannten Namen hat. So findet man – ein willkürlich herausgegriffenes Beispiel – auf einer alphabetisch geordneten Liste der Mitwirkenden auf einer Seite die Europa-Parlamentarierin Marlene Lenz, den Landesrabbiner Nathan Peter Levinson, den evangelischen Theologen Günther Linnenbrink, den Eichstätter (und früheren Münchner) Universitätsrektor Nikolaus Lobkowicz, die Journalisten Theo M. Loch und Günther von Lojewski, den brasilianischen Bischof Ivo Lorscheider (einen von etwa 1509 Oberhirten aus allen Teilen der Welt, die erwartet werden)...

Daß nach einem Vortrag von Kardinal-Erzbischof Joseph Höffner über „Soziale Marktwirtschaft – Weg zwischen Kapitalismus und Kommunismus?" die Bundestagsabgeordneten Dieter-Julius Cronenberg (FDP), Wolfgang Roth (SPD) und Theo Waigel (CSU) mit dem Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz und angesehenen Sozialwissenschaftlern diskutieren werden, kann nur den verwundern, der Katholikentage (und Evangelische Kirchentage) nicht kennt. Alle im Bundestag sitzenden Parteien sind mit prominenten Namen vertreten. Ausnahme sind die Grünen, die offiziell nicht eingeladen wurden.

Thema „Weltkirche" gefragt

Auf eine gemeinsam organisierte Veranstaltung, das Forum „Katholische Soziallehre und Theologie der Befreiung", beschränkt sich auch der offizielle Kontakt mit der „Kirche von unten", der Quasi-Opposition innerhalb der katholischen Kirche.

Bei etwa 100 000 Besuchern – die Zahl ist wohl eher eine Untergrenze – rechnet man mit 40 000 Dauerteilnehmern. Ihr Altersaufbau ist der übliche bei Veranstaltungen dieser Art: ein Drittel bis 18 Jahre, ein Drittel zwischen 19 und 30, das letzte Drittel älter. Jeder zehnte Dauerteilnehmer kommt allein, jeder fünfte mit der Familie, siebzig Prozent mit einer Gruppe (meist aus der gleichen Gemeinde oder mit einem kirchlichen Verband).

Etwas erstaunlich ist die Präferenz der Dauerteilnehmer: Obgleich beim Themenkreis „Sozialer Katholizismus" aktuelle Probleme der Arbeits- und Sozialpolitik einschließlich der Arbeitslosigkeit behandelt werden und Redner wie Norbert Blüm und Anke Fuchs miteinander diskutieren, sprachen sich nur zwölf Prozent dafür aus. Bei den Schwerpunktthemen in Aachen liegt die „Weltkirche" (dreißig Prozent) oben, gefolgt von „Technik und Verantwortung für die Zukunft des Lebens" (26 Prozent), „Geistliche Gemeinschaft" (24 Prozent) und schließlich „Europa" (acht Prozent). Allerdings mögen die generellen Titel täuschen: So beschäftigt sich „Technik" ebenso in Foren und Diskussionen mit Fragen, die nach Tschernobyl entstanden sind, wie auf einer Kundgebung mit dem Schutz des ungeborenen Lebens.

Ungewöhnlich ist einiges, neu manches. So spricht Richard von Weizsäcker, als Kirchentagspräsident auch häufiger Besucher des Katholikentages, in Aachen über „Europas Beitrag für eine menschliche Welt". Zum ersten Mal hält ein protestantisches Staatsoberhaupt auf der größten katholischen Veranstaltung der Welt mehr als das übliche Grußwort.

Ein einmaliges Ereignis der Gastfreundschaft ist es, daß in etwa achtzig Gemeinden der Aachener Diözese 150 Partnergruppen zu Gast sind.

Zum ersten Mal in jüngerer Zeit hat man für einen Katholikentag eine Stadt ohne Messegelände und entsprechende Hallen gewählt. Dies bewirkt eine Verteilung des Katholikentags weit über das Stadtgebiet überall dorthin, wo große Räume für Vorträge und Diskussionen zur Verfügung stehen.

Wallfahrtsgespräche

Bewußt hat man, zum ersten Mal in der weit über hundertjährigen Geschichte des Deutschen Katholikentags, diese Veranstaltung mit der Aachener Heiligtumsfahrt zusammenfallen lassen.

Tausende von Pilgern werden auf vierzig Wallfahrten einen oder mehrere Tage zu Fuß oder mit dem Rad unterwegs nach Aachen sein. „Die Wallfahrtsgespräche", so glaubt Friedrich Kronenberg, Generalsekretär des für den Katholikentag verantwortlichen Zentralkomitees der deutschen Katholiken „über die Versöhnung der Völker, den Beitrag zum Frieden in der Welt oder den Auftrag der Christen für die Schöpfung werden das Miteinander in Gottesdiensten und thematischen Veranstaltungen beim Katholikentag bestimmen."

Libyen schickt Uganda Berater und Waffen

Museweni leitet Großoffensive gegen Rebellen im Norden ein

W. LÜTZENKIRCHEN, Kampala

In der Halle des Speke-Hotels von Kampala erscheinen die libyschen Militärberater. An ihren Tischen hinterlassen sie leere Limonadenflaschen, Handzettel mit Koransuren und manchmal das grüne Buch der Revolution von Oberst Khadhafi. Commander Saadat gibt sich siegessicher: „Keine Sorge, das Problem im Norden haben wir bald im Griff. Den Rebellen werden wir eine letzte Lektion erteilen."

Commander Saadat ist gebürtiger *Pakistani mit libyscher Staatsbürger*schaft, ein Profi in Khadhafis Söldnertruppe. Er hat für den ugandischen Präsidenten Museweni schon bei der Eroberung der Hauptstadt Kampala gekämpft. In einigen Tagen soll es an die Front gehen.

Sieben Monate nach der Machtübernahme durch Museweni hat sich der Krieg im Norden wie ein Buschfeuer ausgebreitet. Mit libyschen Mi*litärberatern und Waffenlieferungen* hat der Präsident eine massive Gegenoffensive gestartet. Nach Angaben der Armee sind bereits 400 Rebellen in Gefangenschaft geraten.

Während seines Besuchs bei Oberst Khadhafi in der vergangenen Woche hat Staatschef Museweni volle Rückendeckung der Libyer zugesagt bekommen. Frachtmaschinen der Trans Arabian Airtransport und libysche Flugzeuge schaffen über den Flughafen von Entebbe militärisches Gerät herbei – Hubschrauber, Gewehre und Schnellfeuerkanonen.

Durch die Straßen Kampalas rumpeln neue sowjetische Armeelastwagen, hinter dem Lenkrad Weiße unbekannter Nationalität.

Auf dem Flugplatz von Soroti, etwa 300 Kilometer nördlich von Kampala, sollen Jagdbomber des sowjetischen Typs MiG-21 eingetroffen sein. Libysche Piloten sollen für den Einsatz bereitstehen, berichten Diplomaten. Die hektische Aktivität läßt vermuten, daß die Lage für Museweni kritischer ist als angenommen.

Nach der Verlegung der Truppen *aus Kampala und Süd-Uganda nach* Norden werden verstärkt Schießereien und Plünderungen gemeldet. Auch im Westen des Landes hat sich die Sicherheitslage drastisch verschlechtert.

Vom Gelingen der Offensive im Norden könnte das weitere Schicksal Musewenis abhängen. Die Anhänger der Ex-Präsidenten Amin, Obote und Okello haben sich zu einer Befrei*ungsfront zusammengeschlossen* und weite Gebiete erobert oder infiltriert. In einem kurzen Gespräch mit der WELT meinte Präsident Museweni: „Hinter den Aktionen Obotes und Amins stehen Kräfte aus dem Ausland, die gegen uns operieren und den Krieg wollen." Er weigerte sich aber, jene Kräfte zu nennen.

Der Krieg in Uganda hat eine neue tragische Dimension angenommen. Durch die Schließung der Grenze zu Sudan werden Hilfslieferungen in den hungernden Südsudan auf dem Landweg unmöglich.

Die Partei gönnt Nakasone ein weiteres Jahr

Er bleibt LDP-Präsident und somit Japans Premier / Nach dem Wahlsieg noch ein Erfolg / Vor neuer Machtprobe

FRED de LA TROBE, Tokio

Bleibt Nakasone im Amt? Muß er als Premier zurücktreten? Bei dem Hin und Her um diese Frage konnte der japanische Ministerpräsident Nakasone jetzt einen wichtigen Punkt für sich buchen. Der maßgebende Ausschuß der regierenden Liberaldemokratischen Partei (LDP) hat beschlossen, daß der Premier über den Termin von Ende Oktober hinaus als Parteipräsident im Amt bleiben darf.

Damit nimmt er auch weiterhin den Posten des Regierungschefs in Personalunion mit dem des Parteichefs ein, wie das in Japan seit Jahrzehnten üblich ist. Da Nakasone schon vier Jahre regiert, hätte er sonst nach den Statuten der LDP am 30. Oktober zurücktreten müssen.

Eine starke Strömung im Lager der Liberaldemokraten hält es für angemessen, daß der 68jährige Nakasone noch ein Jahr am Ruder bleibt. Von einer Übereinkunft in der Frage der verlängerten Regierungsperiode ist die LDP allerdings weit entfernt. Da der Premier über keine eindeutige Mehrheit verfügt, zeichnet sich eine harte Machtprobe ab. Zu den Verfechtern der einjährigen Verlängerung gehört der neue LDP-Generalsekretär Takeshita, der selber als einer der aussichtsreichsten Nachfolgekandidaten Nakasones gilt.

Die beiden anderen Bewerber um das Amt des Ministerpräsidenten, der Vorsitzende des liberaldemokratischen Parteirats und ehemalige Außenminister Abe sowie der neue Finanzminister Miyazawa, treten dagegen nur für eine Fortdauer der Nakasone-Regierung von etwa zwei Monaten ein. Während dieses Zeitraums solle dem Premier Gelegenheit gegeben werden, während einer außerordentlichen Parlamentssitzung von ihm eingeleitete Reformvorlagen zur Verabschiedung zu bringen.

Nach dem eindrucksvollen Sieg seiner Partei bei den Wahlen im Juli bildete Nakasone eine neue Regierung. Damit stellte er schon die Weichen für die Festigung seiner Macht. Er schaltete seine Gegner in der LDP aus der aktiven Parteipolitik aus und bemühte sich, seine drei Nachfolgebewerber gegeneinander auszuspielen. Es gelang ihm, seinen Favoriten Takeshita wenigstens in Teilfragen auf seine Seite zu ziehen.

Sein Streben nach einem Fortbestand seiner Regierung begründet er mit dem Argument, daß er noch Zeit brauche, um seine eingeleiteten Reformen durchzuführen. Erst wenn er diese Aufgabe bewältigt habe, seien Japans bisher noch unerledigten Nachkriegsprobleme befriedigend gelöst.

Die Bilanz der vierjährigen Amtszeit Nakasones schließt sonst vor allem in der Außenpolitik erfolgreich ab. Es gelang ihm, die über Handelsfragen gefährlich angehäuften Spannungen zwischen Japan und seinen westlichen Partnern zu entschärfen. Die von seinem Vorgänger Suzuki vernachlässigte Allianz mit den Vereinigten Staaten rückte er wieder fest in den Mittelpunkt der japanischen Außenbeziehungen. Bei aller Freundschaft mit den USA strebte er aber von Anfang an eine nationale, selbstverantwortliche Politik für Japan an, die nicht nur folgsam im Kielwasser des amerikanischen Kurses steuern soll.

Er setzte sich auch entschlossen für einen stärkeren „nationalen Verteidigungswillen" ein, der den Schutz des Landes aus eigener Kraft gewährleisten soll. Kritiker bezeichnen Nakasone als „nationalistisch" und „wetterwendisch". Sie geben aber meist auch zu, daß er kein engstirniger Nationalist ist, sondern ein weltoffener und flexibler Politiker, der auf die Traditionen Japans stolz ist.

Wie öffentliche Umfragen immer wieder ergeben haben und wie auch das Wahlergebnis vom Juli signalisierte, ist die Regierung Nakasone weiterhin sehr populär. Wenn auch die Amtszeit des Premiers nur noch verhältnismäßig kurz befristet sein sollte, so zweifelt kaum ein Japaner daran, daß er auf der politischen Szene des Landes als einflußreicher Politiker noch lange ein wichtiges Wort mitreden wird. (SAD)

Yasuhiro Nakasone, wie man ihn selten sieht: Um sich von der politischen Tagesarbeit zu entspannen, greift der Premier gern zum Pinsel FOTO:CAMERA PRESS

Neukaledonien: Chirac verprellt die Australier

SAD, Sydney

Das Verhältnis zwischen Australien und Frankreich kühlt sich zunehmend ab. Grund ist eine abfällige Äußerung des französischen Premierministers Jacques Chirac über seinen australischen Amtskollegen Bob Hawke. Er hatte dessen Haltung zu den Problemen Neukaledoniens als „sehr dumm" bezeichnet.

Mißfallen hat Australien schon bei der Konferenz des Südpazifischen Forums Anfang August bei den Franzosen erregt. Die 13 Teilnehmerstaaten hatten eine Entschließung verabschiedet, die besagt, daß sie sich bei der UNO um eine Wiederaufnahme Neukaledoniens in die Liste der zu „entkolonialisierenden Gebiete" bemühen wollen. Diese einstimmig angenommene Entscheidung, das wichtigste Ergebnis der Konferenz, mußte Frankreich enttäuschen.

Australien, das sich bisher den Forderungen der anderen südpazifischen Länder widersetzt hatte, das Neukaledonien-Problem auf diesem Weg zu internationalisieren, schloß sich diesmal seinen Nachbarstaaten an.

Das von Fabius, Chiracs Vorgänger, verabschiedete Statut war von Australien für aufrichtig gehalten und unterstützt worden. Es sah vor, daß die Bevölkerung Neukaledoniens noch vor Dezember 1987 in einem Referendum darüber entscheiden soll, ob sie Unabhängigkeit in Assoziation mit Frankreich wünscht. Inzwischen kommen Zweifel daran auf, ob Paris wirklich bereit ist, Neukaledonien die Wahl der Unabhängigkeit zu geben.

Denn Chirac hatte in einer Rede in Noumea im vergangenen Jahr erklärt, Neukaledonien würde französisch bleiben. Das geschah im Wahlkampf, aber die Labour-Regierung Hawke zog daraus ihre Schlüsse: Sie glaubt, daß Frankreich alles daransetzt, die Unabhängigkeit Neukaledoniens zu verhindern. Deshalb ihr Einschwenken auf die Linie der Anti-Kolonialismus-Bestrebungen der kleineren südpazifischen Staaten, deshalb die scharfe Reaktion Chiracs.

Die Konfrontation schadet den strategischen Interessen beider Länder im südpazifischen Raum, in dem die Sowjets vor kurzem erste Terraingewinne verbuchen konnten. Eine Zusammenarbeit wäre dringend nötig, aber sie ist, von Australien und Neuseeland her gesehen, völlig ausgeschlossen, solange Frankreich seine Atomwaffenversuche im Südpazifik fortsetzt. In diesem Raum hat Frankreich immer noch die stärkste militärische Präsenz, aber seine Streitkräfte arbeiten weder mit dem amerikanisch-australischen Militärbündnis AUS (früher Anzus) noch mit der australisch-neuseeländischen Allianz (Anzac) zusammen.

Die Sicherheitsinteressen Australiens wären deshalb wahrscheinlich durch neue gewaltsame Konflikte im benachbarten Neukaledonien mehr gefährdet als durch verschärfte politische Spannungen mit Frankreich.

Weizman spricht mit Kohl über Nahost-Friedenslösung

Sind die Bemühungen um Jordanien fehlgeschlagen?

DW. Bonn

Der frühere israelische Verteidigungsminister und jetzige Minister ohne Geschäftsbereich, Ezer Weizman, ist gestern in Bonn mit Bundeskanzler Helmut Kohl zusammengetroffen. Die beiden Politiker erörterten die aktuelle Lage im Nahen Osten. Nach israelischen Zeitungsberichten wird Weizman im Rahmen einer Sondierungsreise nach Bonn auch Rom besuchen.

Weizman wolle in seinen Gesprächen mit Kohl und dem italienischen Ministerpräsidenten Bettino Craxi um Unterstützung für eine neue Friedensoffensive im Nahen Osten werben, hieß es. Dabei soll Weizman die Regierungen in Bonn und Rom konkret darum bitten, gemäßigte arabische Führer zur Teilnahme an dem Friedensprozeß zu bewegen.

Unterdessen meldete die „Jerusalem Post", daß die Bemühungen der USA, Ägyptens und Israels um eine Beteiligung Jordaniens am ägyptisch-israelischen Gipfeltreffen fehlgeschlagen seien. Das israelische Blatt berichtete, die Entscheidung des jordanischen Königs Hussein sei praktisch endgültig. Falls Ägypten und Israel wie erwartet ein Abkommen über den umstrittenen Gebietsstreifen Taba unterzeichnen, soll das israelisch-ägyptische Treffen in der nächsten Woche in Alexandria stattfinden.

Der PLO-Vorsitzende Arafat und der sowjetische Erste Stellvertretende Außenminister Juli Woronzow hielten sich am Wochenende in Algier auf. Ob Woronzow mit Arafats Rivalen im palästinensischen Lager zusammentraf und ob er mit Arafat selbst sprach, wurde nicht bekannt.

Woronzow hatte bereits zuvor in Damaskus und Amman mit Syriens Staatspräsident Assad und mit König Hussein konferiert. Die Regierung in Amman soll mit dem Ergebnis zufrieden sein und einen bedeutenden Wandel in der Haltung der UdSSR zu den Bemühungen um eine Lösung des Nahostproblems registriert haben.

Bombenanschläge an der Algarve

DW. Lissabon

An der portugiesischen Algarve-Küste sind fast zeitgleich in der Nacht zum Montag drei Bombenanschläge verübt worden. Menschen wurden nicht verletzt.

Durch die Wucht der Explosionen in der Nähe von Ferienunterkünften gingen Fensterscheiben zu Bruch und Autos wurden beschädigt. Die Sprengsätze detonierten in der Nähe von Hotel- und Ferienwohnungskomplexen der Orte Vilamoura, Vale do Lobo und Praia do Vau. In Praia do Vau befindet sich der Sommerwohnsitz von Präsident Mario Soares. Der Präsident habe sich zum Zeitpunkt der Explosion wahrscheinlich nicht in Praia do Vau befunden.

Die Polizei vermutet die Guerilla-Organisation FP-25 (Volksarmee des 25. April) hinter den Anschlägen. Anonyme Anrufer hatten bereits in der vergangenen Woche Anschläge der FP-25 angekündigt und erklärt, die Attentate würden mit Hilfe der spanischen Separatisten-Organisation ETA ausgeführt. Die ETA hat in spanischen Touristenorten ganze Serien von Bombenattentaten verübt.

Vier Terroristen in Marokko verhaftet

dpa, Rabat

Marokko hat erstmals die Verhaftung von „Spezialisten des internationalen Terrorismus" bekanntgegeben. Danach sind in den vergangenen Tagen vier arabische Terroristen festgenommen worden. Bei den zwei Tunesierinnen, einem Palästinenser und einem Libanesen habe die Polizei Sprengstoff gefunden, als Dekorationsstücke getarnt. Die vier Terroristen gehörten einer „professionellen internationalen Terroristenbande" an und hätten bereits Attentate in Europa und im Nahen Osten verübt, hieß es. Sie hätten Bombenanschläge an „öffentlichen Plätzen" verüben wollen, um Unruhe und Verwirrung in der Bevölkerung zu stiften.

Einzelheiten über Auftraggeber, die Zugehörigkeit der Terroristen oder deren Beweggründe wurden nicht genannt. Die Bekanntgabe der Festnahme der Terroristen fällt mit dem Bruch Marokkos mit Libyen und der Aufkündigung der „Staatenunion" zwischen beiden Ländern durch König Hassan von Marokko zusammen. In Rabat werden libysche Repressalien befürchtet.

Razzia in Chile gegen Zeitschrift

DW. Santiago

Die chilenische Militärregierung ist mit einer Polizeirazzia gegen die oppositionelle sozialdemokratische Wochenzeitschrift „Cauce" vorgegangen. Die Polizei nahm den Chefredakteur von „Cauce", Jorge Faundes, und zwei weitere Personen fest. In einer Druckerei wurden 25 000 Exemplare der neuesten Ausgabe beschlagnahmt. Faundes und seinen beiden Kollegen wird vorgeworfen, die Mitteilung der Regierung, sie habe große Waffenlager des linken Widerstands ausgehoben, öffentlich bestritten zu haben. Die Regierung hatte erklärt, die seit dem 6. August gefundenen Waffen seien von Kuba aus mit sowjetischen Fischereifahrzeugen für die linken Guerrillas ins Land gebracht worden.

Einer der 21 Chilenen, die im Zusammenhang mit diesen angeblichen Waffenlieferungen Kubas und der UdSSR an chilenische Untergrundgruppen verhaftet wurden, ist nach den Worten seines Rechtsanwaltes gefoltert worden. Der Anwalt erklärte, der Körper seines Mandanten weise zahlreiche Spuren von Gewaltanwendung auf.



Moskau beruft „Friedensrat" ein

SAD, Brüssel

Auf Veranlassung der Internationalen Abteilung des Zentralkomitees der KPdSU soll der „Weltfriedensrat" vom 15. bis 19. Oktober seine 14. Konferenz in Kopenhagen abhalten.

Erwartet werden nach Darstellung westlicher Geheimdienste 2000 bis 2500 Teilnehmer aus kommunistischen und prokommunistischen Organisationen in aller Welt. Es handelt sich um die erste Konferenz der sowjetischen „Frontorganisation", die seit dem Einmarsch der Sowjets in die CSSR 1968 wieder in einem Land des Westens zusammentritt.

Wie es heißt, soll der „Weltfriedensrat" als Propagandaforum für die Abrüstungsvorschläge des sowjetischen Parteichefs Michail Gorbatschow dienen. Mit Sicherheit werde auf dem Kongreß jede Position unterdrückt, die nicht sowjetischen außenpolitischen Zielen entspreche. Afghanistan dürfe erwähnt werden, jedoch nur im Zusammenhang mit Moskaus Forderung, daß der Westen der Entmachtung der Freiheitskämpfer und der Anerkennung des prosowjetischen Regimes in Kabul zustimme.

Unterstützung für „Solidarität" in Polens Kirchen

DW. Warschau

Mehr als zehntausend Menschen haben am Sonntagabend in der Kirche Sankt Stanislaus in Warschau an einer Messe zum sechsten Jahrestag der Danziger Abkommen, die zur Gründung der unabhängigen Gewerkschaft „Solidarität" führten, teilgenommen. Die Polizei war mit einem Großaufgebot und Wasserwerfern angetreten.

Vor der Menge der Gläubigen, die Spruchbänder mit sich führten, auf denen sie ihre Unterstützung mit der verbotenen Gewerkschaft „Solidarität" zum Ausdruck brachten, kritisierte der zur Kirchengemeinde gehörende Geistliche Teofil Bogucki die marxistische Ideologie, die „dem Geist der Polen fremd ist". Er fügte hinzu, „Solidarität" gehöre nicht der Vergangenheit an und existiere weiter. Für die verbotene Gewerkschaft zu arbeiten sei kein Verrat, sondern Pflicht eines jeden „guten Christen" und „guten Polen".

Im Rahmen der religiösen Feier wurde ein Hirtenbrief des Danziger Bischofs Tadeusz Goclowski verlesen, der von der polnischen Regierung die Achtung der Menschenrechte und die Anerkennung der Danziger Abkommen anmahnte. Die Menge folgte nach dem Gottesdienst den Aufrufen zur Ruhe und ging friedlich auseinander.

Der Jahrestag ist auch in anderen Städten Polens mit Gottesdiensten begangen worden, die alle friedlich verliefen. In dem Krakauer Industrievorort Nowa Huta bildeten rund 1000 Anhänger der „Solidarität" nach der Messe einen Demonstrationszug, der Slogans für die Gewerkschaft und für Walesa skandierte.

Vor dem Gedenktag hatte Walesa die Regierung aufgefordert, alle politischen Häftlinge freizulassen und Gespräche mit der polnischen Opposition aufzunehmen. In einer telefonisch übermittelten Tonband-Erklärung sagte Walesa, ein Gefängnis sei nicht der rechte Ort, um zu einem Übereinkommen zu gelangen, aber genau dorthin sperrten die Behörden Leute, die Partner eines Übereinkommens werden könnten.

Die Politik der Regierung habe zu gesellschaftlicher Apathie, wirtschaftlicher Stagnation und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen geführt, hieß es. Noch aber könne ein anderer Weg eingeschlagen werden, um zu verhindern, daß Polen zum Paria Europas werde.



Hochhausbauten verdrängen die Holzhäuser – aber die Wohnungsnot bleibt FOTO:SVEN SIMON

Die Wohnungsnot in der Sowjetunion treibt die Scheidungsrate hoch

R.-M. BORNGÄSSER, Moskau

Eine eigene Wohnung für jede Familie „ohne Ausnahme" hat der sowjetische Parteichef Gorbatschow seinen Mitbürgern im jüngsten Fünfjahresplan versprochen. Daß seine Ankündigung vielerorts mit Skepsis aufgenommen wurde, hat seine guten Gründe. Eigentlich müßte jede sowjetische Familie schon seit 1981 in einer „komfortablen Einzelwohnung" leben – hätte Chruschtschow sein auf dem XX. Parteitag vor 25 Jahren gegebenes Versprechen wahrgemacht. Statt dessen müssen immer noch Hunderttausende von Familien ihr Heim mit Fremden teilen.

Beklemmende Enge

Obwohl die Sowjetunion sich brüstet, pro Jahr mehr Wohnungen zu bauen als die kapitalistischen Länder, bleibt die Wohnungsnot, vor allem in den Großstädten, eine der bedrückendsten Sorgen der Sowjetbürger in ihrem ohnehin sorgenreichen Alltag. In Moskau, zum Beispiel, lebt noch jeder fünfte in einer Gemeinschaftswohnung.

Die beklemmende Situation in den Kommunalwohnungen, in denen oft Generationen – Großeltern, Kinder und Enkel – in zwei Zimmern wohnen, sich Küche und Bad noch mit Fremden teilen müssen, hat den US-Wissenschaftler Henry Morton zu der Feststellung veranlaßt, daß ein „Großteil der sowjetischen Familien nicht einmal den 1920 gesetzten Wohnungsstandard erreicht hat".

Diese quälende tägliche Wohnungssituation löst unhaltbare Spannungen aus, die sich vor allem in der hohen Scheidungsrate und der häufigen Flucht in den Alkohol widerspiegeln. Romane wurden über diesen Alltagsnotstand geschrieben, Theaterstücke verfaßt. „Der Tausch" von Jurij Trifonow ist eines der bekanntesten Bühnendramen. Das Stück schildert hautnah, wie ein Ehepaar mit einer krebskranken Mutter versucht, auf redlichen und unredlichen Wegen eine Wohnung zu tauschen.

Denn aus dieser Notsituation hat sich ein florierender Wohnungsmarkt entwickelt, der durch ein Gesetz aus dem Jahre 1937 abgesichert ist. Wer eine Wohnung tauschen möchte, kann sein Angebot in einem wöchentlich erscheinenden Bulletin publizieren, sich bei einer offiziellen Tauschzentrale melden oder aber selbst seine Wohnungsnot zu Markte tragen: „Tausche moderne Einzimmerwohnung mit Küche und Bad gegen Zweizimmerwohnung", liest man auf einem Plakat, welches ein Passant in einer Nebenstraße des „Boulevards des Friedens" hochhält.

Oftmals beteiligen sich ein Dutzend oder mehr Wohnungssuchende an einem Ringtausch – allerdings muß das ganze dann noch mit Stempel und Siegel der Behörde genehmigt werden.

Engpässe wie diese schaffen stets Schwarzmärkte. Illegale Makler versuchen mit horrenden Preisen, aus der Misere Profit zu schlagen – mit Preisen, die bis 100fach überhöht sind. Dieser Tage wurde der Bürgermeister von Tula seines Amtes enthoben, weil er illegal Wohnungen vergab.

Dabei sieht auf dem Papier, was den Wohnungsbau der UdSSR betrifft, alles so beispielhaft aus: Seit 25 Jahren werden pro Jahr zwei bis 2,2 Millionen Wohnungen und Einfamilienhäuser gebaut. Mehr als zehn Millionen Bürger verbessern dadurch jährlich ihre Wohnverhältnisse, meldet stolz die offizielle „Wohnungsbau-Broschüre". Doch selbst solche Zahlen können über das Ausmaß der Misere nicht hinwegtäuschen.

Die Klagen an der Baufront bleiben Standardthemen in der Sowjetpresse. Gerade in diesen Tagen hat die Sowjetführung wieder offen eingestanden, daß erhebliche Mängel beim staatlichen Wohnungsbau herrschen.

Um das Bauwesen effektiver zu machen, hat Moskau jetzt eine gründliche Umgestaltung der bisherigen Baubehörde vorgenommen: Das Staatliche Komitee für Bauangelegenheiten der UdSSR ist in ein „Staatliches Baukomitee der Union und Republiken der UdSSR" umgewandelt worden. Als ständiges Organ der sowjetischen Regierung soll es die Leitung des Baukomplexes in der Sowjetunion übernehmen.

Öffentliche Klagen

Die massiven öffentlichen Klagen über den Wohnungsbau haben sicher nicht nur soziale, sondern auch handfeste politische Gründe: Das Sowjetvolk soll langsam darauf vorbereitet werden, für bessere Wohnungen auch höhere Mieten zu zahlen. Denn nach dem Leistungsprinzip, das KPdSU-Chef Gorbatschow einführen will, gelten solch gezielte Pressekampagnen nicht unbedingt nur der Steigerung des sozialen Wohlgefühls des einzelnen Sowjetbürgers.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

„Absurdität par excellence"

„Umweltpolitik mit Steuerrecht"; WELT vom 16. August

Wenn es dem baden-württembergischen Ministerpräsidenten Späth zu seiner Profilierung paßt, verdreht er die Wirkungsweise der Marktwirtschaft. So auch beim Wasserpfennig wieder. Das Verursacherprinzip als typisches Prinzip des Reparaturbetriebes zu bezeichnen, ist die Absurdität par excellence.

Es ist in Wahrheit umgekehrt: Gerade und nur das Verursacherprinzip sorgt dafür, daß von vornherein die Umwelt geschont wird, nämlich durch ehrliche finanzielle Zurechnung der Umweltbelastungen, die entweder den Verursachern die Kosten für das Auffangen von Emissionsschäden auferlegt oder ihnen die Emission überhaupt unmöglich macht, weil sie viel zu teuer würde. Wenn Späth wirklich, wie er behauptet, wirksame präventive Abwehr von Gefahren wünscht, dann ist das Verursacherprinzip dazu der richtige Weg. Ebenfalls eine Verdrehung der marktwirtschaftlichen Wirkungsweise stellt es dar, wenn Späth meint, angesichts der Überproduktion werde die EG-Kommission der Landwirtschaft keine höheren Preise genehmigen, um die Umweltschutzkosten weiterzugeben. Darauf kommt es überhaupt nicht an. Gerade wenn die Kosten nicht weitergegeben werden können, tritt der umweltschonende Effekt ein, nämlich auf den oben genannten beiden Wegen, die auch bei der Landwirtschaft greifen würden. Bei Marktpreisen können höhere Kosten, wie die Praxis in allen anderen Bereichen zeigt, keinesfalls einfach überwälzt werden. Die Trinkwasserkosten aber sind administrierte Tarife in einem Monopolbereich, hier also kein Beispiel. Was beim Wasserpfennig übrigbleibt, ist daher wieder einmal nur eine Subvention.

Wolfgang Frickhöffer,
Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft e. V., Heidelberg

„Die Lärche, nicht die Tanne"

„Altdorfer und das Lamettasyndrom": WELT vom 23. August

In dem Artikel wird der Versuch unternommen, Maler früherer Zeiten mit dem Waldsterben in Verbindung zu bringen. Hierzu gehören Abbildungen, zu denen Fehlerhaftes berichtet wird:

Der flechtenartige Behang eines Baumes ist von Altdorfer bestimmt nicht gemalt worden, um einen kranken Baum abzuzeichnen, sondern weil es für sein Künstlerauge schön aussah. Dieselbe Erscheinung findet sich auch heute noch bei Bäumen am Kilimandscharo in Ostafrika, wo die Baumgrenze bis 3600 Meter hinaufgeht. Diese Bäume sind nicht gesünder und nicht kränker als ihre Kollegen ohne den „Lametta"-Behang.

Der Einwand gegen den beschreibenden Text gilt hier vor allem dem von Ihnen mehrfach zitierten Hans H. Cramer, der den von Corinth gezeichneten Baum am Walchensee als „Tanne mit Storchennest" bezeichnet. Dies daher dem „Forstmann" Cramer ins Stammbuch: Der Baum in Urfeld, der von Lovis Corinth wohl an die hundertmal gezeichnet und gemalt wurde, ist keine Tanne mit Storchennest, sondern eine Lärche.

Die Lärche ist's und nicht die Tanne. Dieser Baum stand noch in den siebziger Jahren, also 50 Jahre nach Corinth, genauso gesund dort und konnte von mir jeden Tag gesehen werden. Er wird auch noch heute da stehen, wenn er nicht von irgendwelchen rabiaten Umweltschützern als kranke Tanne abgeschlagen worden ist.

Friedrich F. v. Mecklenburg,
Hamburg 55

Staus an Grenzen

Die Politiker haben sich ernsthaft bemüht, innerhalb der EG die Wartezeiten bei der Grenzüberschreitung für Touristen so gering wie möglich zu halten. Wie sieht aber die Durchführung aus?

An einem der Rückreisewochenenden, am 9. August, passierte ich die deutsch-holländische Grenze Richtung Holland in Niederdorf bei Venlo. Der Rückstau war etwa drei Kilometer lang, die Wartezeit betrug 45 Minuten. Obwohl mehrere Abfertigungsspuren eingerichtet sind, wurde der Verkehr auf eine Spur eingezwängt, an der ein holländischer Beamter jedes einzelne Auto zum Stehen brachte, jedoch nichts kontrollierte. Die beiden anderen Beamten im Kontrollhaus genossen sichtlich den Touristenstau, dessen Ende nicht abzusehen war. Ist dieser Ermessensspielraum der neuen Dienstvorschrift von politischer Stelle zu verantworten?

Manfred Wennmann,
Sterrebeek/Brüssel

Hausordnung

„Patriot und Verfassung"; WELT vom 23. August

Was die Verfassung für ein Volk bedeutet, stellt die Hausordnung im überschaubaren Bereich für die Bewohner eines Mietshauses dar. Von einer religiösen Verehrung einer Hausordnung durch Mieter ist aber bislang noch nie etwas bekannt geworden. Sie wird von Zeit zu Zeit den Erfordernissen angepaßt. Warum soll das für eine Verfassung nicht gelten?

Victor Hölterling,
Ludwigsburg

Wort des Tages

„Politiker ist einer, der Meinungen hat, sich aber nicht zu fest darauf stützt."

James Lowell, amerikanischer Autor (1819–1891)

Heiden und Dünen

„Bessere Zeiten für magere Wiesen": WELT vom 19. August

Der erste Satz in dem Artikel „Bessere Zeiten für magere Wiesen", wonach Bayern als erstes Bundesland auch den Mager- und Trockenstandorten besonderen Schutz einräume, fordert zur Korrektur auf: In Schleswig-Holstein sind gemäß Landschaftspflegegesetz Eingriffe unter anderem in Heiden, Dünen und Trockenrasen bereits seit 1982 (!) gesetzlich verboten.

Zusätzlich bietet die schleswig-holsteinische Landesregierung im Rahmen ihres Extensivierungsprogrammes für die Landwirtschaft Bewirtschaftungsverträge für die gezielte Erhaltung, Verbesserung und Neuentwicklung von Trocken- und Magerrasenfluren seit 1985 an. Auch dieses war in der Bundesrepublik Deutschland ein Novum.

Für die Pflege solcher Flächen – Düngung, Zufütterung und Bewässerung sind verboten –, erhalten interessierte Landwirte ein Bewirtschaftungsentgelt von 350 Mark je Hektar und Jahr.

Ernst-Wilhelm Rabius,
Landesamt für Naturschutz und Landschaftspflege Schleswig-Holstein

TV im Sommer

Reginald Rudorf hat einen „Skandal der Monopole" und eine bösartige „Wiederholungs-Strategie der Öffentlich-Rechtlichen" ausgemacht.

Beim ZDF nimmt er Anstoß am „Wunschfilm der Woche", an dem sich durchschnittlich 1,6 Millionen Zuschauer jede Woche mit Anrufen beteiligten und der im Schnitt von 35 Prozent der Zuschauer gesehen wurde. Es gibt, das weiß jeder Kino-, Theater-, Konzertveranstalter, auch ein gutes, attraktives, bewährtes Repertoire, ohne das weder Kinos noch Theater auskommen, das selbstverständlich auch im Fernsehen seinen Platz hat.

Natürlich liefen im ZDF innerhalb des Sommer-Programms nicht nur zehn ältere Wunschfilme aus dem Repertoire, sondern zum Beispiel 15 ganz neue Filme und Fernsehspiele aus Europa, die vom ZDF zum größten Teil koproduziert worden waren. Dem WELT-Kritiker sind offensichtlich diese herausragenden Programmreihen „Spielfilme unserer Nachbarn" und „Europa im Fernsehspiel" entgangen.

Dr. Fritz Hufen,
ZDF-Information und Presse, Mainz

Verpflichtung

„Mandat der Kirche"; WELT vom 14. August

Nächstenliebe verpflichtet – zum Beispiel nach Mitteldeutschland. Deshalb pflegt die evangelische Kirche lieber Übernächstenliebe, indem sie, vom Steuerzahler unkontrolliert, Steuergelder an Terror-(„Befreiungs"-)Organisationen in Südafrika oder anderswo verteilt.

Dr. Hans-Peter Müller,
Obernburg/M.

Personen

VERANSTALTUNG

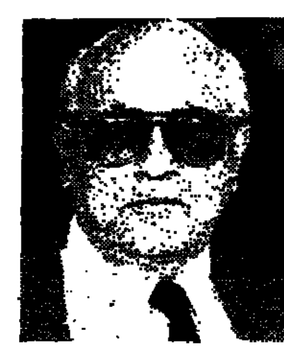
Die offizielle Weltpremiere des „Othello"-Films von **Franco Zeffirelli** hat in der Wiener Staatsoper stattgefunden. Sie wurde auf Wunsch des Sängers **Placido Domingo** als Benefiz-Gala zugunsten der Erdbebenopfer von Mexiko begangen. Ein festliches Publikum mit viel Prominenz begrüßte den Regisseur und die beiden Sänger Placido Domingo (Othello) und **Justino Diaz** (Jago). Nach der Vorstellung konnte Placido Domingo begeisterten Beifall und einen Scheck über einen nicht genannten namhaften Betrag für Mexiko entgegennehmen.

GEBURTSTAGE

Josef Wild, zwischen 1955 und 1972 Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks, jetzt Ehrenpräsident, wird heute 85 Jahre alt. Der bayerische Ministerpräsident **Franz Josef Strauß** telegrafierte, was Wild für das deutsche Handwerk getan habe, sei unvergessen. Mit seinem Namen seien die wichtigsten Weichenstellungen verbunden, die dem Handwerk nach dem Krieg zu seinem Platz im deutschen Wirtschaftsgefüge verholfen haben. Ähnlich wie die Gewerkschafter des alten Schlages sammelte er seine Lebenserfahrungen im Betrieb. Acht Jahre arbeitete der gebürtige Oberbayer als Bäcker in den USA, bevor er 1935 zu Hause die Meisterprüfung bestand. Er war mit Politikern im Gespräch, hielt Kontakt zu Kirchen- und Berufsorganisationen und war Mitglied des Bayerischen Senats.

*

Der Herausgeber der „deutschland-berichte" in Bonn, der Journalist **Rolf Vogel**, feiert morgen seinen 65. Geburtstag. Der gebürtige Berliner kommt aus einem katholisch-jüdischen Elternhaus. Der Vater, ebenfalls Journalist, starb früh, die Mutter wurde nach Theresienstadt verschleppt und überlebte. Nach den Greueln des Zweiten Weltkriegs lag ihm nur ein Ziel am Herzen: die Versöhnung zwischen Deutschen und Juden. Seit fast 22 Jahren widmet er sich diesem Thema in den monatlich erscheinenden „deutschland-berichten". Rolf Vogel ist außerdem Autor mehrerer



Rolf Vogel

Dokumentationen. Seine wichtigsten Werke sind wohl „Deutschlands Weg nach Israel", „Ein Stück von uns, 1813 bis 1976, deutsche Juden in deutschen Armeen", „Ein Stempel hat gefehlt, Dokumente zur Emigration deutscher Juden". Rolf Vogel ist Oberstleutnant der Reserve. Am Eichmann-Prozeß nahm er als Beobachter für Konrad Adenauer teil.

RUHESTAND

Der Bibliotheksdirektor der heutigen Zentralbibliothek der Landbauwissenschaft und Abteilungsbibliothek für Naturwissenschaft und Vorklinische Medizin der Universität Bonn, Dr. **Wilhelm Göcke**, ist nach 30jähriger Tätigkeit in den Ruhestand getreten. Die Planung und Ausführung des Neubaus der im Bonner Stadtteil Poppelsdorf beheimateten Zentralbibliothek der Landbauwissenschaft, die als eine der großzügigsten und modernsten Bibliotheken des Landes Nordrhein-Westfalen gilt, bedeutete für Wilhelm Göcke eine große Herausforderung. Er baute die Bibliothek mit seinen über 500 000 Bänden zu einem lebendigen Begegnungszentrum für ca. 12 000 Studenten aus. Unter seiner Leitung entwickelte sich die Bibliothek zu einer Einrichtung von internationalem Rang. Neben der Bibliothek des US-Departements of Agriculture in Washington und der Bibliothek der FAO in Rom ist sie die drittgrößte „Bauernbibliothek" der Welt.

EHRUNG

Die Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität zu Bonn hat beschlossen dem Präsidenten der Republik Italien, Professor Dr. **Francesco Cossiga**, in Anerkennung seiner großen Verdienste um die kulturellen Beziehungen der Republik Italien und der Bundesrepublik Deutschland sowie in Würdigung seiner besonderen Beziehungen zur Universität Bonn die Würde eines Ehrensenators zu verleihen.

MEDIEN

Manuel Isler (54) wird ab Januar 1987 in der Schweiz Leiter der Ringier-Journalistenschule. Manuel Isler, stellvertretender Chefredakteur der „Basler Zeitung" und Chefredakteur des schweizerischen Bildschirmtext-Magazins „vt" war Theater-Kritiker, dann Dramaturg bei Radio Basel und Mitarbeiter bei dem Fernsehen. Er löst in Zürich **Franz C. Widmer** (43) ab, der nach acht Jahren des Aufbaues die Journalistenschule verläßt. Widmer geht nach Basel als Wirtschafts- und politischer Korrespondent.

Anläßlich des Internationalen Wattenmeertages 1986 trafen sich Biologen und Vertreter von Umweltbehörden und des Küstenschutzes in Hamburg zu einer Fachtagung über die Bedeutung der Salzwiesen im Wattenmeer für die Stabilisierung der Deiche und den Naturschutz.

Wo die Wellen brechen, neues Land und seltene Pflanzen sich ansiedeln

Von ROLF LATUSSECK

Von den Niederlanden bis Dänemark bedecken die Salzwiesen einen Küstenstreifen von etwa 20 000 Hektar. Obwohl sie nur bei höheren Fluten vollständig von der See bedeckt werden, liegen sie im unmittelbaren Einflußbereich des Salzwassers. Viele Pflanzen- und Tierarten haben ihren Lebensraum ausschließlich auf den Salzwiesen leben, was in den Augen der Naturschützer ihre Einzigartigkeit und die Schutzwürdigkeit ausmacht.

Dr. Diekmann von der Universität Hannover erläuterte die überragende Bedeutung der Salzwiese auch für den Küstenschutz. Sein Fazit: Je breiter der Streifen des Deichvorlandes, umso besser sind die Deiche geschützt. Das sanft ansteigende Vorland kann als gestaffelter Wellenschutz verstanden werden, auf dem sich die Wellen bereits brechen, bevor sie den Deich erreichen.

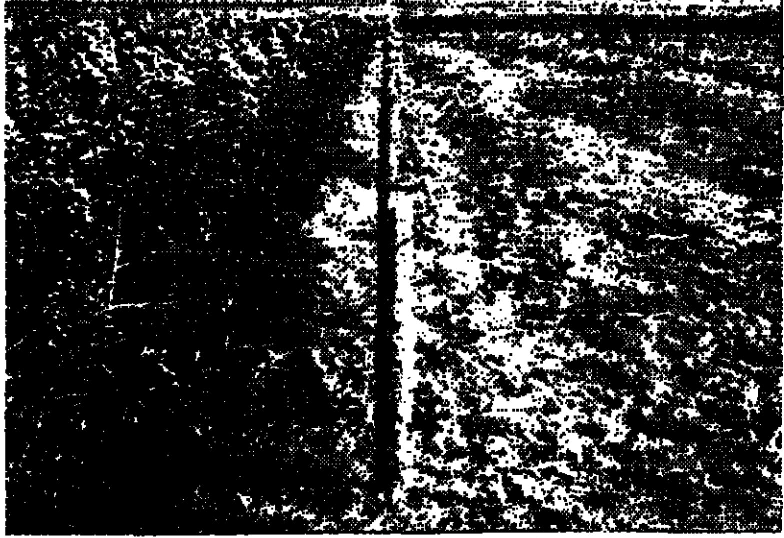
Eine Welle bricht, wenn ihre Höhe gleich der Wassertiefe ist, und die verschieden hohen Wellen brechen auf einem intakten Vorland an unterschiedlichen Stellen, so daß es zu einer weiträumigen Verteilung und Vernichtung der mitgeführten Energie kommt. Ebenso ist ein hoher und geschlossener Bewuchs des Vorlandes wichtig. Zum einen federt die Pflanzendecke die Energie brechender Wellen ab, zum anderen hält sie den Boden mit ihrem dichten Wurzelwerk fest und vermindert mit ihren oberirdischen Teilen die bodennahe Wasserströmung.

Vor den Salzwiesen liegt das zweimal täglich für sechs Stunden überflutete Watt mit zahlen- und artenmäßig weit geringerem pflanzlichen Bewuchs. Beide Zonen bilden eine natürliche pflanzensoziologische Abfolge und sind voneinander abhängig.

Die erste Landpflanze, die den Schlick besiedelt, ist der Qüller. Bereits 40 Zentimeter unter dem mittleren Hochwasserniveau (MTHW) wachsen vereinzelt die ersten Exemplare, die sich in Richtung Land zu dichten geschlossenen Beständen zusammenschließen. Die ersten Sedimentablagerungen beginnen dort, wo der Qüller geschlossen steht; zwischen den Pflanzen kommt es nämlich zu einer Beruhigung der Wasserströmung und dadurch zum Absinken mitgeführter Teilchen. Als wichtigster Marschbildner aber gilt der Andelrasen, der viel Sediment festhält und nach großen Fluten sogar völlig damit zugedeckt sein kann.

Was die Nutzung der Salzwiesen angeht, so ist diese von Land zu Land und sogar regional unterschiedlich. Während in Dänemark die Beweidung durch Rinder einen hohen Stellenwert einnimmt, bevorzugt Schleswig-Holstein intensive Schaf-Beweidung. An der niedersächsischen Küste sind das Mähen der Wiesen und die Heuproduktion von Bedeutung.

Nicht die landwirtschaftliche Nutzung bedroht dabei den Bestand der Salzwiesen, sondern ihre in der Europäischen Gemeinschaft zu hoher Intensität getriebene Form. Die Forderungen des Natur- und des Küstenschutzes bestehen daher in einer zahlenmäßigen Reduzierung des aufgetrieben Viehs in Richtung auf eine nur noch extensive Nutzung. An mehreren Stellen der Küste wurden für mehrere Jahre die ungestörte Entwicklung dieses Areals beobachtet. Hier wuchsen die Pflanzen nicht nur sehr viel höher als auf den beweideten Teilen, auch die Artenzusammensetzung änderte sich, und insgesamt rückte die Grenze des ersten Auftretens einzelner Arten erheblich näher ans Wasser.



Die beweidete Salzwiese (Trittschäden, kurze Vegetation) ist deutlich von der unbeweideten (hohe Vegetation) zu unterscheiden FOTO: J. LAMP

Für den Küstenschutz ist von Bedeutung, daß durch den hohen Viehbestand Trittschäden entstehen. Besonders die schweren Rinder, aber auch Schafe, sinken mit ihren Hufen oftmals tief in den noch lockeren Boden ein und durchlöchern regelrecht die Pflanzendecke. Diese Verletzungen des Untergrundes bilden bei größeren Fluten Angriffspunkte für Wellen und Wasserströmung und können zu ausgedehnten Abbrüchen und Erosionen führen. Schon eine schwache Beweidung mit maximal einem Rind oder zehn Schafen auf zehn Hektar könnte hier Abhilfe schaffen.

Professor Heydemann aus Kiel hat ein über die nächsten zehn Jahre laufendes Konzept entwickelt, wie die Salzwiesen nach den Vorstellungen des Naturschutzes und unter Berücksichtigung von Landwirtschaft und Küstenschutz zukünftig gehandhabt werden sollten. Danach wäre der Anteil der von jeglicher Nutzung freien Salzwiesen sofort auf 50 Prozent auszudehnen. Die andere Hälfte sollte je nach regionalen Gegebenheiten mit unterschiedlicher Intensität bewirtschaftet und beobachtet werden, um die jeweils optimalen Voraussetzungen zur Erhaltung der Salzwiesen zu erarbeiten.

NOTIZEN AUS LABORS UND INSTITUTEN

Zuviel Vitamin E?

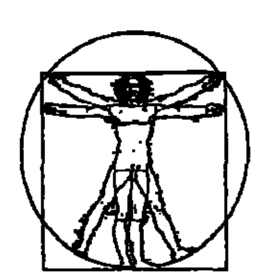
Karlsruhe (dpa) – Vor der Einnahme von zuviel Vitamin E hat der Ernährungswissenschaftler Prof. Ibrahim Elmadfa aus Gießen gewarnt. Die Einnahme von hochdosiertem Vitamin E müsse vom Arzt kontrolliert werden, sagte er auf der 38. Therapiewoche in Karlsruhe. Übelkeit, Erbrechen, Kopfschmerz und Sehstörungen könnten die Folge sein, wenn Vitamin E in Dosen von mehr als 300 mg täglich eingenommen werde. Die Deutsche Gesellschaft für Ernährung gehe von einem täglichen Vitamin-E-Bedarf von zwölf Milligramm aus, der *durch die Nahrung gedeckt werde.*

Gift im Kinderzimmer

Bonn (DW.) – Immer neue chemikalienhaltige Produkte gelangen ohne vorherige gesundheitliche Prüfung auf den Spielzeugmarkt und gefährden damit die Gesundheit der Kinder. Wie der Bund Umwelt und Naturschutz (BUND) mitteilte, sind besonders bedenklich die *hohen* Schwermetallgehalte in Fingerfarben, Lacküberzügen und Kunststoffspielzeug. Da es keine rechtlich verbindliche Regelung zur Begrenzung der Schwermetallgehalte gibt, empfiehlt der BUND den Herstellern die europäischen Normwerte nicht zu überschreiten. Als Entscheidungshilfe der Eltern beim Spielzeugkauf hat der BUND eine *Informationsmappe erstellt.*

Chinesische Raumfähre

Peking (dpa) – China hat sein eigenes Modell für eine Raumfähre entwickelt und wählt gegenwärtig sein erstes Astronautenteam aus. Das meldete die Überseeausgabe der Pekinger „Volkszeitung" am Sonntag. „*Der Zeitpunkt für Chinas bemann*ten Ausflug in den Weltraum ist nicht mehr weit", schrieb das Blatt. Im April hatte ein chinesischer



Raumfahrtexperte etwa das Jahr 2 000 für den Start der ersten eigenen Raumfähre anvisiert.

Choleraopfer in Algerien

Algier (AFP) – Mehrere Dutzend Tote und über Tausend Kranke hat das Auftreten der Cholera seit Beginn dieses Sommers in Teilen Algeriens, darunter auch der Hauptstadt, gefordert. Dies wurde jetzt aus Ärztekreisen in Algier bekannt, während von offizieller Seite bisher keine Bilanz vorliegt. Nach Angaben der Ärzte kann dennoch noch nicht *von einer Epidemie gesprochen wer*den. Es wurden auch Fälle von Meningitis (Hirnhautentzündung) und Typhus registriert, jedoch nicht im Ausmaß der Cholera.

Bedrohte Nashörner

Nairobi (DW.) – Trotz einer Vielzahl internationaler Schutzmaßnahmen nimmt die Anzahl der Nashörner in ihren Heimatkontinenten Asien und Afrika weiterhin bedrohlich ab. Ein Überleben der Spezies sei immer weniger gesichert, erklärte der Internationale Naturschutzbund „IUCN". Nach Angaben eines in Nairobi veröffentlichten Kommuniques der IUCN gibt es insgesamt in Afrika und Asien nur noch 11 500 Rhinozerosse. Hiermit habe sich der Bestand seit 1970 um 85 Prozent verringert.

Lebenselement Phosphor

Bonn (dpa) – Ohne das chemische Element Phosphor ist kein Leben auf der Erde möglich. Seine vielfältigen Erscheinungsformen und Anwendungsmöglichkeiten stehen im Mittelpunkt des 10. Internationalen Kongresses über Phosphorchemie, der gestern in Bonn eröffnet wurde. Unter Leitung von Prof. Rudolf Appel, dem Direktor des Instituts für anorganische Chemie der Uni Bonn, diskutieren rund 300 Wissenschaftler aus 32 Ländern bis zum Samstag über die neuesten Entwicklungen der Phosphorchemie von der Grundlagenforschung bis zur an*wendungsbezogenen Forschung.*

Im Weltall schläft die Immunpolizei

Bei Schwerelosigkeit ist die Infektionsabwehr des Organismus nicht funktionstüchtig

Von ANATOL JOHANSEN

Die weißen Blutkörperchen sind die „Polizei des Körpers". Dringen Giftstoffe in den Organismus ein oder gibt es eine Infektion, werden sie aktiviert, um den Schaden zu beheben. Dabei vergrößert sich ihre Anzahl dann sehr schnell.

Im Weltraum aber, so schien es sowjetischen Forschern schon 1973 nach der Untersuchung von Kosmonauten, verlieren die sogenannten Lymphozyten – die etwa 30 Prozent der weißen Blutkörperchen bilden – diese Fähigkeit weitgehend. So schlugen zwei Wissenschaftler der Eidgenössischen Technischen Hochschule in Zürich, B. Bechler und A. Cogoli sowohl der Europäischen Weltraumorganisation Esa als auch der amerikanischen Nasa vor, im Weltraum das Verhalten der Lymphozyten zu untersuchen.

Daraufhin wurde schon 1981 ein erstes solches Experiment beim Unternehmen Spacelab-1 mit dem deutschen Astronauten Ulf Merbold durchgeführt. Zwei weitere Experimente folgten beim Unternehmen D 1, an dem Anfang November 1985 insgesamt acht Astronauten beim letzten Flug des amerikanischen Raumtransporters „Challenger" teilnahmen.

Den Astronauten im All wurde das Blut abgezapft

Die Ergebnisse dieser Untersuchungen wurden jetzt auf Norderney in einem Symposium über die Resultate der D 1-Mission vorgestellt. Dabei war entscheidend, daß bei dem *D 1-Flug erstmals Experimente mit* frischem, periphärem Blut von Astronauten durchgeführt wurden, das man im Weltraum abzapfte.

Bei dem Versuch wurden aus dem Blut von vier Astronauten sogenannte Vollblutkultur hergestellt, und zwar jeweils neun und zwei Tage vor dem Flug, dann am dritten Flugtag und schließlich auch noch jeweils eine Stunde, sieben Tage bzw. 13 Tage nach dem Flug. Daran wurde das Verhalten der Lymphozyten beobachtet. Als Fremdstoff wurde dann in diese Kulturen ein sogenanntes Mit*ogen (Concanavalin A) eingespritzt*, das normalerweise die Lymphozyten aktiviert und sozusagen in stark vermehrter Zahl zum Gegenangriff gegen einen Eindringling antreten läßt. Tatsächlich konnte auch beobachtet werden, daß dies bei jenen Blutkulturen der Fall war, die den Astronauten vor dem Start entnommen worden waren.

Anders verhielten sich die „Weltraum-Lymphozyten". Sie waren für den Versuch von den Experimentatoren in zwei Gruppen aufgeteilt worden. Die erste Gruppe der Lymphozyten wurde im bemannten europäischen Raumlabor „Spacelab" – das während der D 1-Mission fest im Frachtraum der „Challenger"-Raumfähre verankert war – der Schwerelosigkeit ausgesetzt. Eine zweite Gruppe aber kam im „Spacelab" auf eine kleine Zentrifuge, durch deren Drehbewegung die Blutkulturen einer simulierten Schwerkraft von etwa 1 g ausgesetzt blieben, die also der irdischen Schwerkraft entsprach.

Das Ergebnis war erstaunlich: Während die am Erdboden zurückgelassenen Lymphozyten auf den „Angriff" des Mitogens mit traditioneller Bravour reagierten, sich also stark vermehrten, um den *Eindringling* abzuschlagen, ließ sich bei den völlig schwerelosen „Weltraum-Lymphozyten" eine derartige Reaktion nicht feststellen. Ihre Aktivierung war praktisch Null. Überraschend für die *Experimentatoren war jedoch das* Verhalten der „zentrifugierten" Lymphozyten. Sie verhielten sich nicht wie die Lymphozyten am Erdboden. Ihre Aktivität ging zwar nicht ganz auf Null zurück, war aber dennoch erheblich vermindert, was den Wissenschaftlern Rätsel aufgibt.



Lymphozyten attackieren einen Eindringling FOTO: BOEHRINGER/ING.

Kann kosmische Strahlung die Aktivierung stoppen?

Die Schweizer Experimentatoreen haben drei mögliche Erklärungen dafür. Zum einen könnte sich die kosmische Strahlung negativ auf die „Weltraum-Lymphozyten" ausgewirkt haben. Zum anderen sei die Zentrifuge im Weltraum mehrfach angehalten worden, so daß die Schwerelosigkeit wirksam wurde, schließlich könnten die „Weltraum-Lymphozyten" unter Umständen anderen Temperaturen ausgesetzt gewesen sein als die auf der Erde verbliebenen.

Ungeklärt bleibt vorerst auch, welcher Mechanismus überhaupt dazu führt, daß die Lymphozyten generell ihre Aktivität in der Schwerelosigkeit weitgehend einstellen. Hier werden weitere Versuche zur Aufklärung dieses Phänomens notwendig. Unstrittig ist dagegen, daß die Astronauten, deren Lymphozytenaktivität – wie die Versuche beweisen – in der Schwerelosigkeit ausfällt, dadurch eine zeitweilige Schwächung ihres immunbiologischen Systems erfahren, die allerdings sieben bis 13 Tage nach der Landung wieder zurückgeht.

Für Langzeitraumflüge oder den Aufenthalt von Astronauten an Bord von Raumstationen aber könnte dies unter Umständen gesundheitliche Risiken bergen. Immerhin mußte erst vor einigen Monaten ein sowjetischer Kosmonaut verfrüht zur Erde zurückkehren, weil er im Weltraum krank geworden war, ohne daß die Russen seinerzeit die Art seines Leidens mitgeteilt haben.

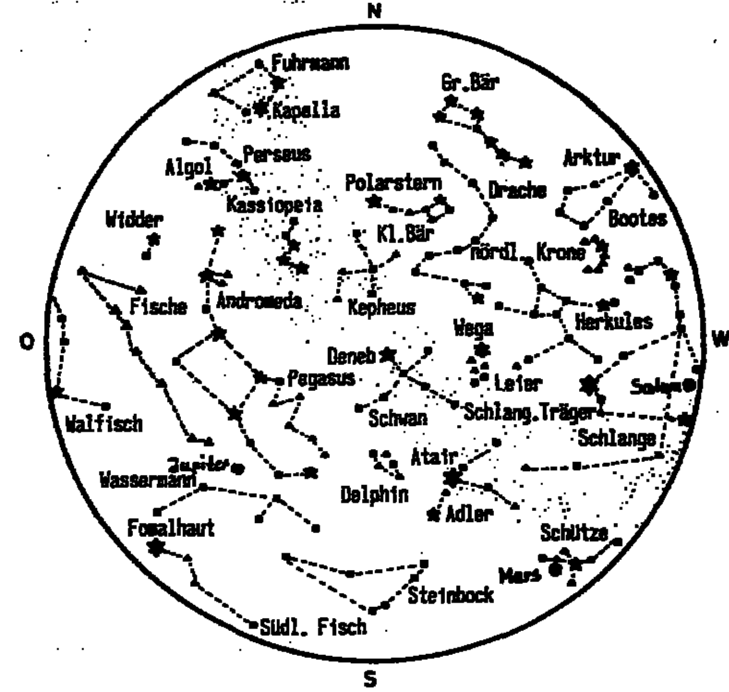
Der Sternenhimmel im September

Von ERICH ÜBELACKER

In den Septemberabendstunden sind besonders viele Planeten zu beobachten. Kurz nach Sonnenuntergang taucht über dem Südwesthorizont die strahlend helle Venus auf, die sich im kleinen Amateurfernrohr als Sichel präsentiert. Anfang des Monats sieht sie wie ein kleiner Halbmond aus. Danach wird die Venussichel immer schmaler und größer. Um 23 Uhr Sommerzeit ist Venus längst untergegangen, dafür kann man nun im Südwesten Saturn und Mars erkennen. Hauptdarsteller auf der spätsommerlichen Himmelsbühne ist jedoch Jupiter, der am 10. 9. seine günstigste Stellung, die Opposition, erreicht. Er steht dann, von der Erde aus gesehen, der Sonne genau gegenüber, was mehrere Vorteile bietet.

Einerseits hat der Planet seine erdnächste Stellung erreicht, erscheint also besonders groß und hell, andererseits ist er die ganze Nacht hindurch zu sehen. Selbst im kleinsten Teleskop erkennt man die vier hellsten Jupitermonde, die jeden Abend in einer anderen Position stehen. Ein etwas größeres Instrument zeigt deutlich helle und dunkle Wolkenstreifen auf der Planetenoberfläche, aber auch Sonnen- und Mondfinsternisse. Die Monde werfen ja immer wieder ihre Schatten auf die Planetenoberfläche oder veschwinden ihrerseits im Jupiterschatten. Deutlich kann man im Fernrohr erkennen, daß der riesige Planet nicht kugelrund wie Erde und Mond, sondern deutlich abgeplattet ist. Man darf nicht vergessen, daß sich der gewaltige, aus leichten Stoffen aufgebaute Planetenkörper in knapp *zehn Stunden um seine Achse dreht*, während die kleine Erde für eine solche Rotation 24 Stunden braucht. Dadurch entstehen große Zentrifugalkräfte, die den Planeten in die Länge ziehen. Jupiter steht um 23 Uhr im Südosten und ist leicht zu finden, da er das einzige strahlend helle Gestirn in einer sonst sternarmen Himmelsgegend ist.

Unser Mond erreicht am 11. 9. das erste Viertel und am 18. des Monats die Vollmondstellung. Die Sonne dagegen steht am 23. 9. um 9.59 Uhr im Herbstpunkt. An diesem Tag sind an *allen Orten der Welt Tag und Nacht* gleich lang, danach werden in unseren Breiten die Tage rapide kürzer, was für Sternfreunde ja auch seine Vorteile hat.



Hoch über dem Südhorizont erkennt man gegen 23 Uhr inmitten der Milchstraße leicht das Sommerdreieck mit Wega in der Leier, Deneb im Schwan und Atair im Adler. Darunter stehen die Tierkreissternbilder Schütze und Steinbock, durch die zur Zeit der schon erwähnte Planet Mars hindurchwandert. Im Südwesten haben Schlangenträger und *Herkules ihre höchste Stellung über*schritten, während sich über dem Westhorizont mit Bootes und Krone die letzten Frühlingssternbilder verabschieden. Im Norden strebt der Große Wagen (oder Große Bär) seiner niedrigsten Stellung entgegen. Untergehen kann dieses bekannteste aller nördlichen Sternbilder bei uns allerdings nicht, da sein Kreis um den scheinbar ruhenden Polarstern so *klein* ist, *daß* es nie den Horizont berühren kann. Der Dreh- und Angelpunkt der täglichen Himmelsbewegung, der Polar- oder Nordstern, gehört zum Kleinen Bären oder Kleinen Wagen, der in den Abendstunden genau nach Westen weist. Zwischen den beiden Himmelswagen schlängelt sich der Drache hindurch, ein Sternbild, das bei uns ebenfalls nie untergeht.

Im Nordosten steigen die Herbstbilder Perseus und Kassiopeia empor. Ihnen folgt der Fuhrmann mit der hellen Kapella. Über dem Osthorizont erkennt man leicht das große Herbstviereck, den Pegasus, dessen linker Eckstern streng genommen zur Andromeda gehört. Zu den typischen Herbststernbildern gehören Dreieck, Widder und Fische.

Im Südosten schließlich findet man das große Tierkreisbild des Wassermanns. Unter diesem ist knapp über dem Horizont der helle Stern Fomalhaut im südlichen Fisch zu erkennen, der bei uns nie große Höhen erreicht. Er gehört zum Südhimmel und erinnert uns daran, daß es tief unter dem Horizont viele weitere Sternbilder gibt, die man von Deutschland aus nie beobachten kann.

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Haering, Jens-Martin Lüddeke, Rüdiger v. Wolkowsky, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Ralph Lorenz, Armin Reck (stellv.); Diethart Goos (Deutschlandpolitik); Ausland: Jürgen Liminski, Maria Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Chefkorrespondent Wirtschaft: Hans-Jürgen Mahnke; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Bildungs- und Kulturpolitik, Geisteswissenschaften: Dr. Paul F. Reitze; Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Detlev Ahlers; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Norbert Koch, Dr. Rudolf Zewell (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Klaus-Lübke; WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Foto: Hans-Wilhelm Höft; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Dieter Herzig.

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gieskes, Werner Kahl, Dr. Rainer Nolden, Lothar Schmidt-Mühlisch

Hamburg-Ausgabe: Knut Teske, Klaus Bruns (stellv.)

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Arnulf Gosch, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Dieter Dose, Klaus Geitel; Düsseldorf: Helmut Breuer, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Harald Günter, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein, Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Kopenhagen: Gottfried Mehner; Miami: Werner Thomas; Moskau: Rose-Marie Borngäßer; Paris: Peter Ruge, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714 Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104 Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919 Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09 Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf 1, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main) 1, Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449 Fernkopierer (0 69) 72 79 17 Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11-13 Telex 4 185 525

7000 Stuttgart 1, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966 Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39-43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813 Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39 Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 27,10 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 37,10 einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 64 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 14 gültig ab 1. 10. 1985, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 50.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 5, gültig ab *1. Oktober 1985.*

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp







Kamerun hofft auf deutsche Investitionen

rmc. Bonn

Kameruns Staatspräsident Paul Biya möchte seinen Staatsbesuch in der Bundesrepublik, den er gestern in Bonn begann, zu einer Vertiefung der Beziehungen zwischen beiden Ländern nutzen. Besondere Hoffnungen setzt er auf das Interesse und die Bereitschaft zu mehr Investitionen der deutschen Wirtschaft in Kamerun.

Bundespräsident von Weizsäcker empfing den Staatsgast aus Westafrika und dessen Frau mit militärischen Ehren. Beim Mittagessen äußerte der Bundespräsident Trauer über die Opfer der Naturkatastrophe in Kamerun. Die spontane Hilfsbereitschaft aus der Bundesrepublik zeige, wie sehr sich die Deutschen mit dem kamerunischen Volk verbunden fühlen. Biya wird Gespräche mit Bundeskanzler Kohl und Außenminister Genscher sowie Entwicklungshilfeminister Warnke und Vertretern des Wirtschaftsministeriums führen. Für heute ist beim BDI in Köln auch eine Begegnung Biyas mit Vertretern der deutschen Wirtschaft vorgesehen.

Auf die Möglichkeiten für die Wirtschaft wies auch der Bundespräsident bei einem zu Ehren Biyas auf Schloß Augustusburg in Brühl gegebenen Abendessen hin. Kamerun sei den Grundsätzen des freien Welthandels verpflichtet, es biete gute Voraussetzungen für eine Intensivierung der wirtschaftlichen Kooperation. Darauf setzen auch die Vertreter der Wirtschaft. Schon im kommenden November wird in der Hauptstadt Jaunde eine Wirtschaftsausstellung mit hundert deutschen Unternehmen aus allen Branchen stattfinden. Präsident Biya gilt für die deutsche Seite als Förderer der Kontakte und wegen seiner vorgelebten Disziplin und seines Kampfes gegen Korruption und Nepotismus in Kamerun als Garant für gesicherte Investitionen.

Chinesische Waffenlieferungen für Iran verschieben die Gewichte im Golfkrieg

Bagdad muß um seine Luftüberlegenheit fürchten / Neues Friedensangebot an Teheran

FRANZ KADELL, Bonn

Irak hat eine neue Friedensoffensive zur Beendigung des Krieges mit Iran eingeleitet, während iranische Truppen eine neue Offensive gestartet haben. „Wir sind zu einem Vertrag über gute Nachbarschaft und Gewaltverzicht unter den Staaten am Arabischen Golf bereit, der Irak und Iran einschließt", erklärte Parlamentspräsident Saadum Hammadi in einem Interview der irakischen Nachrichtenagentur INA. Zuvor hatten ihn Parlament und Regierung in Bagdad autorisiert, sich um Sicherheitsgarantien der fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates der UNO (USA, Sowjetunion, China, Frankreich und Großbritannien) für ein derartiges Abkommen zu bemühen. Sollte Teheran sich mit den Sicherheitsgarantien der Fünf nicht zufrieden geben, könnten beide Staaten die Gesamtheit der UNO-Staaten als Garanten einschalten. Falls auch das von Iran abgelehnt würde, werde sich Irak um eine Garantie durch die Mitgliedstaaten der Islamischen Konferenz bemühen.

Milliarden-Dollar-Vertrag

Irakische Friedensoffensiven sind nicht neu, doch diesmal sind die Karten anders gemischt. Im Hintergrund spielt China verstärkt mit. Peking hat offensichtlich mit der Lieferung eines ersten Dutzends von J-6 Kampfflugzeugen (eine modernisierte Form der sowjetischen MiG-21 und in etwa der amerikanischen F5E vergleichbar) an Iran begonnen.

Dadurch könnten die Gewichte kriegsentscheidend verschoben werden. Bisher konnte Irak seine Position gegenüber den im Verhältnis 3:1 überlegenen iranischen Bodentruppen durch bessere Waffen und vor allem durch eine klare Luftüberlegenheit halten. Iran hat nur, so jedenfalls das Londoner Internationale Institut für Strategische Studien, „vielleicht 80 einsatzfähige Kampfflugzeuge". Irak dagegen verfügt über 500 Kampfflugzeuge und nahezu unbegrenzte Ersatzlieferungsmöglichkeiten aus der Sowjetunion und Frankreich. Mit der J-6 erhält Iran erstmals Kampfflugzeuge seit den Anfängen des Krieges. China soll zugesagt haben, gegebenenfalls bis zu hundert nachzuliefern.

Seit das Internationale Institut für Strategische Studien im vergangenen Herbst erstmals über den 1,6 Milliarden-Dollar-Vertrag zwischen Peking und Teheran, der im März 1985 unterzeichnet worden war und außer Flugzeugen auch T-59- Panzer, schwere Artillerie und Mehrfach-Raketenwerfer sowie Boden-Luft-Raketen umfaßt, berichtete, bestritt China die Vereinbarung. Auch auf Meldungen der „Washington Post" in der vergangenen Woche, daß das State Department die Lieferungen vorsichtig bestätigt habe, reagierte Peking mit einem Dementi. Inoffiziell jedoch, so schreibt die „Washington Post", haben chinesische Beamte die Lieferung gegenüber den USA mit dem Hinweis verteidigt, Iran verwende die Waffen auch zur Unterstützung der anti-sowjetischen Freiheitskämpfer in Afghanistan. Die jüngsten Vorgänge bedeuten praktisch das Scheitern der jahrelangen amerikanischen Versuche, gegen Iran ein internationales Embargo durchzusetzen.

Noch hat Irak Zeit, um sich auf die neue Situation einzustellen. Bis zum Einsatz der Maschinen auf dem Kriegsschauplatz werden mindestens sechs Monate, vielleicht sogar ein Jahr vergehen. Und selbst dann wären iranische Truppen wohl noch nicht gut genug ausgebildet, um die Maschinen sicher fliegen zu können.

Die anlaufenden Lieferungen machen China zum bedeutendsten Waffenlieferanten Irans vor Nordkorea. Die Führung in Peking hat ihre Waffenlieferungspolitik offensichtlich geändert. In der Vergangenheit hatte sie auch Irak Waffen geliefert; zwischen 1979 und 1983 für 1,5 Milliarden, wie die US-Agentur für Rüstungskontrolle und Abrüstung errechnet hat.

Neue iranische Offensive

Peking ist von mehreren Motiven geleitet. Einerseits bedeuten die Lieferungen Devisen. Iran zahlt mit Öl oder harten Devisen aus Ölverkäufen. Andererseits ist China daran interessiert, durch die Stärkung Irans im Süden Afghanistans Moskau das Leben zu erschweren. Moskau verkauft schon seit Jahren keine Waffen mehr an Iran. Hier gibt es Berührungspunkte mit den USA, die eine unkalkulierbare Entwicklung im Falle eines Sieges Irans und eines Zusammenbruchs Iraks befürchten. Die „Washington Post" berichtete jetzt, der Vertreter des State Departements Murphy habe den sowjetschen Delegierten Polyakow während privater Gespräche im Juni in Stockholm zu bewegen versucht, auch den Waffenfluß an Iran durch osteuropäische Staaten zu unterbinden.

Inzwischen ist eine erwartete iranische Offensive angelaufen, für die Teheran rund 600 000 Soldaten und „Revolutionsgarden" an der Grenze zusammengezogen hatte. Seit Sonntagabend versuchen die Iraner, am nördlichen Frontabschnitt bei Hadsch Omran wichtige Höhen in der kurdischen Bergregion auf irakischer Seite zu erobern, die sie 1983 besetzt, aber teilweise wieder verloren hatten.

Kiechle kritisiert Verfütterung von Butter

AP, Landshut

Als „Verzweiflungstaten der EG-Kommission" hat Bundesernährungsminister Kiechle die Maßnahmen bezeichnet, überschüssige Butter an Kälber zu verfüttern und Rindfleisch nach Brasilien zu exportieren. Der CSU-Politiker erklärte gestern abend auf einer Kundgebung in Landshut, er hätte es lieber gesehen, wenn die nicht absetzbare Butter billiger an sozial Schwache abgegeben worden wäre, statt sie jetzt, da sie ranzig sei, an Kälber zu verfüttern. Man sei „wider besseres Wissen auf unsere Forderung nach Abgabe von Sozialbutter" nicht eingegangen.

„Wannsee-Villa" als Gedenkstätte

AP, Berlin

Die „Wannsee-Villa" in Berlin, in der SS-Gruppenführer Reinhard Heydrich 1942 mit hohen Vertretern von Staat und Partei bei Cocktails am Kamin die „Endlösung" für Millionen europäischer Juden beschlossen hatte, soll nach jahrelangem Tauziehen eine würdige Gedenk- und Begegnungsstätte werden. Der Regierende Bürgermeister Diepgen sagte bei einer Begehung der Villa zusammen mit dem Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde, Galinski, er stelle sich eine Dauerausstellung vor, die an die sechs Millionen Opfer des Holocaust erinnert, einen Medienraum für Dokumentarfilme und eventuell eine Bibliothek.

Disziplinar-Strafe nicht zwangsläufig

dpa, Münster

Ein Beamter, der nur ein einziges Mal mit dem Gesetz in Konflikt geraten ist und wahrscheinlich kein zweites Mal straffällig werden wird, muß nach der strafrechtlichen Verurteilung nicht automatisch auch noch disziplinarisch belangt werden. Mit dieser gestern veröffentlichten Entscheidung hat der Erste Disziplinarsenat des Oberverwaltungsgerichts für das Land Nordrhein-Westfalen in Münster mit der bisherigen Praxis der zwangsläufigen Doppelbestrafung gebrochen (Aktenzeichen 1 V 25/85). Hintergrund der Entscheidung: Ein Polizist, der mit 2,05 Promille Blutalkohol am Steuer angetroffen wurde, sollte neben einer Geldstrafe und Führerscheinentzug auch noch disziplinarisch belangt werden.

SFB mit neuer Leitungsstruktur

dpa, Berlin

Der neue Intendant des Senders Freies Berlin (SFB), Günter Herrmann, hat eine Veränderung der Leitungsstruktur der öffentlich-rechtlichen Anstalt angekündigt. In seiner Antrittsrede vor der Belegschaft teilte Herrmann gestern mit, die vakanten Posten von Chefredakteur und Programmdirektor würden nicht wieder besetzt. Statt dessen werde es künftig einen Hörfunk- und einen Fernseh-Direktor geben. Er habe bereits Kandidaten für diese Posten gefunden, die er dem Rundfunkrat zur Bestätigung am 22. September in öffentlicher Sitzung präsentieren werde.

NS-Verbrecher in Argentinien gestorben

AP, Buenos Aires

Ein im November vorigen Jahres in Argentinien festgenommener Mann, der der ehemalige SS-Obersturmbannführer Walter Kutschmann sein soll, ist am Samstag in einem Krankenhaus in Buenos Aires gestorben. Kutschmann soll 1941 und 1942 in Polen an der Ermordung von 1500 Juden beteiligt gewesen sein.

US-Sanktionen gegen Libyen bisher wirkungslos

Amerikanische Tochterfirmen im Handel weiterhin aktiv

UR. Bonn

Oberst Khadhafi hat seine erste Rede nach dem amerikanischen Angriff auf Tripolis am 17. Jahrestag seiner Machtergreifung genutzt, um die amerikanischen Terrorismusvorwürfe zurückzuweisen und US-Präsident Reagan als „geisteskrank" zu beschimpfen. Der Revolutionsführer drohte damit, an der Spitze einer internationalen Armee gegen die Vereinigten Staaten im Ausland zu kämpfen. Die im Frühjahr von den Vereinigten Staaten beschlossenen Wirtschaftssanktionen würden ohne Wirkung bleiben: Libyen könne auf seine Ölvorräte setzen.

Bislang haben die Sanktionen nach Auskunft von Diplomaten und Geschäftsleuten in Tripolis in der Tat wenig Wirkung gezeigt. Die US-Regierung hatte Amerikanern Wirtschaftskontakte mit Libyen verboten. Aber etwa 1000 Amerikaner sind nach wie vor in Libyen tätig. Die Amerikaner, die auf den Ölfeldern gearbeitet hatten, sind nach Aussagen von Diplomaten von kanadischen Technikern und britischen Verwaltungsleuten ersetzt worden. Selbst Ausrüstungen und Ersatzteile amerikanischer Herkunft gelangten über Mittelsleute weiter nach Libyen, erklärte ein britischer Geschäftsmann.

Den amerikanischen Konzernen bleibt trotz der von Reagan unterzeichneten Regierungsverfügung über Wirtschaftssanktionen Spielraum für den Handel mit Libyen. So sind ausländische Tochterfirmen von US-Unternehmen, über die ohnehin schon die meisten amerikanischen Geschäfte mit Tripolis abgewickelt wurden, von der Verfügung nicht betroffen. Hinzu kommt, daß von dem Wirtschaftsboykott die amerikanischen Lizenzen für europäische Unternehmen, die mit Libyen handeln, nicht berührt sind. Erlaubt ist außerdem weiterhin der Export von Waren „zur Milderung humanitärer Leiden". Hierunter fallen beispielsweise Medikamente, deren Export nach Libyen einen Wert von rund 200 Millionen Dollar (1984) ausmachte.

Die Staaten der EG haben sich bislang dem amerikanischen Druck, sich den Sanktionen anzuschließen, widersetzt. Bisher wurden lediglich 100 libysche Diplomaten ausgewiesen und die Libyer in Europa schärferen Kontrollen unterworfen. Daß die EG-Länder nicht zu Sanktionen bereit sind, hängt mit der engen wirtschaftlichen Verflechtung mit Tripolis zusammen. So ist beispielsweise die Bundesrepublik nach Italien der zweitwichtigste Handelspartner Libyens. Tripolis deckt rund 15 Prozent der deutschen Einfuhr von Erdöl und bezahlt mit den Devisen, die dadurch ins Land fließen, deutsche Waren im Gegenwert von rund 1,5 Milliarden Mark. Besonders gefragt waren Erzeugnisse des Anlagen- und Maschinenbaus, der Kraftfahrzeug- und Elektroindustrie. Das Bonner Wirtschaftsministerium verweist außerdem auf die Äußerungen von Minister Bangemann, der erklärt hatte, Sanktionen im Handel seien wirkungslos.

Wenn jetzt von Schwierigkeiten Libyens die Rede ist, so sind diese in erster Linie auf den Ölpreisverfall zurückzuführen. Die Einnahmen aus dem Ölgeschäft sanken von 22 Milliarden Dollar 1981 auf neun 1985. In diesem Jahr wird der Erlös voraussichtlich unter die Fünf-Milliarden-Grenze fallen. Das State Departement führt dagegen ins Feld, daß auch das Volumen der Erdölimporte in mehrere europäischen Ländern als Folge der Sanktionen gesunken sei.

Zweifel an Beweisen für Terror-Pläne Khadhafis

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Im Zeichen der Spannungen zwischen den Vereinigten Staaten und Libyen wird der amerikanische Sonderbeauftragte Präsident Reagans, Vernon Walters, auf seiner Europareise morgen nachmittag mit Bundeskanzler Helmut Kohl und Außenminister Hans-Dietrich Genscher in Bonn konferieren.

Der US-Botschafter bei den Vereinten Nationen soll, wie es hieß, in den Ländern Europas die amerikanische Haltung erläutern und um Unterstützung für die Politik der Vereinigten Staaten gegenüber dem libyschen Revolutionsführer Khadhafi werben. Walters will die Verbündeten in Europa bewegen, sich Sanktionen gegen Libyen anzuschließen.

Vor dem Besuchs Walters' wurde in Bonn darauf verwiesen, daß sich die Position der Bundesregierung gegenüber Wirtschaftssanktionen nicht geändert habe. Kohl wie Genscher hätten bereits mehrere Male betont, daß ein Wirtschaftsboykott oder staatliche Eingriffe mit dem Ziel, den Handel zwischen der Bundesrepublik und anderen Ländern einzuschränken,kaum politische Wirkung hätten.

Internationale Kontakte

In Bonn wurden auch amerikanische Hinweise auf angeblich klar erkennbare und von Libyen unterstützte Vorbereitungen für neue Terroranschläge gegen US-Einrichtungen auf deutschem Boden in Zweifel gezogen.

Nachdrücklich wurde darauf verwiesen, daß die US-Seite die Zusammenarbeit mit deutschen Dienststellen zur Bekämpfung des Terrorismus als vorbildlich bewerte. Bonn befinde sich im ständigen internationalen Kontakt mit allen Institutionen, mit denen polizeiliche Kooperation zum Informationsaustausch und zur Abwendung neuer Terrorakte vereinbart worden sei. Erst in Kürze wieder würden sich in Tokio die Experten der sieben Industrieländer des Weltwirtschaftsgipfels zur Vertiefung dieser Anti-Terror-Zusammenarbeit treffen. Auch mit den europäischen Staaten gebe es eine ähnlich enge Verbindung.

Bonn erinnert an Rogers

Walters will auf seiner Rundreise durch Europa außer der Bundesrepublik auch Frankreich, Großbritannien, Italien, Spanien, Belgien, die Niederlande und auf dem Rückflug nach Nordamerika Kanada besuchen.

In Bonn wurde vermutet, Walters wolle wie schon vor der militärischen Aktion der USA gegen Libyen im vergangenen April die europäischen Regierungen nicht nur über die Politik Washingtons unterrichten, sondern sie auch auf eine gemeinsame Linie mit den USA einschwören.

Seinerzeit unterließ es aber die amerikanische Seite, Bonn über die Absicht zu unterrichten, militärische Vergeltungsschläge gegen Städte in Libyen zu führen. Sie waren eine Reaktion auf den Bombenanschlag auf die Westberliner Diskothek „La Belle", für den die Urheber von den USA in Tripolis ausgemacht worden waren.

In Bonn hieß es dazu gestern, nicht anders würden die USA wohl auch künftig verfahren. Dies ergebe sich schon aus Äußerungen des US-Generals Bernard Rogers, der in Washington seine „private Meinung" vertreten und gesagt hatte, Khadhafi dürfe nicht glauben, er sei immun gegen US-Mittel. Deshalb solle man erwägen, mit B-52-Bombern, die in den USA stationiert sind, libysche Ziele anzugreifen.

„Schuldenkrise wird zum Ungeheuer"

Robert Mugabe fordert als Vorsitzender der Blockfreien schnelle Hilfe für Dritte Welt

SAD/DW. Harare

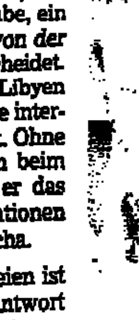
Die Schuldenkrise der Dritten Welt stand im Vordergrund der Eröffnung der achten Gipfelkonferenz der Blockfreien in Harare, der Hauptstadt Zimbabwes. Der neue Vorsitzende der Bewegung, Zimbabwes Premierminister Robert Mugabe, nannte die Schuldenkrise ein „gefräßiges Ungeheuer". Die Schuldenlast aller Entwicklungsländer betrage inzwischen 812 Milliarden Dollar. Ein schnelles umfassendes Konzept zur Lösung des Problems sei notwendig, denn weiteres Stillhalten der Dritten Welt führe in die Katastrophe.

Nach den Worten von Mugabe, der den Vorsitz der Blockfreien von Indiens Ministerpräsident Gandhi übernommen hat, ist das wirtschaftliche „Ausbluten" der Entwicklungsländer, bedingt durch den Verfall der Rohstoffpreise, durch Handelsprotektionismus im Westen, hohe Zinsraten und ein Nachlassen der staatlichen Entwicklungshilfen. Die Industrieländer profitierten von der Krise. Schließlich habe die Rückzahlung von Schulden und die Abtragung von Zinsen 1985 einen Umfang von 54 Milliarden Dollar erreicht. Dazu komme ein Rückfluß ausländischer Investitionen von 13 Milliarden Dollar. Der Kapitalfluß von Norden nach Süden werde dagegen immer dünner. 1985 seien nur noch 13 Milliarden Dollar an Krediten und Anleihen gewährt worden und lediglich 14 Milliarden Dollar an Entwicklungshilfe.

Zum Thema Südafrika schlug Mugabe vor, eine Delegation von Außenministern der Blockfreien in die USA, die Bundesrepublik Deutschland und nach Großbritannien zu senden, um diese Länder zu umfassenden Sanktionen zu bewegen. Die Mitgliedsstaaten der blockfreien Bewegung sollten auf freiwilliger Basis selektive Sanktionen gegen Pretoria verhängen und den Befreiungsbewegungen in Südafrika und Namibia mehr Hilfe zukommen lassen.

Nach den Worten von Mugabe ist Abrüstung jetzt notwendiger denn je. Als Beispiel nannte er: „Auf 10 000 Menschen in der Welt werden 556 Soldaten gezählt, aber nur 85 Ärzte." Die Menschheit müsse zur Vernunft gebracht werden, betonte Mugabe und forderte die USA auf, sich dem von der Sowjetunion einseitig verkündeten Atomtestmoratorium anzuschließen. Gleichzeitig kritisierte er die Vereinigten Staaten wegen ihrer Politik gegenüber Nicaragua. Dort werde die politische Unabhängigkeit mit militärischer Macht angegriffen, nur weil dieses Land es gewagt habe, ein System zu wählen, das sich von der Vormacht der Region unterscheidet. Zu den Bombenangriffen auf Libyen erklärte Mugabe, sie hätten die internationale Sicherheit gefährdet. Ohne die Sowjetunion und Vietnam beim Namen zu nennen, forderte er das Ende ausländischer Interventionen in Afghanistan und Kambodscha.

Die Bewegung der Blockfreien ist am 1. September 1961 „als Antwort auf den Kalten Krieg" gegründet worden. Heute gehören ihr 45 schwarzafrikanische, 19 arabische, je 17 asiatische und lateinamerikanische sowie drei europäische Länder an. Zur Feier des 25jährigen Jubiläums sind unter anderem Reden von Kubas Staats- und Parteichef Castro sowie vom Chef der namibischen Unabhängigkeitsbewegung Swapo, Nujoma, angekündigt.





Für neue Turbulenzen bei der Lufthansa hat eine Analyse der SCS Unternehmensberatung gesorgt. Die Studie kritisiert die Organisationsstruktur der Fluggesellschaft. (S. 11) FOTO: LUFTHANSA

FÜR DEN ANLEGER

Bundespapiere: Der Verkauf der laufenden Serie 64 der Bundesobligationen, die sich mit 5,41 Prozent rentierten, wurde eingestellt. Von heute an wird die neue Serie 65 mit einer Verzinsung von 5,25 Prozent zum Kurs von 99,60 angeboten. Die Rendite dieser fünfjährigen Papiere ermäßigt sich damit auf 5,34 Prozent.

Liquidität: Neues Zentralbankgeld wird den Banken in zwei Tranchen zu unveränderten Bedingungen angeboten. Die erste Tranche hat eine Laufzeit von 35 Tagen und einen Festzins von 4,35 Prozent. Die zweite Tranche läuft 63 Tage und ist mit 4,4 Prozent ausgestattet. Beide Angebote laufen vom 3. September an.

Anleihen: Die im Vergleich zu den Konditionen der Emissionen der Bundesländer attraktiveren Zinsen der Bundestitel sind nach Auffassung der Bremer Landesbank nicht gerechtfertigt. (S. 11)

WELT-Aktien-Indizes: Gesamt: 289,56 (286,17); Chemie: 170,11 (166,07); Elektro: 340,81 (337,87); Auto: 756,09(767,41); Maschinenbau: 154,81 (154,17); Versorgung: 169,37 (167,43); Banken: 436,96 (433,38); Warenhäuser: 178,44 (177,47); Bauwirtschaft: 529,69 (519,71); Konsumgüter: 191,42 (191,81); Versicherung: 1524,01 (1515,98); Stahl: 158,77 (156,65).

Kursgewinner:	DM	+ %
Frankona Rück. Vz	775,00	19,1
dgl. St.	750,00	12,8
Aach.Münch. Vers.	2060,0	10,2
Frankona NA St.	708,00	8,9
Nippon Kokan K.	3,75	8,7

Kursverlierer:	DM	– %
Rodamco	119,50	7,7
Strabag	196,00	5,8
Tokyo Sanyo	5,70	5,0
Atlas Copco NA	58,00	4,9
Norsk Data NA	60,400	4,9

(Frankfurter Werte)

Nachbörse: Freundlich

WELTWIRTSCHAFT

Japan: Das Wirtschaftswachstum wird im laufenden Steuerjahr 1986/87 nur 2,8 statt vier Prozent erreichen. Grund: Der feste Yen.

Polen: Der Zloty wurde gegenüber dem Dollar um 17,6 Prozent abgewertet und hat damit in sechs Monaten 32,4 Prozent eingebüßt. Der neue Kurs ist 200 Zloty für einen Dollar.

Ägypten: Die Regierung ist zur Zeit nicht zu einer vom Internationalen Währungsfonds geforderten Freigabe des ägyptischen Pfundes bereit.

Öl: Saudi-Arabien wird seine Förderung im September auf 4,353 Mill. Faß pro Tag beschränken. Oman will seine Förderung ab Anfang September um 50 000 Faß pro Tag zu drosseln.



UNTERNEHMEN & BRANCHEN

BASF: Der Chemiekonzern hat die Inmont GmbH an die Deutsche ICI GmbH veräußert. Damit kam BASF einer Verpflichtung gegenüber dem Bundeskartellamt nach.

Toshiba: Ab Oktober sollen mit der Thomson-Tochter TGP Mikrowellenherde in Europa produziert werden.

Preussag: Der Rohstoffkonzern will seine Aktivitäten auf dem Elektronikmarkt ausweiten. Mit Reinstmetallen soll der Einstieg in höhere Veredelungsstufen geplant werden.

Fermenta: Der Hauptaktionär des schwedischen Pharma-Unternehmens, Refaat el-Sayed, wird drei Mill. seiner insgesamt sechs Millionen A-Aktien (mit zehnfachem Stimmrecht) verkaufen. (S. 11)

ATB: Die Antriebstechnik G. Bauknecht AG stellt die Anlaufdividende von sieben Prozent sicher.

VOEST: Zur Sanierung des staatlichen österreichischen Schwerindustriekonzerns werden nochmals rund 20 Mrd. Schilling (etwa drei Mrd. DM) Subventionen notwendig. (S. 11)

Europäische Spotpreise für Mineralölprodukte (fob ARA/Dollar/t).

Produkt	29.8.86	28.8.86	1.7. 86	1. 8. 85	1973
Superbenzin 0,15 g Bleigehalt	199,50	200,50	165,00	286,00	97,00
Diesel (EG-Material)	129,50	130,50	104,00	226,00	84,00
Heizöl 3,5 % S	71,50	71,50	51,00	139,00	29,00

MÄRKTE & POLITIK



Zinssenkung: Der Präsident des deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, Helmut Geiger, hat die amerikanische Kritik an der Entscheidung der Bundesbank zurückgewiesen, die Leitzinsen nicht zu senken: „Die USA müssen die Suppe auslöffeln, die sie sich selbst eingebrockt haben, indem sie die Zinsen hochdrückten."

Prokura: Der Arbeitgeber kann einem Angestellten, der sein Vertrauen nicht mehr besitzt, die Prokura jederzeit entziehen, ohne daß das Arbeitsverhältnis dadurch beeinträchtigt wird, entschied das Bundesarbeitsgericht.

Pharma: Der Umsatz der Arzneimittelhersteller erhöhte sich im 1. Halbjahr nur um 2,2 Prozent auf 11,3 Mrd. Mark. Grund: Preisdisziplin (S. 11)

NAMEN

Wechsel: Dr. Gebhard Dirksen, Vorstandsvorsitzender der Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg, steht ab sofort ausschließlich der Norddeutschen Landesbank als stellvertretender Vorstandsvorsitzender zur Verfügung.

WER SAGT'S DENN?

Um verlorenes Geld und Gut werden die aufrichtigsten Tränen geweint.

Juvenal, römischer Satiriker (67– 127 n. Chr.)

Spezialmaschinenbauer haben im Handel mit der „DDR" gute Chancen

Einkäufer aus der Bundesrepublik beklagen begrenztes Angebot und lange Lieferzeiten

HANS-J. MAHNKE, Leipzig

Zuversichtlich über die weitere Entwicklung des innerdeutschen Handels in den nächsten Monaten hat sich der Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, Dieter von Würzen, nach seinem Gespräch mit dem neuen „DDR"-Außenhandelsminister Gerhard Beil geäußert. Am Rande der Leipziger Herbstmesse betonte von Würzen, daß sich die positiven Entwicklungslinien im innerdeutschen Handel fortsetzen würden.

Dabei spielte er vor allem auf die gestiegenen Lieferungen von Investitionsgütern aus der Bundesrepublik an. Zwar sei der Umsatz im innerdeutschen Handel auf Grund des Ölpreisverfalls und des gesunkenen Dollarskurses im ersten Halbjahr um 7 Prozent zurückgegangen. Das Mengengerüst, so von Würzen, sei jedoch stabil geblieben.

Der zuständige Experte im Deutschen Industrie- und Handelstag (DIHT), Helmut Gieseke, spekuliert nach den ersten Eindrücken auf der Messe darüber, daß Großprojekte, mit denen über Firmen aus der Bundesrepublik seit längerer Zeit gesprochen wurde, möglicherweise in den nächsten zwei Jahren realisiert werden könnten. Allerdings hat die „DDR" bisher größere Anlagegeschäfte angesichts ihrer Devisenknappheit entweder gestreckt oder zeitlich verschoben. Der Staatssekretär Dieter von Würzen wollte sich auf solche Gedankengänge nicht einlassen. Ob es zu einem Abschluß von Großprojekten komme oder ob der innerdeutsche Handel Impulse aus der Addition vieler kleinerer Geschäfte erhalte, ließ er bewußt offen.

Gieseke hat bei seinen Gesprächen zu Beginn der Messe auch festgestellt, daß die „DDR" die Karte der internationalen Konkurrenz voll ausreizt. Im Mengengeschäft der Großfirmen hat sich der Preisdruck erheblich verschärft.

Nach seinen Erfahrungen liegen voll im Auftragstrend die kleineren Anbieter des Spezialmaschinenbaus, die für die Modernisierung der „DDR"-Wirtschaft maßgeschneiderte Problemlösungen anbieten. Diese Unternehmen entwickelten sich mehr und mehr zu Generallieferanten für die Bereiche Textil und Bekleidung, Verpackung, Kunststoff- und Gummiverarbeitung.

Als Folge der Devisenknappheit wird die Schraube der Gegengeschäfte nach den Erfahrungen Giesekes weiter angezogen. Früher war es durchaus möglich, daß eine Firma aus der Bundesrepublik eine andere einschaltete, um die Kompensation abzuwickeln, jetzt zeigt sich die „DDR" in diesem Punkt härter.

Klagen gibt es bei Konsumgüterlieferanten aus der Bundesrepublik über das Verlangen aus der „DDR", die Zahlungsziele zu verlängern. Die „DDR" scheint, so Gieseke, die Versorgung der Bevölkerung weiter verbessern zu wollen. Daher hätten auch bundesdeutsche Markenartikel, die bereits in der „DDR" gut eingeführt sind, weiterhin gute Chancen.

Einkäufer aus der Bundesrepublik, *äußern sich gegenwärtig enttäuscht.* Ware, die sie haben wollen, sei nur begrenzt lieferbar, die angebotenen Alternativen entsprächen nicht der geforderten Qualität. Im Textilbereich habe die „DDR" nicht liefern können, weil erhöhte Mengen in Richtung Osten abgefordert wurden. „DDR"-Konfektionäre beklagen, nicht genügend Stoff aus eigener Produktion zu bekommen. Auch sieht sich die „DDR" hier erheblichem Konkurrenzdruck durch Fernostware ausgesetzt, die durch den Dollar-Fall und das flexiblere Angebot gut im Markt der Bundesrepublik liegen.

Im übrigen wird auf der Leipziger Messe von den Einkäufern aus der Bundesrepublik über die schleppende Angebotserstellung, lange Lieferzeiten und schlechtweg über mangelhafte Lieferungen geklagt. „Unsere Einkäufer haben Hinweise dafür, daß diese Mängel teilweise durch verstärkte „DDR"-Lieferungen in den Ostblock verursacht werden", sagte *Gieseke. Es sei mit der Installierung* modernster Maschinen allein nicht getan.

Neue Techniken nicht schuld an Arbeitslosigkeit

dpa/VWD, Köln

Der technische Fortschritt hat nach einer Analyse des Kölner Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) nicht zu der wachsenden Arbeitslosigkeit geführt, sondern die Beschäftigung eher gesichert. Die Wachstums- und Beschäftigungsschwäche der 70er und Anfang der 80er Jahre seien nicht auf die Einführung neuer Techniken zurückzuführen; vielmehr seien sie die Folge störender Eingriffe in den *marktwirtschaftlichen Anpassungsprozeß.*

In der letzten Rezession seien die meisten Arbeitsplätze in produktivitätsschwachen Sektoren verloren gegangen. Die produktivitätsstarken Wirtschaftszweige hätten eher zu einer Beschäftigungsstabilisierung beigetragen. Außerdem habe sich der technische Fortschritt in der Bundesrepublik eher verlangsamt.

Vorzugsaktie von VW zu 350 Mark

dos. Wolfsburg

Der Bezugspreis für die neuen stimmrechtslosen Vorzugsaktien der Volkswagen AG, Wolfsburg, ist auf 350 DM je 50-DM-Aktie festgesetzt worden. Wie es in einer Mitteilung heißt, sind die neuen Aktien bereits ab Anfang 1986 dividendenberechtigt. Den Stammaktionären wird ein Bezugsrecht von 4 zu 1 eingeräumt. Die Bezugsfrist läuft vom 19. September bis zum 3. Oktober.

Nach dem Beschluß der Hauptversammlung sind die neuen Aktien mit einer nachzahlbaren Vorzugsdividende von 4 Prozent und einer Mehrdividende von 2 Prozent gegenüber den Stammaktien ausgestattet. Durch die Aktienausgabe wird das VW-Grundkapital auf 1,5 (1,2) Mrd. DM erhöht. Vor Bekanntwerden des Ausgabekurses notierte die VW-Aktie gestern bereits wieder gut 520 DM.

Dollar und Magie

ed. – Wie das Kaninchen auf die Schlange, so starren Devisenhändler wie gebannt auf den Dollarkurs, der gestern bei der amtlichen Frankfurter Notierung auf 2,0281 Mark, den niedrigsten Stand seit Januar 1981, gesunken ist. Niemand wäre überrascht gewesen, wenn die US-Währung gestern bei großer Hektik noch stärker abgerutscht wäre. Denn das Unterschreiten der charttechnischen „Widerstandslinie" von 2,03 Mark, eine Reaktion auf das Rekorddefizit im amerikanischen Außenhandel, galt eigentlich als Baissesignal, das den Weg auf die „magische" Marke von 2 Mark freigibt und damit möglicherweise zu einem Sturz in ein tiefes Loch.

Im Grunde ist das ganze Gerede über „magische" Marken großer Humbug. Der Dollar pflegt im Spiel von Angebot und Nachfrage derartige „Schwellen" ebenso mühelos zu unter- und überschreiten wie irgendwelche anderen „krummen" Kurse. Das gleiche gilt natürlich auch für das britische Pfund, das jetzt auf 3 Mark zusteuert. Die „Magie" des glatten Dollarkurses von 2 Mark wird in den Markt hineinphantasiert, als Datum, das eine *Senkung der Bundesbankzinsen* und vor allem auch Interventionen zur Stützung des Dollar auslöst.

Diese Erwartung freilich lehrt die Spekulanten das Fürchten. Sie riskieren offenbar nicht mehr, auf eine Dollarbaisse zu setzen; und Importeure, die lange Zeit erfolgreich auf einen billigeren Dollar spekuliert hatten, bezahlen jetzt ihre Rechnungen. Die „Magie" wird zur Dollarbremse. Es fragt sich nur, für wie lange.

FDP gegen eine Erhöhung der Verbrauchssteuern

Mit Entschiedenheit Stoltenbergs Erwägungen abgelehnt

A. G. Bonn

Gegen die Erwägung von Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg (CDU), die große Steuerreform teilweise durch eine Erhöhung von Verbrauchssteuern zu finanzieren, hat sich mit aller Entschiedenheit gestern das FDP-Präsidium gewandt. Der Bundesfinanzminister wollte am 19. August in Bonn eine Anhebung einzelner indirekter Steuern „von vornherein nicht ausschließen".

Wie die FDP mitteilte, brauche derjenige, der beim Subventionsabbau konsequent bleibe, zur Finanzierung dieser Steuerreform keine Erhöhung der Verbrauchssteuern. Befriedigend sei, daß sich nach anfänglichem Zögern nun auch CDU und CSU immer mehr dem Steuersenkungskurs der FDP anschlössen. Dieselbe Entschlossenheit sollten die Koalitionspartner auch beim Willen zum Abbau von Subventionen zeigen.

Die steuerpolitischen Beschlüsse der SPD wurden als „höchst abenteuerlich" bezeichnet. Sie liefen auf mehr Schulden, höhere Steuern und höhere Abgaben hinaus.

Ebenfalls gestern erläuterte der finanzpolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Hermann Otto Solms, seine Vorstellungen zur Verbesserung der Eigenkapitalausstattung der Unternehmen. Um der mittelständischen Wirtschaft, die ganz besonders unter einer zu schwachen Eigenkapitalausstattung leidet, zu helfen, bleibe die wichtigste Aufgabe, die steuerliche Belastung der Unternehmenserträge spürbar zu senken. Der leistungsfeindliche „Mittelstandsbauch" bei der Einkommensteuer müsse durch Einführung eines linear-progessiven Tarifs beseitigt werden. Das Existenzminimum sei hingegen völlig steuerfrei zu stellen, forderte er.

RWI: Wirtschaft legt wieder mehr Tempo vor

dpa/VWD, Essen

Die positive Entwicklung der Wirtschaft wird nach Ansicht des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI) in diesem Jahr noch an Tempo zulegen und sich auch 1987 fortsetzen. Die gesamtwirtschaftliche Produktion soll in beiden Jahren um jeweils drei Prozent zunehmen. Auch die Beschäftigung werde weiter ansteigen und in immer mehr Ländern zu einer allmählichen Abnahme der Arbeitslosigkeit führen, heißt es in der Studie *zur internationalen Konjunktur.*

Das RWI betont, der Anstoß durch den Ölpreisrutsch, dessen Auftriebskräfte zu Beginn des Jahres vorübergehend gedämpft wurden, beginne jetzt zu wirken. Die Essener Forscher gehen bei ihrer Einschätzung von einem Rohölpreis von 15 Dollar pro Faß im Jahresdurchschnitt aus und unterstellen keine größeren Wechselkurs-Änderungen.

Planlose Planwirtschaft

HANS-J. MAHNKE, Leipzig

Setzt Michail Gorbatschow, der neue starke Mann der Sowjetunion, die Daumenschrauben auch an den innerdeutschen Handel? Auf den Punkt gebracht, ist die Unsicherheit über das, was Moskau gerade wirtschaftlich mit den Satellitenstaaten vorhat, ein Hauptgrund dafür, daß jetzt auf der Leipziger Messe so kräftig über die Zukunft der deutsch-deutschen Wirtschaftsbeziehung spekuliert wird. Nicht nur der Verfall der Ölpreise, der Rutsch des Dollars, sondern auch der Machtwechsel in der Sowjetunion hat das Fundament der Planwirtschafter ins Wanken gebracht. Macht Moskau wirklich Ernst mit seinen Ankündigungen?

Der gerade mit mehrmonatiger Verspätung veröffentliche Fünfjahresplan der „DDR" ist bereits Makulatur. Die Einnahmeseite stimmt wegen des Preissturzes auf dem Ölmarkt nicht mehr. Die Hoffnungen, der große Bruder würde sich erkenntlich zeigen, hat getrogen. Für Öllieferungen innerhalb des Ostblocks wird die Mitte der siebziger Jahre vereinbarte Preisformel strikt angewandt. Danach errechnet sich das, was die Abnehmer zahlen müssen, nach dem Durchschnitt auf dem Weltmarkt der letzten fünf Jahre. Als die Preise stiegen, profitierte die „DDR" davon, jetzt ist sie gekniffen. Sie muß 28 Dollar je Barrel zahlen. Das wäre nicht schlimm, wenn es sich lediglich um interne Verrechnungspreise handeln würde, die in der „DDR" häufig genug kein Gradmesser für die Verfügbarkeit und Knappheit von Waren sind. Nur: in diesem Falle hat die „DDR" Verarbeitungskapazitäten aufgebaut, die nicht ausgelastet sind, wenn die „DDR" ihre Produktlieferung einstellt. Tut sie das nicht – und im innerdeutschen Handel hält sie sich bisher strikt an die mehrjährige Vereinbarung –, dann setzt sie zu, weil die Ölprodukte nach den Marktpreisen abgerechnet werden. Hinzu-kommt die Schwäche des Dollar, worunter die „DDR" zusätzlich leidet, gerade auch im Hinblick auf die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber den Schwellenländern.

Dollar und Ölpreis haben den innerdeutschen Handel stark beeinträchtigt. Der „DDR"-Fünfjahresplan ist aus den Fugen geraten. Vergößert jetzt Moskau diese Probleme noch?

Und was macht nun Moskau? Wenden sie Sowjets auch die „Vereinbarung" an, nach der zum Ausgleich des Handels die „DDR" und die anderen kleineren Ostblockstaaten mehr und qualitativ hochwertigere Produkte liefern müssen? Es erhärtete sich der Eindruck, daß es die Sowjets diesmal Ernst meinen. Produkte, die manche westliche Firma im Rahmen der Kompensation gern hereingenommen hat, gibt es jetzt nicht mehr, weil sie in die andere Richtung abgeflossen sind. Die „DDR" muß sich nach der Dekke strecken.

Für den innerdeutschen Handel bedeutet das alles, daß nicht nur Produkte fehlen, daß sich für die „DDR" Finanzierungsprobleme auftun, weil die Einnahmeverluste erheblich größer sind als die geringeren Ausgaben für die Rohölbezüge aus der Bundesrepublik, sondern es stellt sich auch die Frage der Orientierung. Wenn der innerdeutsche Handel auf Dauer nicht notleidend werden soll, dann muß auch die „DDR" mehr hochwertige Investitions- und Konsumgüter liefern.

An welchem Niveau will sich die „DDR" aber dabei orientieren, an dem der westlichen Märkte oder an dem der Sowjets? Eine Antwort auf diese Frage gibt es natürlich nicht. Und sie wäre auch für die „DDR"-Oberen nicht einfach. Orientiert sie sich an der Sowjetunion – immerhin ist der Warenaustausch mit diesem Land für die „DDR" bedeutsamer als der gesamte Westhandel –, dann kann sie auf den Märkten der Industriestaaten bestimmt keinen Boden gutmachen. Richtet sie sich in ihren Ansprüchen nach dem aus, was im Westen gang und gäbe ist, dann muß sie mehr Technologie importieren.

In zahlreichen Gesprächen auf der Messe werden Signale geortet, die darauf hindeuten, die „DDR" möchte gern im innerdeutschen Handel mehr machen, wenn sie könnte. Andererseits herrscht bei den Ostblockexperten der Eindruck vor, daß Moskau konsequent auf der Lieferung der verabredeten Produkte besteht.

In einem Dilemma steckt auch die Sowjetunion. Auch dort sind trotz des Auslaufens der Planperiode noch viele Fragen offen, gerade auch über die technologische Entwicklung. Ein untrügliches Zeichen dafür ist das Gerde über immer neue Formen der Zusammenarbeit.

In der „DDR" wird diese Diskussion leiser geführt. Der Technologieaustausch ist auch einfacher, weil nach wie vor intensive Geschäftsbeziehungen von früher bestehen. Das hilft natürlich nichts, wenn Moskau die Zügel anzieht. Ob das der Fall sein wird, muß sich erst zeigen, wenn die „DDR" die aktuellen Probleme bilanziert hat, wenn der Plan steht. Erst dann lassen sich verläßliche Voraussagen über die Zukunft im innerdeutschen Handel treffen.

Der Deutschen liebstes Auto ist der VW Golf

dpa/VWD, Flensburg

Der VW Golf, der Opel Kadett und der Mercedes 190 behaupteten sich auch im Juli an der Spitze der Neuzulassungen. Dies geht aus einer Statistik des Kraftfahrtbundesamtes in Flensburg hervor. 27 000 neue Golf rollten im Juli auf deutschen Straßen, verglichen mit 21 000 im Vorjahreszeitraum. Auch insgesamt liegt VW/Audi mit 62 500 Neuzulassungen weit vorne. Vom Kadett wurden 23 500 (16 200) und vom „kleinen" Mercedes gut 10 700 (11 000) Neuzulassungen eingetragen. Während beim Mercedes 190 der Anteil der Dieselfahrzeuge 56 Prozent betrug, waren es beim Golf immerhin noch 42 und beim Kadett lediglich annähernd 17 Prozent. Insgesamt waren im Juli fast ein Viertel der rund 239 000 neu zugelassenen Wagen mit Dieselmotor ausgerüstet, im Vorjahreszeitraum betrug dieser Anteil 21,3 Prozent von 225 000 Autos. Ein Drittel aller Autos kam aus dem Ausland, Spitzenreiter sind Japaner (36 000) und Franzosen (20 000).

AUF EIN WORT



„Wer glaubt, es gebe einen Weg zurück in eine Gesellschaft ohne industrielle Technologien, der ist auf dem Holzweg. Im Gegenteil, wir werden unsere Probleme nicht mit Technologien von gestern lösen können."

Heinz Westphal, Vizepräsident des Deutschen Bundestages.
FOTO: POLY PRESS

Bleifreies Benzin ist kaum gefragt

dpa/VWD, Frankfurt

Trotz Waldsterbens, Umwelt- und Katalysatordiskussion ist die Nachfrage nach unverbleitem Benzin weiterhin gering. Obwohl ein Großteil der zugelassenen Pkw in der Bundesrepublik mit bleifreiem Benzin fahren könnte, erreichte der Anteil des unverbleiten Normal- und Superbenzins am Gesamtverbrauch im 1. Halbjahr 1986 nur 7,6 Prozent. Dies geht aus der jüngsten Veröffentlichung des Bundesamtes für gewerbliche Wirtschaft in Eschborn bei Frankfurt über den Mineralölabsatz in den ersten sechs Monaten 1986 hervor.

Der gesamte Absatz von Mineralölprodukten in der Bundesrepublik ist im 1. Halbjahr um 17 Prozent auf 58,4 Millionen Tonnen gestiegen. Die deutlichste Zunahme registrierte das Bundesamt beim Verkauf leichten Heizöls, der um 44,6 Prozent auf 25 Millionen Tonnen kletterte. Der stark gestiegene Heizölabsatz ist allerdings nicht auf einen höheren Verbrauch, sondern auf das vorzeitige Füllen der Heizöltanks zurückzuführen.

Den Importsog nimmt keiner richtig wahr

ARNULF GOSCH, Bonn

Auf den erheblichen Wachstumsbeitrag, den die Bundesrepublik Deutschland für die Weltwirtschaft leistet, hat gestern der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) hingewiesen. Der gegenwärtig bestehende hohe nominale Exportüberschuß verdecke, daß nach realer Rechnung längst ein kräftiger Importsog aufgrund der wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung in der Bundesrepublik eingesetzt habe. Niedriger Ölpreis und Dollarabwertung überlagerten die realen Bewegungen auf der Importseite.

Nach Angaben des BDI haben die Einfuhren im ersten Halbjahr 1986 dem Volumen nach um immerhin 7,5 Prozent zugelegt, während die Ausfuhren nur um zwei Prozent gewachsen seien. Nach den prognostizierten drei Prozent Wachstum des Bruttosozialproduktes und einer noch höheren Zunahme der realen Binnennachfrage werde die Bundesrepublik zu den „eindeutigen Wachstumsvorreitern" im OECD-Raum gehören. Damit sei klar erwiesen, daß die deutsche Wirtschaft einen beachtlichen und im nächsten Jahr voraussichtlich weiter steigenden Beitrag zum Wachstum ihrer Handelspartner und der gesamten Weltwirtschaft leiste.

Dieser bereits im Gang befindliche Prozeß einer gesunden und stetigen wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung bedarf nach Meinung des BDI keiner künstlichen Stimmulierung. Eine solche wäre sogar schädlich, weil dadurch nur neue inflationäre Impulse freigesetzt würden. Diese Einschätzung werde auch von der OECD, vom Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) geteilt.

Im übrigen könne die Bundesrepublik darüber hinausschießende Erwartungen an eine Lokomotivrolle in der Weltwirtschaft angesichts der gegebenen Größenordnungen gar nicht erfüllen. Der vielfach zu den USA gezogene Vergleich hinke schon deshalb, weil das deutsche Bruttosozialprodukt nur ein Fünftel des amerikanischen betrage und der Anteil deutscher Importe am Gesamtvolumen der OECD-Einfuhren mit gut elf Prozent etwa halb so hoch ausfalle wie der amerikanische.

Wenn überhaupt Maßnahmen zur Dynamisierung des Wachstumsprozesses in der Bundesrepublik ergriffen werden sollen, müßten sie im Bereich der Verbesserung der Angebotsbedingungen ansetzen, wie sie die Bundesregierung auch anstrebe. Die von der Industrie geforderte Reform der Unternehmensbesteuerung sei hierbei ein wichtiger Ansatzpunkt.

Revival für britische Textilien

Das traditionelle „Made in England“ ist wieder gefragt

WILHELM FURLER, London

Großbritanniens Textilindustrie hat in den letzten zwei Jahren einen bemerkenswerten Wiederbelebungsprozeß demonstriert. Anfang der 80er Jahre, als die Rezession die britische Wirtschaft mit voller Härte traf, sah alles danach aus, als würde diese einmal blühende Branche nicht überleben können. Heute zeigen die britischen Textil- und Bekleidungshersteller nach einer drastischen Abspeckungskur wieder Optimismus.

Immerhin befinden sich zwei britische Textilunternehmen unter den fünf größten der Welt: Hinter zwei Japanern rangiert der britische Courtaulds-Konzern mit 2,2 Mrd. Pfund Jahresumsatz bereits auf dem dritten Platz. Und der vor kurzem aus der Fusion des schottischen Textilunternehmens Coats Paton mit dem englischen Hersteller Vantona Viyella, Manchester, entstandene Konzern Coats Viyella nimmt inzwischen mit 1,69 Mrd. Pfund hinter dem amerikanischen Branchen-Größten Burlington Industries (1,99 Mrd. Pfund Jahresumsatz) Platz fünf ein.

Der Weg zum jüngsten Erfolg einer so traditionsreichen Branche, die in ihrer Blütezeit in Großbritannien so mächtig war wie der Maschinenbau und bedeutender als der Schiffbau, dann aber als so gut wie abgeschrieben galt, führte über eine drastische Rationalisierung, Konzentration und die Einführung neuester Produktionstechnologien. So konnte die Produktivität der Branche den Angaben ihres Zentralverbandes BTC (British Textile Confederation) zufolge zwischen dem Tiefpunkt der Jahre 1980 bis 1982 und heute um rund 40 Prozent gesteigert werden.

Dies machte allerdings die Streichung von etwa 200 000 Arbeitsplätzen notwendig. Und der Konzentrationsprozeß bedeutete, daß inzwischen rund zwei Drittel des Gesamtumsatzes auf die beiden Branchenführer Courtaulds und Coats Viyella entfallen.

Das Ergebnis dieses drastischen Prozesses läßt sich sehen. Zum ersten Mal seit Ende der siebziger Jahre stiegen im vergangenen Jahr die Gesamtausfuhren der britischen Textilindustrie mit zehn Prozent stärker als die Importe, die nur um fünf Prozent wuchsen. Trotz dieser Zunahme lagen die britischen Textil- und Bekleidungsausfuhren 1985 im Gesamtwert von 3,1 Mrd. Pfund (knapp 9,5 Mrd. DM) immer noch um nahezu 2 Mrd. Pfund unter den Importen.

Coats Viyella (etwa 100 000 Mitarbeiter) exportiert seine Textilprodukte (vorwiegend Nähmaterialien, Garne, Gewebe und Modebekleidung) in mehr als 100 Länder. In 30 Ländern werden eigene Produktionsstätten unterhalten. Dawson International verkauft mehr als 60 Prozent seiner Waren (insbesondere Kaschmirstrickwaren) im Ausland. Und Courtaulds erzielt gut die Hälfte seines Fasergeschäfts im Ausland.

Dennoch wird das heimische Geschäft keinesfalls abgeschrieben. Über große Einzelhandelsketten wie Marks & Spencer, Debenhams oder Selfridges werden die Briten ermuntert, auch im Textilbereich der „Buy British“-Idee zu folgen und mehr heimische Qualität zu kaufen. Marks & Spencer etwa bietet in seinen rund 300 Häusern und Geschäften Bekleidungsartikel an, die zu rund 90 Prozent aus britischer Fertigung stammen. Auf diese Weise gelangen etwa 20 Prozent der gesamten britischen Bekleidungsproduktion über Marks & Spencer zum britischen Verbraucher.

Ohne Zweifel ist das Selbstvertrauen stark gewachsen. Die Einführung neuer Maschinen und neuer Produktionstechnologien, die drastische Senkung der Produktionskosten und ein weltweit wieder erwachtes Interesse an Textilprodukten „Made in Scotland“ oder „Made in England“ haben die Furcht vor der Billigkonkurrenz aus Fernost wenn auch nicht vollends genommen, so doch auf ein gesundes Maß reduziert.

TUC: Mehr Einfluß auf Regierungspolitik

Nur noch 38 Prozent der britischen Arbeitnehmer sind gewerkschaftlich organisiert

WILHELM FURLER, Brighton

Mit der Versicherung, daß die Amtszeit der konservativen Regierung unter Premierministerin Margaret Thatcher unwiderruflich zu Ende geht, hat TUC-Präsident Ken Gill den 118. Jahreskongreß des Dachverbandes der britischen Gewerkschaftsbewegung in Brighton eröffnet. Nicht zuletzt hätte der „heroische“, einjährige Streik der Bergleute die Autorität der Thatcher-Regierung untergraben.

Gleichzeitig warnte Gill jedoch den Führer der Labour-Partei, Neil Kinnock, bei einem Labour-Wahlsieg nicht automatisch Unterstützung von der Gewerkschaftsbewegung zu erwarten. Die traditionelle Partnerschaft zwischen Labour-Partei und TUC (Trades Union Congress) bedeute nicht, daß jeder von den Labour-Führern unterbreitete Vorschlag umgehend mit dem „TUC-Stempel“ abgesegnet werde.

Allerdings würde eine Regierung, deren Reformen in aller erster Linie die Interessen der Arbeiterschaft berücksichtige, nicht durch „unvernünftige und unverhältnismäßige Forderungen“ belastet. Die allererste Aufgabe einer künftigen Labour-Regierung lautet, die „Furcht im Lande“ zu vertreiben. „Das Glück hat sich gegen eine gefühllose Regierung gewandt“, rief Gill unter tosendem Beifall.

Derweil demonstrierten in und vor dem Kongreßzentrum in Brighton Hunderte von Druckern, die von Rupert Murdoch, dem Besitzer der Verlagsgruppe News International, Anfang des Jahres gemeinsam mit 5000 Kollegen entlassen worden waren.

Der Haß der Drucker richtet sich in erster Linie gegen die Gewerkschaft der Elektriker und deren Führer Eric Hammond, da die meisten Plätze der entlassenen Drucker bei den Zeitungen „Times“, „Sunday Times“, „Sun“ und „News of the world“ von Mitgliedern der Elektrikergewerkschaft übernommen wurden. Die Druckergewerkschaften Sogat '82 und NGA fordern die Führung der Elektrikergewerkschaft auf, ihren Mitgliedern die Mitarbeit bei Murdoch zu untersagen. Dagegen weigert sich Hammond.

Allerdings ist eine kontroverse Resolution der NGA, in welcher der TUC aufgefordert wird, die Elektriker zur Niederlegung ihrer Arbeit bei News International unter Androhung von Konsequenzen aufzufordern, in letzter Minute zurückgezogen worden. Sie hätte möglicherweise den Ausschluß der Elektrikergewerkschaft aus dem TUC zur Folge gehabt.

Der Aufruf von TUC-Präsident Gill an die gut tausend Delegierten in Brighton, der Einfluß der Gewerkschaftsbewegung auf die Regierungspolitik müsse wieder stark an Gewicht gewinnen, kommt zu einer Zeit, in welcher die Gewerkschaftsmacht durch die neue Gesetzgebung der Regierung Thatcher drastisch eingeschränkt wurde. Darüber hinaus schwindet der gewerkschaftliche Einfluß ganz allein auch durch die Tatsache, daß der Anteil der gewerkschaftlichen Mitgliedschaft an der britischen Arbeitnehmerschaft immer rascher fällt. Heute gehören bereits rund 62 Prozent der britischen Arbeitnehmer keiner Gewerkschaft an. Vor acht Jahren waren es erst 49 Prozent.

Frankreich geht auf Sparkurs

Senkung der Staatsausgaben und Steuererleichterungen

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Der französische Haushaltsplan für 1987 nimmt allmählich konkrete Züge an. Sowohl Budgetminister Alain Juppé als auch Wirtschafts- und Finanzminister Edouard Balladur haben in den letzten Tagen Einzelheiten bekanntgegeben, in denen der ausgesprochene Sparcharakter des Budgets abermals betont wird.

Die Staatsausgaben sollen nach den letzten Angaben im nächsten Jahr auf 1 054 Mrd. Franc (plus 1,8 Prozent) begrenzt werden. Bei einer auf zwei Prozent veranschlagten Inflationsrate würden die Ausgaben zum ersten Mal seit 1958 real zurückgehen.

Bei den Einnahmen sind Steuerkürzungen um 28 Mrd. Franc vorgesehen. Sie sollen gleichermaßen den Unternehmen und den Privatpersonen durch Steuersenkungen zugute kommen. Bereits in diesem Jahr wurde der Körperschaftsteuersatz von 50 auf 45 Prozent gesenkt und die sozialistische Vermögensteuer abgeschafft.

Gleichzeitig will die Regierung laut Juppé das Haushaltsdefizit um 15 auf 129 Mrd. Franc reduzieren – und zwar durch Einsparungen bei den Staatsausgaben, die ursprünglich auf 40 Mrd. Franc veranschlagt worden waren. Sie sind bis heute aber noch nicht näher beziffert worden. Man weiß nur, daß das Beamtenheer durch Nichtbesetzung von etwa 25 000 freiwerdenden Stellen gekürzt wird.

Inzwischen aber wird die weitere Konjunkturentwicklung weniger zuversichtlich eingeschätzt. Nachdem man zunächst für 1987 mit einer Zunahme des realen Bruttosozialprodukts um drei Prozent gerechnet hatte, unterstellt die neueste Budgetplanung nur noch 2,7 bis 2,8 Prozent.

Unter diesen Umständen kann wohl Premierminister Chirac sein Versprechen, den Anteil der Zwangsabgaben (Steuern und Sozialabgaben) am Bruttosozialprodukt kontinuierlich bis auf 35 Prozent zu senken, kaum erfüllen. Die Abgabenlast war unter der sozialistischen Regierung von 43,8 Prozent 1982 auf 45,6 Prozent 1985 gestiegen. Sie dürfte in diesem wie im nächsten Jahr 44,9 Prozent erreichen.

WIRTSCHAFTS-NACHRICHTEN

Wieder 15 Prozent

Hannover (dos) – Eine unveränderte Dividende von 15 Prozent auf das gewinnberechtigte Grundkapital von 14,1 (bis 30. 11. 85: 10,8 Mill. DM) schlägt die Eisen und Stahl Rückversicherungs-AG, Hannover, der Hauptversammlung am 7. Oktober für das Geschäftsjahr 1985 vor. Aus dem Bilanzgewinn von 3,83 (3,6) Mill. DM werden ferner 2 (4) Mill. DM den freien Rücklagen zugewiesen. Der zur HDI-Gruppe gehörende Rückversicherer hattte 1985 das Grundkapital auf 26,4 (19,8) Mill. DM aufgestockt.

Badenwerk zufrieden

Stuttgart (nl) – Bei der Badenwerk AG, Karlsruhe, hat die nutzbare Stromabgabe in den ersten sechs Monaten des laufenden Geschäftsjahres 1986 um 5,3 Prozent zugenommen. Im weiteren Verlauf werde das Wachstum bei Stromverkauf aufgrund des hohen Basiseffekts in der zweiten Jahreshälfte 1985 etwas nachlassen. Alles in allem rechne man mit einem „wiederum zufriedenstellenden Geschäftsergebnis“.

Westag zuversichtlicher

Rheda (hdt) – Nach einem geringfügigen Umsatzrückgang im Vorjahr um 1,7 Prozent auf 121,1 (123,1) Mill. DM konnte die Westag & Getalit AG, Rheda-Wiedenbrück, die Umsatz- und Ertragssituation im 1. Halbjahr 1986 wieder verbessern. Die Erlöse lagen mit 65,2 Mill. DM um 7,3 Prozent über den Vergleichszahlen von 1985. Die gegenwärtige positive Situation in der Bauwirtschaft, von der der Wohnungsbau allerdings noch ausgeklammert ist, läßt Westag & Getalit als Zulieferer die weitere Entwicklung zuversichtlicher beurteilen.

Gute Herbstmesse

Bielefeld (hdt.) – Der EK Großeinkauf eG, Bielefeld, Einkaufsverband der Hartwarenbranche, dem rund 1300 Fachhandelsfirmen angeschlossen sind, vermeldet im Geschenkartikelbereich eine steigende Nachfrage vor allem bei kunstgewerblichen Artikeln und hochmodischen Trendangeboten. Im Spielwarenbereich wurde dagegen vom Handel wieder mehr traditionsbewußt geordert, gefragt waren Eisenbahnen, Gesellschaftsspiele und Puppen. Insgesamt bezeichnet die EK Großeinkauf, deren Umsatz im ersten Halbjahr 1986 um 9,2 Prozent zunahm, das Messeergebnis als „wirklich zufriedenstellend“.

Fertigung konzentriert

Grefrath (VWD) – Die Girmes-Werke AG, Grefrath, will in Kürze mit der Verlagerung der Fertigung des Werkes Grefrath in die beiden Produktionsstätten Oedt und Lobberich beginnen. Ausgenommen bleiben soll die Stoffdruckerei.

Warenverkehr rückläufig

Bonn (A.G.) – Der Warenverkehr zwischen der Bundesrepublik und den arabischen Staaten ist im ersten Halbjahr 1986 weiter stark zurückgegangen. Nach einer Mitteilung des Bundeswirtschaftsministeriums fielen die deutschen Ausfuhren mit 8,9 Mrd. DM um fast 25 Prozent unter das vergleichbare Vorjahresvolumen zurück.

Kampf um Milliardengeschäfte

Farnborough setzt Akzente für Luft- und Raumfahrt

dpa/VWD, Farnborough

Auf der britischen Luftfahrtschau von Farnborough werden sich in den kommenden sieben Tagen rund 700 Aussteller aus 28 Ländern, darunter ein starkes Kontingent von 27 deutschen Firmen, um neue Kunden und Aufträge bemühen. Weltweit werden nach Schätzung der British Aerospace bis zum Jahr 2000 Aufträge im Wert von 3000 Mrd. DM in der Luft- und Raumfahrtbranche erwartet. Die Stars der Schau dürften das brandneue britische Versuchsflugzeug EAP (Experimental Aircraft Programme) von der staatlichen British Aerospace und das französische Konkurrenzmodell Rafale, der weiterentwickelte britische Senkrechtstarter Harrier und das neue britische Zubringerflugzeug ATP (Advanced Turboprop) werden.

In Farnborough wird in diesem Jahr auch ganz offen und hinter den Kulissen um mehrere Milliardenprojekte gekämpft. Das europäische Konsortium Airbus Industrie bestätigte seine Entschlossenheit, zum Jahreswechsel mit dem Bau von zwei neuen Airbusflugzeugen der Modelle A-330 und A-340 zu beginnen.

Die Regierung Thatcher will kurz nach Farnborough entscheiden, ob man das britische Radar-Frühwarnsystem Nimrod oder amerikanische Konkurrenzprodukte wie das Awacs-System von Boeing, das APS-145-System von Grumman oder das Lockheed-System übernehmen soll.

Die Gründung eines Unternehmens für den weltweiten Vertrieb des Mehrfachraketensystems (MLRS), das als eines der modernsten Verteidigungssysteme der Welt gilt, hat gestern das internationale Industriekonsortium aus den USA, der Bundesrepublik, Großbritannien, Frankreich und Italien bekanntgegeben. 30 Länder haben bereits Interesse bekundet, das Auftragspotential wird auf bis zu 3 Mrd. Dollar geschätzt.

Die British Aerospace hat von der Air Wisconsin einen Auftrag für sechs Kurz- und Langstreckenmaschinen im Wert von 66 Mill. Pfund erhalten.

Verlustphase voll überwunden

Einbußen im Ausland ließen MAN-Umsatz leicht sinken

DANKWARD SEITZ, München

Eine Dividende von unverändert 5,50 DM je 50-DM-Aktie stellt die Verwaltung der MAN AG, München, in ihrem jüngsten Aktionärsbrief für das Geschäftsjahr 1985/86 (30. 6.) in Aussicht. Bedient werden muß dabei diesmal von dem Maschinenbaukonzern, der aus der Fusion der GHH Gutehoffnungshütte Aktienverein und der MAN Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg AG hervorgegangen ist, ein Grundkapital von 674,5 (583,2) Mill. DM.

Schon dies signalisiert, daß die schweren verlustreichen Jahre der „alten" MAN von 1982 bis 1984 offensichtlich voll überwunden sind. „Bilanz und Bilanzstruktur sind", so der Vorstand, „unverändert gut." Nachdem bereits 1984/85 außerordentliche Erträge aus dem Verkauf von MTU an Daimler-Benz eine kräftige Aufstockung der Rücklagen ermöglicht hätten, habe man diese nun „nochmals um gut 500 Mill. DM" aus dem Verschmelzungsgewinn MAN/GHH aufstocken können.

Zudem sind von „einzelnen" Konzernunternehmen die Rücklagen aus dem Jahresergebnis dotiert worden. Des weiteren seien in einzelnen Bereichen des Konzerns, wie es weiter heißt, die Rückstellungen aus dem laufenden Ergebnis „kräftig verstärkt" worden.

Insgesamt ist das von der Umstrukturierung geprägte Jahr 1985/86, so der Vorstand, „planmäßig verlaufen". Wenn auch der Umsatz um 6,4 Prozent auf 13,66 Mrd. DM zurückgegangen sei, habe er dennoch ebenso wie der mit 13,76 Mrd. DM um 8,2 Prozent geringere Auftragseingang „den Erwartungen entsprochen". Verantwortlich für die Minusraten war jeweils das Auslandsgeschäft, und zwar beim Auftragseingang mit minus 16,4 Prozent auf 6,59 Mrd. DM und beim Umsatz mit minus 12,7 Prozent auf 6,44 Mrd. DM. Verursacht wurde dies im wesentlichen durch die Dollar-Kursentwicklung sowie „diskontinuierliche Abrechnungen" im Export. Außerdem habe man nicht wie 1984/85 einen einzelnen Großauftrag über 800 Mill. DM hereinnehmen können.

Bei den Produktionsgesellschaften des Kernkonzerns habe aber der Auftragseingang aus dem Inland die rückläufigen Auslandsbestellungen „mehr als ausgeglichen". Der Auftragsbestand per 30. Juni erhöhte sich leicht um 0,9 Prozent auf 13,11 Mrd. DM, wovon auf das Ausland 10,34 Mrd. DM (plus 1,5 Prozent) entfielen. Insgesamt sei die Beschäftigungslage „gut". Einige Gesellschaften (vor allem MAN Roland) hätten sogar „größere" Neueinstellungen vornehmen müssen. Die Mitarbeiterzahl stieg dadurch im Konzern um 2,9 Prozent auf 56 142 Beschäftigte.

Investiert wurden 1985/86 in Sachanlagen rund 500 Mill. DM. Damit lag der Sachanlagezugang nach Ansicht des Vorstands nach dem extrem niedrigen Vorjahreswert (300 Mill. DM) „wieder auf einem normalen Niveau".

Neue Turbulenzen bei der Lufthansa

Eine Analyse der SCS Unternehmensberatung kritisiert die Organisationsstruktur

ews. Bonn

Waren zu Beginn dieses Jahres und vor der Vertragsverlängerung des Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Lufthansa AG, Köln, die Turbulenzen noch von außen ins Unternehmen getragen worden, als die Verluste aus allgemein üblichen Devisentermingeschäften publik wurden, so ist die Unruhe unter den rund 35 000 Mitarbeitern nun hausgemacht. Grund ist eine Studie, die der Chef der Fluggesellschaft Heinz Ruhnau unter dem Arbeitstitel „Untersuchung von administrativen Funktionen und Arbeitsabläufen in der Lufthansa" bei der BP-Tochter SCS Management Consultants GmbH, Hamburg, bestellt hatte. Mit einem Vertraulichen Schreiben – „Unsere Overheadkosten sind zu hoch, die Entscheidungswege zu lang und nicht nur gelegentlich beschäftigen wir uns viel zu viel mit uns selbst." – verteilte er die sehr kritische Analayse in der Führungsetage. Deren Schluß lautet: Alle Maßnahmen müßten zu Personalreduzierungen führen. Das Motto hatte Ruhnau schon auf der Bilanzpressekonferenz vorgegeben: „Mehr Flexibilität bei weniger Bürokratie."

Der Zeitpunkt der Veröffentlichung der notwendigen Reorganisation, die von den SCS-Prüfern mit Nachdruck gefordert wird – „Die derzeitige Unternehmensstruktur und ihre Abläufe stellt nicht mehr ein Optimum im Hinblick auf die heutigen und zukünftig zu erwartenden Marktbegebenheiten dar." – ist von Ruhnau an einen wirtschaftlichen Wendepunkt gelegt worden. Denn die Situation auf dem Flugmarkt ist nun gar nicht mehr so rosig, wie es noch vor Jahresfrist schien. Dazu kommt der weltweit verstärkte Abbau der staatlichen Marktregulierungen.

Besonders auf der für die Lufthansa auch unter Ertragsaspekten wichtigen Nordatlantikroute, aber nicht nur da, sind die Kapazitäten vor allem der amerikanischen Konkurrenz wieder stark aufgebläht worden, als die Route sich zu konsolidieren schien. Somit übersteigt das Angebot wieder deutlich die Nachfrage. Durch diesen neuerlichen Konkrrenzkampf wird das Streckenergebnis, das schon im letzten Geschäftsjahr erstmals seit 1982 mit 54 Mill. DM negativ war, weiter stark belastet. Dennoch steht die deutsche Fluggesellschaft im internationalen Vergleich aber noch besser als die meisten Konkurrenten dar.

Der Expansionsdrang der Lufthansa auf einem Markt, dem langfristig für die Überlebenden des Verdrängungswettbewerbs eine gute Zukunft vorausgesagt wird, ist darüber hinaus ungebrochen. Dazu muß ein ehrgeiziges Investitionsprogramm von 15 bis 20 Mrd. DM finanziert werden. An dessen Ende zur Jahrtausendwende aber kann die Lufthansa nur ein anderes Unternehmen sein.

Die Hamburger Unternehmensberater haben, so heißt es in ihrer Studie, „sehr schnell" festgestellt, daß zur Bewältigung der Zukunftsaufgaben „ein mehr oder minder punktueller Abbau administrativer Funktionen sinnlos ist." Die alte Organsisationsstruktur entspräche nämlich einer Markt- und Wettbewerbsordnung, die durch bilaterale staatliche Abkommen, staatlich regulierte Marktzugänge und Kapazitäten oder auch durch genehmigungspflichtige Tarifsysteme gekennzeichnet war.

Die Schwachstellen der Lufthansa-Organisation wurden dann aufgezeigt: In Angebotsgestaltung und Verkauf" seien die internen Zuständigkeiten zersplittert, die administrativen Anforderungen hätten überhand genommen, die aktive verkäuferische Arbeit sei nicht stark ausgeprägt und das Steuerungsinstrument entspräche nicht dem Wettbewerbsstandard.

In der Zentrale, so die Kritiker weiter, würden zuviele Angelegenheiten behandelt, die vor Ort geregelt werden könnten mit der Folge, daß Flexibilität und Reaktionsfähigkeiten leiden. Darüberhinaus seien die Beziehungen zwischen Zentrale und Fachbereichen nicht sinnvoll geregelt. Unternehmerische Impulse würden nicht gefördert.

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Die SCS-Berater schlagen aber auch Verbesserungen vor. Für den Verkauf wird eine neue marketing-Direktion angeregt, die nach wesentlichen Streckengebieten organsiert werden soll. In der Zentrale sollten die operativen Einheiten mehr Aufgaben, Verantwortung und Kompetenz übernehmen und das Unternehmen sollte stärker leistungsorientiert geführt werden.

Noch Mitte September will der Vorstand sein Denkmodell einer möglichen Lösung der Öffentlichkeit präsentieren. Daß die Turbulenzen unter den Mitarbeitern sich weiter verstärken, ist schon programmiert.

Viele Flops, nur wenige Treffer

Pharma-Forschung kostet jährlich drei Milliarden Mark

adh. Frankfurt

Auf gut 3,3 Mrd. DM, rund zehn Prozent mehr als im Jahr zuvor, veranschlagt der Bundesverband der pharmazeutischen Industrie (BPI) in seinen neuen „Pharmadaten" den Forschungs- und Entwicklungsaufwand der Branche im vergangenen Jahr. Rund 3,2 Mrd. DM davon entfallen nach einer BPI-Umfrage auf 26 Unternehmen, die sich ganz oder teilweise in deutschem Besitz befinden und die mit ihren rund 40 Vertriebsgesellschaften einen Anteil von rund 45 Prozent am Arzneimittelumsatz in öffentlichen Apotheken erreichen.

Von Forschungsmüdigkeit ist bei ihnen nichts zu spüren: Nach der BPI-Umfrage planen die Unternehmen eine weitere Erhöhung ihrer Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen um gut neun Prozent in diesem Jahr.

Die Gesamtzahl der forschenden deutschen Pharmaunternehmen einschließlich der auf kleinere Therapiegebiete spezialisierten gibt der Verband mit 35 an, die auf die Hälfte vom inländischen Arzneimittelumsatz kommen und gleichzeitig etwa 90 Prozent der deutschen Pharmaexporte bestreiten (1985 wurden rund 47 Prozent der Produktion der deutschen Pharmaindustrie – zu Fabrikabgabepreisen 20,6 Mrd. DM – exportiert).

Forschung zahlt sich also für die Unternehmen nach wie vor aus. Daß sie allerdings eine kostspielige Sache ist, belegt der BPI mit Hinweis auf die Erfolgsquote von 1 : 6000, das heißt unter 6000 neuen Substanzen ist ein Treffer. Die Flops eingerechnet veranschlagt der Verband die Kosten zur Entwicklung eines Arzneimittels mit einem neuen Wirkstoff auf rund 250 Mill. DM. Rund zwei Drittel der Aufwendungen für Forschung und Entwicklung entfallen auf Personalkosten, insgesamt werden in diesem Bereich etwa 12 000 Mitarbeiter beschäftigt.

Tauziehen um Fermenta beendet

Großaktionär verkauft an Investmentgesellschaften

Me. Kopenhagen

Nach einem wochenlangen Tauziehen um die Kontrolle über das schwedische Biotechnikunternehmen Fermenta, zeichnet sich jetzt nicht die erwartete große industrielle Lösung mit Montedison, sondern eine Pufferlösung ab: Montedison wurde zwar die Option eingeräumt, „über die Jahre" seinen Anteilsbesitz auf über 50 Prozent zu arrondieren.

Gleichzeitig gibt aber Fermenta-Großaktionär Refaat El-Sayed jeweils eine Million A-Aktien (voll stimmberechtigt) an die beiden schwedischen Investmentgesellschaften Beijerinvest und Industrivärden sowie an die staatliche Industrieholding Procordia ab. Dieser Kreis, zum Teil handelt es sich um Fermenta-Altaktionäre, kontrolliert damit künftig über 32 Prozent des Stimmrechtskapitals. Außerdem gibt El-Sayed 3,5 Millionen B-Aktien mit eingeschränktem Stimmrecht an zwei schwedische Arbeitnehmerfonds ab.

Fermenta handelte unter Druck: Nicht nur wegen Finanzkrediten von 1,2 Milliarden Schwedischen Kronen, die zurückgezahlt werden müssen. Wegen einer ungenügenden Informationspolitik war die Gesellschaft kürzlich von dem Stockholmer Börsenvorstand mit der höchst möglichen Geldstrafe belegt worden.

Ein Gutteil der schnellen Expansion von Fermanta vollzog sich auf dem italienischen Markt, wo 1984 Pro-Chim RE und 1985 Pierrel SpA in Mailand unter Kontrolle gebracht wurden. Während in Schweden lediglich 400 Mitarbeiter von Fermanta beschäftigt sind, sind es in Italien allein über 1500.

Ausländer bevorzugen Bundestitel

Bremer Landesbank: Zinsnachteil der Länder ungerechtfertigt

dos. Bremen

Die seit Anfang 1986 beobachtete Renditedifferenz zwischen Schuldscheinen und Anleihen des Bundes auf der einen sowie der Bundesländer und der Landesbanken auf der anderen Seite ist nach Auffassung der Bremer Landesbank nicht gerechtfertigt. Auf dem Auslandsbankentag des Instituts wies Peter Haßkamp, designierter Vorstandsvorsitzender der Bank, darauf hin, daß die Bonität der Länder-Emissionen aufgrund des geltenden Systems des vertikalen und horizontalen Finanzausgleichs „faktisch gleichzusetzen" sei mit der des Bundes.

Auch das Argument der besseren Fungibilität der Bundesanleihen sei nicht zulässig, weil die Landesbanken als Daueremittenten ständig am Markt operierten und die Länder heute einen wesentlich größeren Teil ihres Finanzbedarfs als früher durch öffentliche Anleihen deckten. Die Beispiele Nordrhein-Westfalen (letzte Anleihe über 1 Mrd. DM) und Bremen (400 Mill. DM) zeigten, daß die Volumina selbst für internationale institutionelle Anleger interessant seien.

Den Grund für das Auseinanderdriften der Zinsen sieht die Bremer Landesbank in der Tatsache, daß ausländische Investoren den Emissionen des Bundes „eine klare Präferenz geben". Immerhin seien im ersten Halbjahr 1986 mehr als die Hälfte aller inländischen Neuemissionen von Ausländern erworben worden. Dieses Kaufverhalten habe zu Zinsdifferenzen von bis zu einem Prozent zugunsten der Bundespapiere geführt.

Haßkamp vertrat die Ansicht, daß die Zinsdifferenz „wieder verschwinden oder sich zumindest stark reduzieren" wird. Er setzt dabei auf die Findigkeit der großen Wertpapier-Handelshäuser. Sie würden die nur markttechnisch zu begründende Zinsdifferenz bald schon „entdekken" und durch Nutzung der Swap-Techniken eliminieren.

Um die Attraktivität des deutschen Rentenmarktes für institutionelle Investoren im Ausland zu erhöhen, sollten die öffentlichen Emittenten und ihre Konsortialführer in diesem Zusammenhang über das „Kontrollnummernverfahren" nachdenken"; eine Verkürzung der meist einjährigen Rückbonifikationsfrist wäre der Sache dienlich.

Sanierungskonzept für Voest-Alpine

dpa/VWD, Wien

Zur Sanierung des staatlichen österreichischen Schwerindustriekonzerns Voest-Alpine, Linz, werden neben einem kräftigen Personalabbau nochmals rund 20 Mrd. Schilling (etwa drei Mrd. DM) staatliche Subventionen für die kommenden drei Jahre notwendig. Dies verlautete in Wien von informierter Seite nach abschließenden Beratungen zwischen Betriebsführung und Betriebsrat über das Sanierungskonzept.

In den kommenden drei Jahren sollen von derzeit 38 500 Arbeitnehmern etwa 9000 entlassen werden. Vorgesehen sei weiter eine Stillegung von Hochöfen und Feinwalzwerken und die Umgestaltung der Produktion in der Endstufe. Für 1986 erwartet Voest einen Verlust von 4,2 Mrd. Schilling (600 Mill. DM).

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Euskirchen: Dialog-Computer-Systeme GmbH; **Fulda:** N.I.C. Metall GmbH; **Mayen:** Motor-Caravane-Hofer GmbH, Mülheim-Kärlich; Jakob Hens; **Wuppertal:** VVV Verwaltungs GmbH für Grundbesitz & Co. Vermietung – Vertrieb KG, Velbert 15; BTG Bau-Treuhand Ges. mbH & Co. Immobilien-KG; BTG Bau-Treuhand Ges. mbH; Nachl. d. Friedrich Uebelgünne.

Anschlußkonkurs eröffnet: Augsburg: P. D. Drozdowski Bauunternehmen Fußbodenbau GmbH, Königsbrunn; Peter Drozdowski, Geltendorf.

Frauen kaufen jede zweite Dose Lack

Krautol strafft das Sortiment und profiliert sich als Markenartikler für Heimwerker

JOACHIM WEBER, Pfungstadt

„Der Einzelhändler will uns gar nicht als Vollsortimenter, sondern zuerst als Partner, mit dem gutes Geld zu verdienen ist", war die überraschende Einsicht, die Manfred Krauth, geschäftsführender Gesellschafter der Krautol-Werke GmbH & Co. KG, Pfungstadt, 1984 aus einer Kundenumfrage gewann. Der Farbenhersteller betrachtete das Ergebnis mit einem lachenden und einem weinenden Auge.

Zwar bestätigten die Abnehmer die bisherige Firmenpolitik der Konzentration auf hohe Qualitäten und entsprechende Preise, die auch vernünftige Spannen erlauben. In der Sortimentsgestaltung jedoch war ein totaler Schwenk fällig. Denn bislang hatte das Unternehmen, das nach dem Krieg den Schritt vom regionalen Farbenhändler (mit kleiner Produktion, zum Beispiel von Holzdielen-Politur) zum echten Fabrikationsbetrieb gewagt hatte, sich vor allem mit dem Vertriebsmotto „alles aus einer Hand" zu profilieren versucht. Dabei wurden sogar Tapeten, Bodenbeläge oder Malerwerkzeuge zwecks Komplettierung zugekauft.

Im immer schwierigeren Geschäft mit Lacken, Farben und Zubehör hatte aber auch der Fachhändler inzwischen dazugelernt, suchte sich für jedes einzelne Produktsegment möglichst starke Lieferanten. „So standen wir vor der Alternative, entweder als anonymer Abfüller für die Großmärkte oder als verbraucherorientierter Markenartikler mit der Ausrichtung auf den Heimwerker-Bereich weiterzumachen", berichtet Krauth.

Die Entscheidung fiel zugunsten der Marke. Sie wurde dadurch erleichtert, daß Krautol sich in einer Hinsicht schon aus dem Gros der mittelständischen Farbenhersteller herausgelöst hatte: Der Vertrieb rund um den eigenen Schornstein (bei dem bessere Transportmöglichkeiten lediglich den Radius vergrößert haben) war bereits in die Überregionalität ausgeweitet worden.

Erste Konsequenz der Entscheidung: „Schon 1985 haben wir unser Sortiment erheblich gestrafft – 30 Prozent der Artikel flogen raus." Aus dem Rest hob Krauth noch einmal 30 Produkte – aus der Heimwerker-Palette, die 1985 rund zwei Drittel des Umsatzes von 35 Mill. DM trug – heraus. Auf sie sollen künftig besondere Entwicklungs- und Marketinganstrengungen verwandt werden, getreu der Devise: „Wir wollen da noch stärker werden, wo wir schon stark sind." Immerhin arbeitet jeder zehnte der 210 Mitarbeiter in der Entwicklung und Anwendungstechnik.

Als Zielgruppe hat der 39jährige promovierte Chemiker jene 25- bis 40jährigen Selbermacher ins Visier genommen, die „aus dem Ikea-Stil herausgewachsen" sind und Wert auf einfache und sichere Anwendung legen. Daß dazu auch die Frauen zählen, die immerhin bei der Kaufentscheidung für jede zweite Lackdose zumindest mitwirken (zum großen Teil aber auch selbst mit größtem Vergnügen pinseln), wird in der Streuung der auf dem Weg zur Marke nun auch nötigen Konsumenten-Werbung berücksichtigt: Zwei Wohnzeitschriften und eine Frauenzeitschrift sind die regelmäßigen Anzeigenträger.

Bei aller Konzentration auf den Markenartikel will Krauth aber auch das Industriegeschäft nicht vernachlässigen, das den Löwenanteil zum restlichen Umsatzdrittel (und darin auch den größeren Teil zu den 10 Prozent Exporten) beiträgt. Hier gilt Krautol als einer der deutschen Pioniere auf dem Gebiet der Reaktions- (also Zweikomponenten-) Kunststoffe.

Anders als im Endverbrauchergeschäft geht es in diesem Bereich meist um Projekte: Verschleißfeste Bodenbeschichtungen für Kraftwerke und Industrieanlagen, Sanierungen von Betonbauten und Mauerwerk, sogar die 60 Betonpfeiler einer Brücke bei Maracaibo wurden schon mit Epoxidharz aus Pfungstadt verklebt.

Hier ist das Markenprofil längst entwickelt, und hier hat Krauth auch seine ersten Erfahrungen im delikaten Umgang mit dem Image gewonnen. Als man nämlich die Industriemarke mit dem Slogan „Krautoxin – der Problemlöser" bewarb, „da hatten wir plötzlich nur noch Problemfälle auf dem Tisch und kein Geschäft mehr".

Werbebranche: Flaute auf dem Arbeitsmarkt

vos. **Bonn**

Um sechs Prozent ist die Zahl offener Stellen für Werbefachkräfte in der ersten Jahreshälfte im Vergleich zum Vorjahreszeitraum gestiegen. Dieses Wachstum entspringt aber ausschließlich den Arbeitsplatzangeboten für Media-Experten (plus 24 Prozent) und Kontakter (plus 60 Prozent), Grafiker (plus sechs Prozent) und Werbeassistenten (plus vier Prozent). Alle anderen Berufsbereiche in den Werbeabteilungen der Hersteller, den Werbeagenturen und der Medien verzeichneten in der gleichen Zeit nur eine geringe Menge von Stellenangeboten, wie der Zentralausschuß der Werbewirtschaft (ZAW) in Bonn berichtet.

Vor allen für Werbetexter wurde es schwerer unterzukommen: 17 Prozent weniger Stellen waren ausgeschrieben. Für Werbemittelhersteller verminderte sich das Angebot um elf Prozent, für Marktforscher im Bereich der Werbung sogar um 44 Prozent. Dabei steht diese Arbeitsplatz-Flaute in krassem Widerspruch zur Konjunktur der Branche: Der ZAW rechnet mit einer Zunahme der Werbeeinnahmen der Medien um 600 Mill. DM. Erstmals soll die 16-Mrd.-Grenze übersprungen werden.

Ursache für die Windstille ist der Rückgang der Offerten für Stellen in den Werbeabteilungen der Warenhersteller und Anbieter von Dienstleistungen. Dennoch bleibt dieser Bereich größter Arbeitgeber: 37 Prozent (Vorjahr 41 Prozent) aller Werbefachkräfte verdienen hier ihren Lebensunterhalt. Eingestellt haben im ersten Halbjahr vor allem die Branchen Nahrungsmittel, Pharma, Handel und Geld- und Versicherungswirtschaft. In Werbeagenturen waren fünf Prozent mehr Arbeitsplätze zu vergeben, der Anteil beträgt nach wie vor 35 Prozent. Ein kräftiges Wachstum verzeichneten nur die Werbeträger, sie suchten über ein Viertel mehr Arbeitskräfte als vor Jahresfrist. Ihr Anteil stieg damit von 24 auf 28 Prozent. An der Spitze liegen aber die Fachverlage, der Rest kommt bei Zeitungen und Zeitschriften unter. Offerten von Funk und Fernsehen sind eher die Ausnahme.

Lobend verzeichnet der ZAW, daß die Stellenanzeigen fast ausnahmslos geschlechtsneutral abgefaßt sind.

„1822", eine Sparkasse auf der Suche nach neuem Image

Das Stellenangebot verbirgt sich in zwei Gläsern Wein

HANNA GIESKES, **Frankfurt**

„Wer ist eigentlich die 1822?" Mit dieser Frage beginnt eine Mini-Serie von drei großformatigen Anzeigen, die während der vergangenen Wochen in überregionalen Tageszeitungen erschienen sind. Die Frage ist berechtigt: Außerhalb ihrer Region ist die Frankfurter Sparkasse wenig bekannt, und wenn man „Spitzenleute" für das expansive Wertpapiergeschäft sucht, ist dies ein Handicap. „Jetzt brauchen Sie nicht mehr zu suchen", sagt Jürgen Schmidkowsky, in dessen Agentur die Kampagne entstanden ist.

Das Mittel zum Zweck war ungewöhnlich: eine Kombination von Image-Anzeige und Stellenangebot – mit viel Text – auf jeweils einer ganzen Zeitungsseite. Ungewöhnlich war auch der Weg, auf dem der Leser an die Botschaft herangeführt wurde. „Was Sie heute abend mit Ihrer Frau besprechen sollten" heißt die Schlagzeile über der ersten Folge; erst im zweiten Absatz erfährt man, daß die 1822 tüchtige Banker für ihr Wertpapiergeschäft sucht. Und wenn dann die Dame des Hauses die eingangs zitierte Frage stellt, „holen Sie zwei Gläser, gießen einen guten Tropfen ein und fangen ganz von vorn an".

Moderne Frauen werden das ziemlich albern finden, aber die Sache macht Sinn: Der, den es angeht, erfährt auf diese Weise sehr viel mehr über das Institut und seine Bedeutung im Wertpapiergeschäft – Eigenbestand von 1,4 Mrd. Mark Renten und 580 Mill. Mark Aktien –, als eine bloße Stellenanzeige ihm vermitteln könnte. In den nächsten beiden Folgen geht es denn auch wesentlich sachlicher zu, allerdings auch mit etwas mehr Biß. „Wir versprechen viel" heißt die Schlagzeile über der letzten Anzeige: „viel Arbeit, viel Verantwortung, viel Konkurrenz".

Und was verspricht sich die 1822, außer qualifizierten Mitarbeitern, von ihrer kombinierten Image- und Stellenanzeige? Sie sei im Rahmen einer langfristigen Konzeption zu sehen, sagt Schmidkowsky, bei der auch die Erkenntnis eine Rolle spiele, „daß das Wertpapiergeschäft der Schlüssel zur Vergabe von Firmenkrediten ist". Er erklärt es so: Wenn ein mittelständischer Unternehmer einen Kredit suche, dann werde er zuerst an die Bank denken, die in der Betreuung seiner privaten Anlagen besonders leistungsfähig ist.

So werden in einer einzigen Kampagne verschiedene Botschaften an unterschiedliche Zielgruppen gesendet. Wenn sie alle dort ankommen, wo sie hin sollen, dann sind die 300 000 Mark, die das Ganze ungefähr gekostet haben dürfte, wohl recht gut angelegt.

Was Sie heute abend mit Ihrer Frau besprechen sollten.



Werbung: Kein Beruf für Traumtänzer und Idealisten

Der ZAW informiert ausführlich über Risiken und Chancen

VOLKER NICKEL, **Bonn**

Vorurteile sind wie Löwenzahn: massenhaft vorhanden und äußerst widerstandsfähig; die Wurzeln sitzen tief. Daß heute junge Leute und berufliche Umsteiger wie Pädagogen in die Werbebranche hineindrängen, ist bekannt. Doch meist rechnen sie mit raschem beruflichen Aufstieg bei hohen Verdienstmöglichkeiten und geringem Fachwissen. Oberflächlich betrachtet mag dies in Einzelfällen zutreffen, aber nicht in der Tiefe des aufregend-bunten, aber doch harten Werbealltags.

Verbessertes Ansehen

Daß die Werbewirtschaft bei den meisten jungen Leuten so hoch im Kurs steht, hat mit dem stark verbesserten Ansehen der Werbung bei den Bundesbürgern zu tun. Werbung ist heute als Wettbewerbsinstrument in Märkten mit überwiegend bekannten Produkten anerkannt, das hauptsächlich Marktanteile erhalten und verschieben sowie neue Produkte erklären und bekannt machen kann. Der Mythos von der unterschwelligen Beeinflussung ist längst als falsch enttarnt.

Selbst in Politikerkreisen dämmert es, daß die 310 000 Werbearbeiter (einschließlich Zulieferbetriebe) dabei helfen, die Beschäftigung zu sichern und neue Tätigkeitsfelder in der deutschen Wirtschaft zu schaffen. Ohne die mittlerweile auf 15,5 Mrd. DM angewachsenen Gebühreneinnahmen der Medien aus der Werbung könnte die bundesdeutsche Gesellschaft nicht über das im Weltmaßstab vielfältigste Kommunikationssystem verfügen.

Kein Wunder, daß mit steigendem Image der Werbung auch Berufssuchende und Umsteiger das Tätigkeitsfeld „Werbung" entdecken. Ein wichtiger Anhaltspunkt für die Anforderungsprofile für Werbeberufe sind die in den Medien aufgegebenen Stellenofferten. Hier bietet die Dachorganisation der Branche, der Zentralausschuß der Werbewirtschaft (ZAW), halbjährliche Trendberichte, aus denen sich viel über die Entwicklung einzelner Berufsbereiche, die Arbeitgeber selbst und die Anforderungen ablesen läßt.

So rosarot das Bild bei vielen Bewerbern von den Anforderungen an Werbefachleute ist, so nebulös häufig auch das Wissen der werbebegeisterten Berufssuchenden über ihre künftigen Arbeitgeber. So irrt, wer glaubt, die meisten Stellenangebote kämen von Werbeagenturen. Mitte der siebziger Jahre hat sich hier eine Trendwende vollzogen. Laut ZAW-Analyse suchen seit 1980 die Auftraggeber der Werbeagenturen – also die Hersteller von Waren und Anbieter von Dienstleistungen – regelmäßig mehr Werbefachleute als die Werbeagenturen. Im ersten Halbjahr 1986 entfielen auf diese Gruppe der Arbeitgeber 37 Prozent der Offerten.

Bemerkenswert außerdem: Die Werbeträger selber, also die Medien, sind in ihrer Bedeutung als Arbeitsplatzanbieter gewachsen. In der ersten Hälfte dieses Jahres kamen auf sie bereits mehr als 28 Prozent aller Stellenofferten für Werbeexperten (1978: 16 Prozent). Werbeagenturen vereinigen laut ZAW-Statistik heute 35 Prozent der Arbeitgeber-Angebote auf sich.

Die Aufgaben der Werbeagenturen ändern sich parallel zum technisch-industriellen Wandel. Nicht mehr nur die Umsatzsteigerung mit Hilfe von Werbemaßnahmen wird von ihnen erwartet, sie werden auch mehr denn je in marktvorbereitende Aktivitäten eingeschaltet. Das aber drückt auf ihre Einnahmen – die Provision für Werbeeinschaltungen verliert an Gewicht zugunsten von Honorareinnahmen für zusätzliche Dienstleistungen wie zum Beispiel im Marktforschungsbereich. Das führt zu einem geringen Spielraum bei den Personalkosten – oder: Es wird weniger eingestellt und sogar die Zusammenarbeit mit freiberuflich Tätigen vermindert.

Harte Arbeit für Traumjob

Diese Entwicklung spiegelt sich bei den einzelnen Berufsbereichen wider. Während in den letzten Jahren Alleskönner in den Werbeabteilungen der Auftraggeber ebenso wie Mediaexperten vor allem bei den Werbeträgern besonders gesuchte Experten sind, verloren Kreative in den Agenturen an Boden. Berufliche Ein- und Umsteiger müssen also sehr sorgfältig prüfen, wo sie ihre Fähigkeiten am besten entfalten können und wie sich die Arbeitsfelder weiterentwickeln. Werbung, das stellt man in diesem Arbeitsfeld ohnehin rasch fest, ist kein Beruf für Traumtänzer, eher ein Traumjob für harte Arbeiter.

Fachzeitschriften gute Werbeträger

DW. **Hannover**

Die Fachzeitschriftenverlage in der Bundesrepublik Deutschland erwarten für das Jahr 1986 einen Anstieg der Einnahmen aus Werbung von etwa sieben Prozent und damit das Erreichen der 1,5 Milliarden-Mark-Grenze (Vorjahr: 1,4 Milliarden Mark). Die verbreitete Auflage beträgt bei Fachzeitschriften mehr als 50 Millionen Exemplare pro Erscheinungstag. „Die deutschen Fachzeitschriften haben in den letzten Jahren eine solide Entwicklung genommen", sagte der Vorsitzende der Fachgruppe Fachzeitschriften im Verband Deutscher Zeitschriftenverleger, Verleger Horst Dreßel (Hannover). Es zeige sich auch, daß die Akzeptanz dieses Werbeträgers in der werbungtreibenden Wirtschaft unvermindert sei.

Sportfans achten nicht auf Plakate

DW. **Mainz**

Bandenwerbung in Sportaustragungsstätten wird von Fernsehzuschauern kaum wahrgenommen. Dieses Ergebnis einer Studie des Wiesbadener Instituts Enigma trifft auf besonderes Interesse der werbungtreibenden Wirtschaft, der die Plazierung von Produkten in redaktionellen TV-Programmen nahegelegt wird. Nur drei Prozent der befragten TV-Zuschauer erinnerten sich spontan an Markenwerbung, die bei Sportereignissen an Banden im Fernsehen zu sehen war. Die Bandenwerbung bei Fußball-Übertragungen trifft auf Desinteresse, wird aber toleriert: 24 Prozent der Befragten stehen ihr positiv gegenüber, 14 Prozent sind gegen diese Werbung und 62 Prozent ist es „egal".

Franzosen lieben ihre TV-Reklame

DW. **Paris**

Die von Werbung begeisterten Franzosen finden offenbar selbst ihre TV-Werbung fantastisch, denn das Kanalwechseln, um den Werbespots zu entgehen, ist in Frankreich nahezu unbekannt. Dies ergab eine jetzt veröffentlichte Studie des Verbands der Werbeindustrie. In den Vereinigten Staaten oder in Italien ist das Phänomen bekannt.

75 Prozent der Befragten gaben an, daß sie in der Regel 85 Prozent oder mehr der Spots sehen, 50 Prozent sehen mindestens 90 Prozent, 25 Prozent alles. Allerdings, so schreibt dazu „Le Monde", könnte sich dies bei der Einführung von Unterbrecherwerbung, die es bisher im staatlichen Fernsehen nicht gibt, sehr schnell ändern.

Tageszeitung ist Lieblingslektüre

DW. **Bonn**

Das Lesen gehört zu den liebsten Freizeitbeschäftigungen der Bundesbürger. An der Spitze stehen die Tageszeitungen, die von 83 Prozent der Bevölkerung genutzt werden, wie die Verbraucher-Analyse (VA) für 1985 ergab. Danach werden Zeitschriften von 75 Prozent und Bücher von 64 Prozent der erwachsenen Bevölkerung gelesen. Ende 1985 erschienen in der Bundesrepublik 395 Tageszeitungen mit einer verkauften Auflage von knapp 25 Millionen Exemplaren, 47 Wochenzeitungen (1,9 Millionen Auflage), 369 Publikumszeitschriften (Auflage 96 Millionen) und 2862 Fachzeitschriften (47 Millionen). Fernsehen schauen 79 Prozent. Sie verbringen täglich 139 Minuten vor dem TV-Gerät.

VW-Aktien kräftig erholt

Ausländerinteresse auch für Chemie und Banken

DW. – Obwohl viele Kreditinstitute begonnen haben, ihrer Kundschaft die Mitnahme von Kursgewinnen zu empfehlen, blieb die Aktientendenz am Wochenbeginn ausgesprochen freundlich. Den Ausschlag gaben neue Kaufaufträge aus dem Ausland. Zwar konnten nicht überall die Spitzenkurse gehalten werden, doch blieben in den meisten Papieren Tagesgewinne übrig. Eine Ausnahmestellung nahmen wiederum die Auto-Aktien ein. Durch die günstigen Halbjahresberichte haben sie vor allem Anleger aus dem Inland angelockt.

Nachdem sich der VW-Kurs von fast 700 auf jetzt 530 DM zurückgebildet hat, werden für die VW-Vorzugsaktien kaum noch Unterbringungsschwierigkeiten gesehen, zumal Fonds und andere Großanleger dafür bereits durch den Verkauf von VW-Stammaktien Platz geschaffen haben. Ausländer interessieren sich vorwiegend für Chemie- und Bankaktien. Wenn die Papiere der Banken gleichwohl nur wenig fester lagen, dürfte der Grund dafür in Abgaben einiger Fonds zu suchen sein, die hier Gewinne realisieren und dadurch Liquidität schaffen. Gezielt gekauft wurde wieder bei Nixdorf und gelegentlich auch bei Springer. Größere Kaufaufträge lagen ferner für Phoenix vor. Der labile Dollar-Kurs machte sich in der Tendenzgestaltung nicht bemerkbar.

Frankfurt: Rheinelektra zogen um 45 DM an, während Boss 65 DM und Escada 45,50 DM einbüßten. Degussa gewannen 11 DM, Fuchs Petrolub 7 DM und Goldschmidt ebenfalls 7 DM. Audi zogen um 20 DM und Gehe um 7 DM an.

Düsseldorf: Conc. Chemie und Scheidemandel verbesserten sich jeweils um 5 DM. DAT legten 25 DM und Westag 5,50 DM zu. Dyckerhoff STA verloren 4 DM, DAB 2 DM und Sinn gaben um 12 DM nach.

Berlin: Bergmann zogen um 34 DM, DeTeWe um 17 DM und Springer um 11 DM an. Berliner Bank wurden um 5 DM und Berliner Kindl um 4 DM heraufgesetzt. Berliner Elektro schwächten sich um 40 DM ab.

München: AKS und Knürr legten jeweils 10 DM und Deckel 17 DM zu. Leonische Draht stockten um 44 DM und Patrizier um 19 DM auf. Nachgegeben haben Audi um 10 DM, Escada um 20 DM und Flachglas um 9 DM.

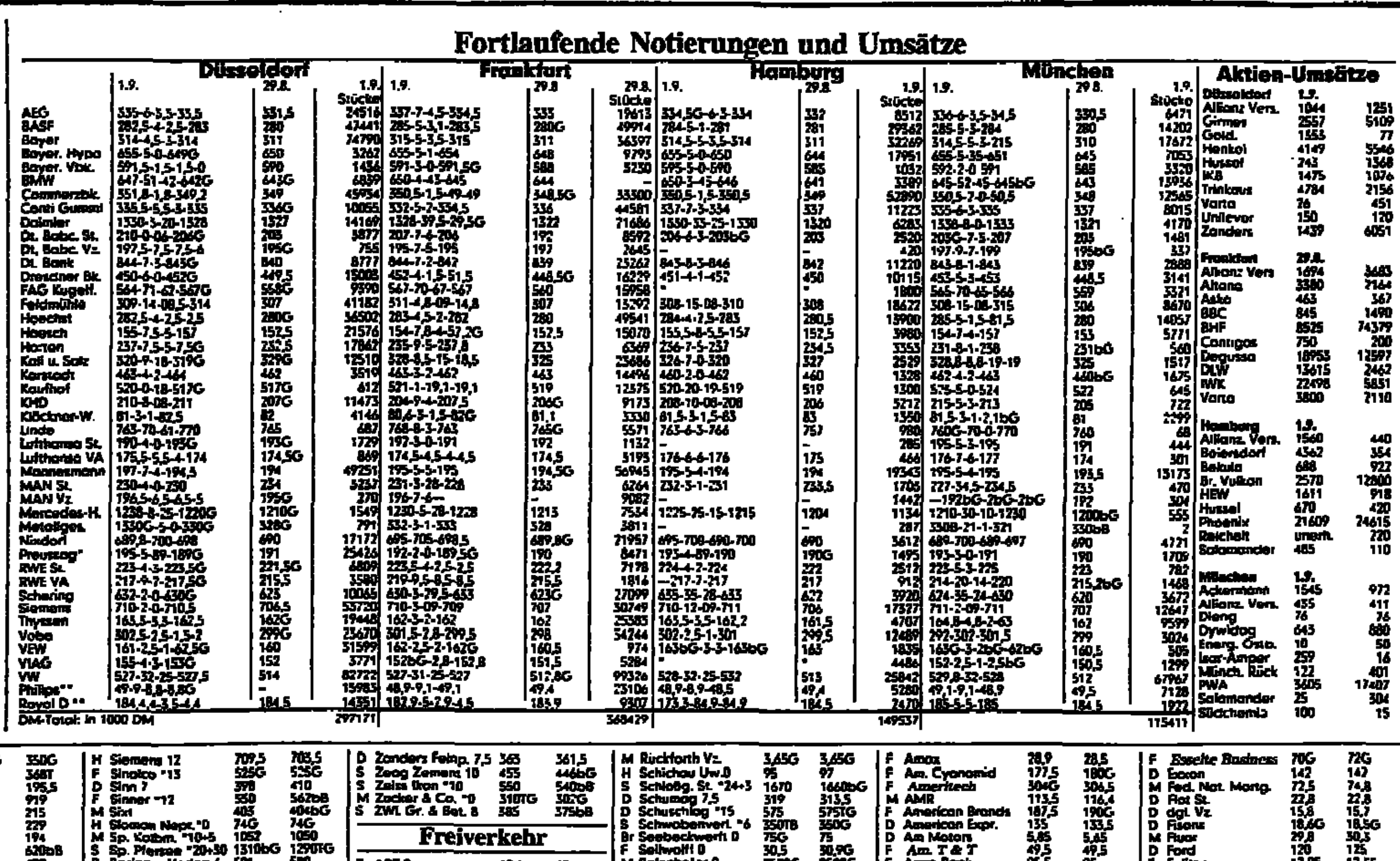
Hamburg: Beiersdorf lagen um 13 DM schwächer. Hapag Lloyd wurden um 1,10 DM aufgestockt. Holsten Brauerei erhöhten sich um 10 DM. Markt- und Kühlhallen wurden um 3 DM höher bewertet.

Stuttgart: Daimler legten 10 DM zu. Oberland Glas wurden um 2,50 DM höher bezahlt. Auch Traub konnten 9 DM hinzugewinnen. Rheinelektra verbesserten sich um 35 DM. WMF Stämme und Vorzüge waren um 6 DM und 2 DM gedrückt.

Nachbörse: freundlich

WELT-Aktienindex: 289,56 (286,17)
WELT-Umsatzindex: 5031 (4117)
Advance-decline-Zahl: 134 (121)
50-Tage-Linie: 265,59 (264,75)
200-Tage-Linie: 275,80 (275,60)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze



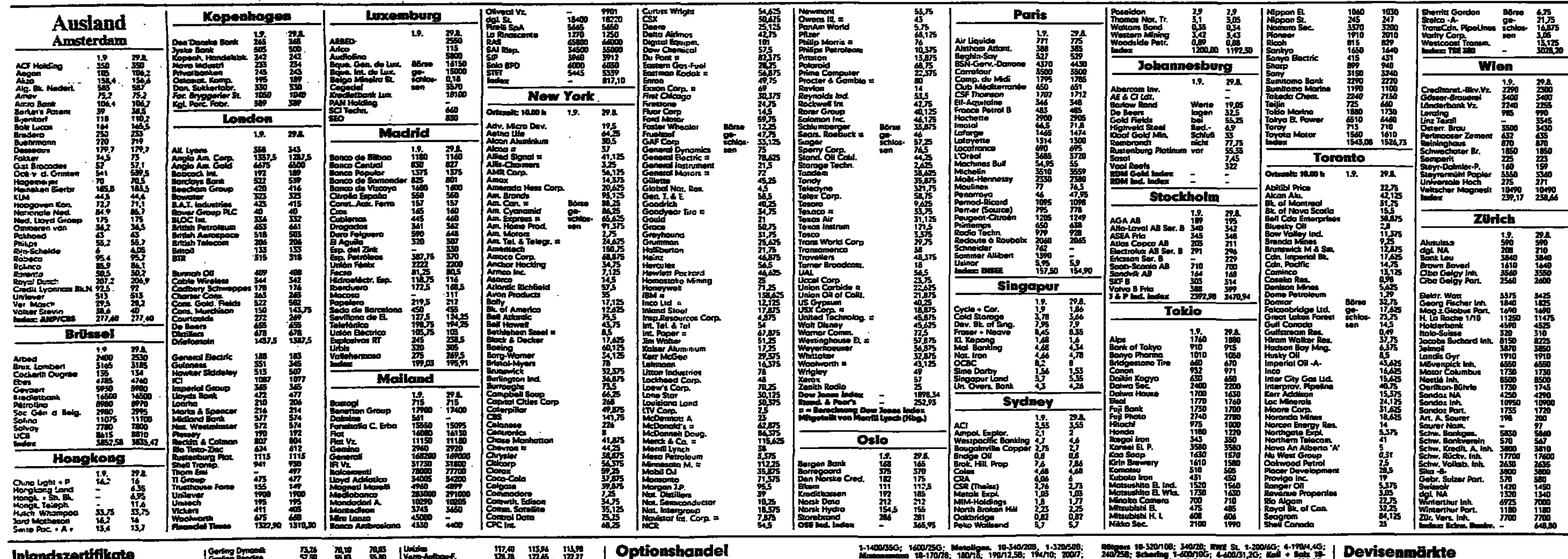
Inland

		1.9.	29.8.
H	Aach M Beil 12,5	2420	2360
H	Aach. M. Vers. 7	1870	1850
D	Aach. Ruck. 9	2780	2780
D	Aseag *4	560G	540G
M	Ack-Gögg. 8	167	165
H	Adca 3	186	184,5
D	Adler 12+16	300G	302
F	AEG 0	334,5	331,5
D	AEG KABEL 9	465T	455T
S	Aesculap 9	435	444,5
F	AGAB 5	169,8	170

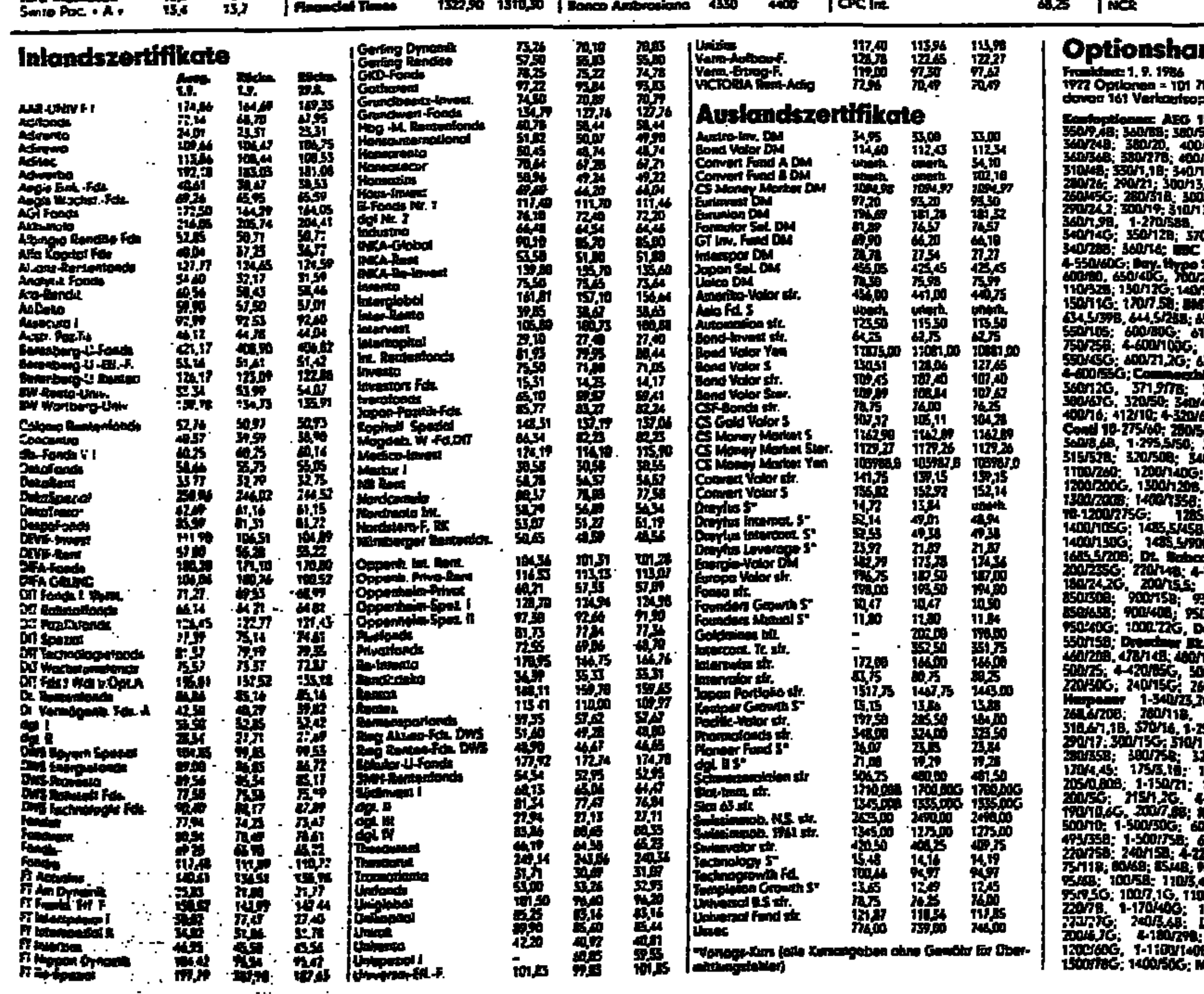
		1.9.	29.8.
D	Cobl.Reste*0 RM	178	16,5T
F	Cobl.Genußsch.	125,25	125bG
D	Conc. Chem. 4,5	240T	235T
B	Conc. Spinne *0	510G	510G
D	Contigas 8	538	542,45
D	Conti Gummi 5	333,3	334,5
D	Bonib. St. 7,75	282	282
D	dgl. Vz. 14,75	400G	488bB
S	Daimler 12+2,5	1325	1315
M	Deckel AG 6	255	216bG
D	Dt. Atl. Tel.10	745T	720T
D	Dt. Babcock St. 3	207,5	201
D	dgl. Vz. 5,5	197,5	196
F	Dt. Bank 12	845	838,5

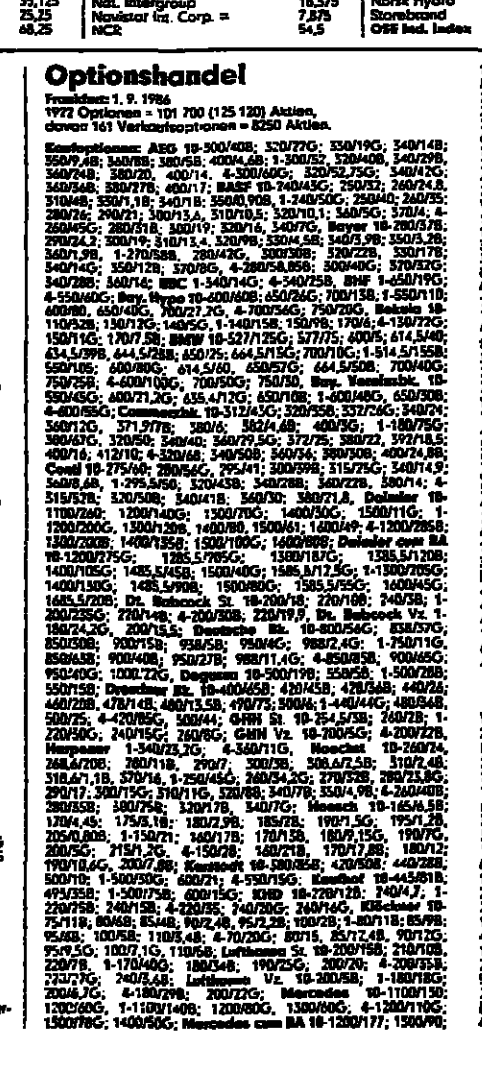
		1.9.	29.8.
H	HEW 5,5	150	150
H	Hal. Lib. 9	660	660
Ha	Hann. Papier 6	270	260
H	Harmsdorf 0	50	53,8
D	Harpener 11+1	320	320
F	Harm. & B.St. 6	2610G	2610bG
F	dgl. Vz. 6	1600	1600T
M	Hasen-Bräu 9	970G	970
S	Heidelb. Zem. 7	628G	628G
M	Hellt & W. 5	270G	270G
D	Hein. Lehm. *6	295T	295T
D	Heinr. Ind. *16+2	640bG	650T
D	Henkel 3	445	444
F	Henninger 2	174,8	171,5
B	Herlitz 0	197,5	195

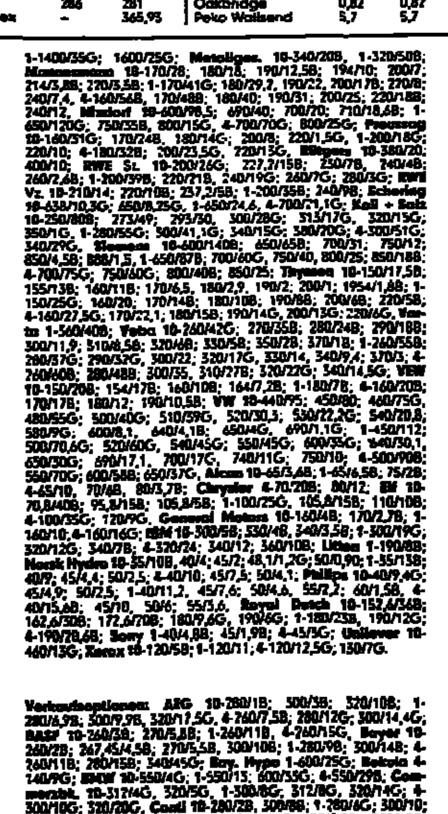
		1.9.	29.8.
F	MAB 7,5	370G	350G
F	dgl. Vz. 7,5	360T	368T
D	Mannesmann 6	195	195,5
F	Mannh. Vers. 8	919	919
H	Markt & K. 8	218	215
F	MAN St. 5,8	231	229
F	dgl. Vz. 5,5	197	194
F	MAN-Rol. 20,2	610	620bB
F	Masco	490	490
S	M.Müll.Weing. *0	320TG	310bG
D	Mauser 0	83	82,5
F	Mercedes 10,5	1228	1201
F	Metallges. 6	331	331,5
S	Met. u. Lack 0	103	104
S	Mülag 6,5	460G	460G

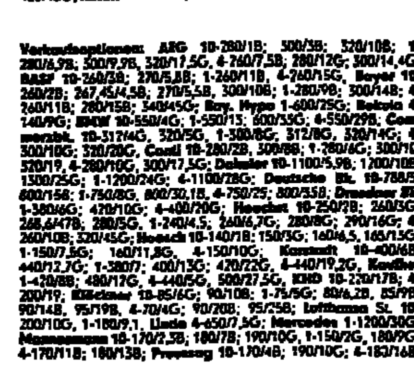


Ausland



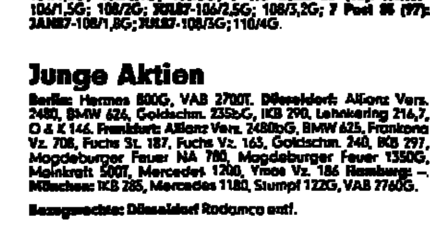


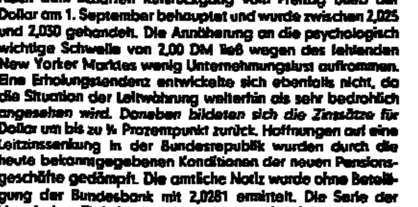


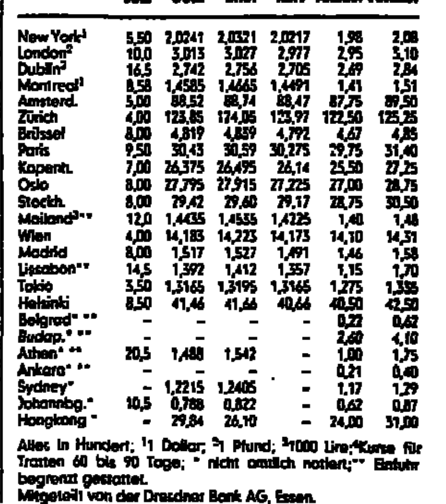












Bundesanleihen

			1.9.	29.8.
F	6½ dgl. 77	5/89	103,95G	103,95
F	8 dgl. 79 I	7/89	108,1	108,05
F	6 dgl. 78 I	2/90	103,1	103,05
F	8 dgl. 80 II	7/90	109,25	109,15G
F	9 dgl. 81	5/91	114G	114G
F	10½ dgl. 81	9/91	121,2	121,2G
F	10¾ dgl. 81	11/1	120,9G	120,9
F	8 dgl. 80 I	2/92	110,7	110,6G
F	10 dgl. 82	2/92	120	120
F	9¾ dgl. 82	7/92	118,7	118,65G
F	8 dgl. 82	11/92	111,75	111,65
F	7¾ dgl. 83	1/93	109,8	109,6

Bundesbahn

Bundespost

Länder – Städte

Sonderinstitute

		1.9.	29.8.
F	6 Lowi.Rent.Bk.RS15	100,05	100,05
F	6 dgl. RS 16	100,05G	100,05G
F	6½ dgl. RS 60	100,95G	100,95G
F	7 dgl. 94	104,25G	104,25G
F	7 dgl. 99	100G	100G
F	8 dgl. 101	105,66G	105,65G
F	7½ dgl. 102	105,75G	105,75G
F	9½ dgl. 126	101,45G	101,45G
D	6½ Dt.-AusglBk. 77/87	101,45G	101,45G
D	5½ dgl. 78/88	101,15bG	101,15G
D	7 dgl. 79/87	101,15	101,1G
D	6 dgl. 86/96	97,5G	97,5G

Industrieanleihen

Optionsscheine

Optionsanleihen

Öffentliche Langläufer gesucht

Die Tendenz bei den öffentlichen Anleihen wurde wieder von Auslandskaufaufträgen bestimmt. Die Furcht, die Ausländer könnten die Zinssenkung in der Bundesrepublik für beendet ansehen und sich darum von ihren DM-Positionen lösen, ist offenbar noch nicht begründet. Den Ausländern bleibt die Aussicht auf weitere Währungsgewinne. Nicht modifizierte Stücke der beiden Tranchen der neuen Bundesanleihe waren deutlich über pari gesucht. Bei einigen Langläufern wurden die Kurse bis zu 0,75 Prozentpunkte heraufgesetzt. Bundsobligationen lagen um 0,10 Prozentpunkte fester.

		1.9.	29.8.
F	5¾ dgl. 85 o. O.	97,5	97,5T
F	4½ Dt.Bk.Lux 78 m.O.S	340G	340G
F	4½ dgl. 78 o. O. S	98,95G	98,75G
F	6¾ dgl. 83 m. O.	285T	283
F	6¼ dgl. 83 o. O.	97,25	98,25
F	3¾ dgl. 83 m. O.	250	249G
F	3¼ dgl. 83 o. O.	95,2	95,25
F	6½ dgl. 86 m. O.	139,25	138,75
F	6½ dgl. 86 o. O.	100,35	100,5
F	3¾ Didier 85 m. O.	139	139G
F	3¾ Didier 85 o. O.	81,4G	81,6
F	4 Dresdn.Bk. 83 m. O.	206	205G
F	4 dgl. o. O.	96,5bG	96,5bG
F	8 dgl. 84 m. O.	279	278G

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Frankfurt

DM-Auslandsanleihen

	1.9.	29.8.
8 Afr. Entwlbk. 79/87	101G	101G
10 dgl. 82/89	109,75G	109,75G
8 dgl. 84/91	106G	106,2
9 Air Canada 82/92	111,75G	111,5
7¾ dgl. 85/95	106G	106G
9¾ Alcoa 82/89	105,25	106,25
7½ Allied Chem. 84/94	103,75G	103,75G
8¾ AMCA Ltd. 83/91	105	104,5G

	1.9.	29.8.
8¼ E.D.F. 82/92	107,75G	107,65G
8¾ dgl. 83/93	109,75	110
7 Eletrobras 77/87	101G	100,8G
7 dgl. 79/87	99,1	99
5¾ Elf Aquit. 78/88	100G	100
6¾ Emhart Corp. 85/95	102,9T	102,9G
6¾ Ericsson LM 72/87	100,75	100,75G
6½ Escom 72/87	101	101
7 dgl. 73/88	97,95	97,75
9¼ dgl. 80/87	101T	100,55
9½ dgl. 82/90	100,05	99,95
8½ dgl. 83/90	98,85	97,5bG
8 dgl. 84/92	93,9	93,5T
8¼ dgl. 84/92	92,75	92,8

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

Warenpreise – Termine

Fester schlossen am Freitag die Gold- und Kupfernotierungen an der New Yorker Comex. Aufschläge verzeichnete Silber. Um das Limit höher ging Kakao aus dem Markt. Deutlich fester notierte Kaffee.

Getreide/Getreideprodukte

WEIZEN Chicago (c/bush)

	29.8.	28.8.
Sept.	258,25-258,50	253,75-254,00
Dez.	261,00-261,25	257,25-257,00
März	257,75-257,50	255,25-255,00

WEIZEN Winnipeg (can.$/t)

Wheat Board cif.

Genußmittel

Öle, Fette, Tierprodukte

ERDNUSSÖL New York (c/lb)

Südstaaten fob Werk

29.8.	28.8.
29,00	unerh.

MAISÖL New York (c/lb)

US-Mittelweststaaten fob Werk

29.8.	28.8.
17,25	unerh.

Wolle, Fasern, Kautschuk

NE-Metalle

Londoner Metallbörse

Messingnotierungen

Deutsche Alu-Gußlegierungen

Edelmetalle

Internationale Edelmetalle

Erläuterung – Rohstoffpreise

Westd. Metallnotierungen

Zinn-Preis Penang

Energie-Terminkontrakte

Kartoffeln

Baumwolle

Devisenterminmarkt

Geldmarktsätze

Euro-Geldmarktsätze

Edelmetallmünzen

Dollar-Anleihen

Lux. Franc Bonds

Rechnungs-Einheiten

RE 9 DM 2,52852

ECU

Euro-Yen

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

Nullkupon-Anleihen (DM)

New Yorker Finanzmärkte

ECU-Tageswerte

SZR-Wert

FUSSBALL

Feldkamp will in Uerdingen aufhören

sid, Düsseldorf

Im Umkreis von nur 100 Kilometern wird heute abend im Fußball-Westen gleich fünfmal um Bundesliga-Punkte gekämpft, und auf dem Programm steht die große Wachablösung. Bayer Leverkusen und Bayer Uerdingen, mit 5:1 Punkten gestartet und außerdem im Pokal überzeugend (Leverkusen) bis überwältigend (Uerdingen), müssen ihre neue Vormachtstellung ausgerechnet bei jenen Klubs verteidigen, die Tradition an Rhein und Ruhr darstellen. Leverkusen gastiert in Köln, Uerdingen in Schalke.

„Wir sind gut gerüstet", sagt selbstbewußt der Leverkusener Trainer Erich Ribbeck, der vor den Toren Kölns wohnt und beim Frühstück nur die Zeitung aufzuschlagen braucht, um gleich mit den Kölner Problemen konfrontiert zu werden. Nach bislang 1:5 Punkten wird im Bannkreis des Geißbockheims die Ablösung von Trainer Georg Keßler zur Debatte stehen, sollte Bayer den letztjährigen 3:2-Erfolg wiederholen.

Ganz anders machte Uerdingens Trainer Kalli Feldkamp von sich reden. Völlig überraschend verkündete er gestern, seinen zum Saisonende auslaufenden Vertrag nicht verlängern zu wollen. Der 52jährige sucht anderswo eine „neue Herausforderung" – da steht im Hintergrund wohl ein attraktives Angebot. Feldkamp weiter: „Ich möchte noch vier bis fünf Jahre im internationalen Fußball tätig sein und habe den Mut umzusteigen. Da ich für klare Verhältnisse bin, gebe ich meinen Entschluß schon zu diesem frühen Zeitpunkt bekannt. So kann sich der Klub schon jetzt entsprechende Überlegungen für die nächste Spielzeit machen."

Uerdingens Vorsitzender Arno Eschler reagierte so: „Ich bin doch etwas überrascht, aber ich nehme Feldkamps Entschluß hin. Sollte er sich die Sache noch einmal überlegen, wird er bei uns ein offenes Ohr finden." Wie der Trainer erklärte, liege derzeit kein Angebot eines anderen Vereins vor: „Aber ich bezeichne mich als guten Trainer und bin sicher, anderswo wieder arbeiten zu können." In Schalke, wo es am 8. Februar mit 0:2 die letzte Bundesliga-Niederlage gab, muß Feldkamp Bommer (Bänderriß) ersetzen, außerdem sind fraglich Herget (Ischias) und Wolfgang Funkel (Oberschenkelzerrung).

Bei Schalke fehlen weiterhin die teuren Zugänge Wegmann und Hannes, außerdem Regenbogen, Opitz und Skibbe sowie vielleicht noch Dierßen und Täuber. Angesichts dieser Personalnot schließt Trainer Rolf Schafstall das Comeback des 41jährigen Klaus Fichtel nicht aus. Es wäre Fichtels 542. Bundesligaspiel.

Schafstalls Düsseldorfer Kollege Dieter Brei sagt verzweifelt: „Ich komme mir vor, als hätte ich goldene Löffel gestohlen." Grund für diese Klage: Der Tabellenletzte muß gegen Waldhof Mannheim – Gaudino und Walter sind angeschlagen – die Verletzten Bockenfeld, Zewe und Wojtowicz ersetzen. Sein Bundesliga-Debüt feiert der 18jährige Stürmer Michael Preetz.

Dessen Vorgänger Günter Thiele hofft im Trikot von Borussia Mönchengladbach auf das erste Erfolgserlebnis. Doch Werder Bremen kann am Bökelberg wieder auf Benno Möhlmann und Frank Neubarth zurückgreifen, und Manfred Burgsmüller meint: „Gladbach soll der Wendepunkt werden. Wir brauchen endlich wieder eine überzeugende Leistung."

Im fünften Spiel auf nordrhein-westfälischem Territorium gibt im Dortmunder Westfalenstadion Udo Klug seinen Einstand als Trainer des Neulings FC Homburg. Die neue Mannschaft kennt Klug noch nicht sehr gut, aber soviel weiß er schon: „Zum Klassenerhalt brauchen wir einen großen Sack voller Massel." Dortmund plant den ersten Saisonsieg mit den wieder genesenen Stars Raducanu und Mill.

Das echte Schlagerspiel findet heute dagegen in Hamburg statt, denn der HSV und Eintracht Frankfurt sind mit 5:1 Punkten unerwartet gut aus den Startlöchern gekommen. Manager Felix Magath erwartet 35 000 Zuschauer im Volkspark und stimuliert die früheren Teamkollegen mit einer neuen Prämienregelung.

Bei einem Heimsieg werden pro Spieler 2500 Mark fällig, die sich automatisch auf 3000 erhöhen, wenn mehr als 30 000 Zuschauer kommen. Ein Remis wird zu Hause gar nicht mehr honoriert. In den Genuß der neuen Regelung kommt auch der bisherige Jugoslawe Sascha Jusufi, der gestern seinen deutschen Paß erhielt.

Heute spielen, um 20.00 Uhr

1. FC Köln – Leverkusen	(2:3)
Düsseldorf – Mannheim	(4:1)
Dortmund – Homburg	(0:0)
Schalke 04 – Uerdingen	(2:0)
Mönchengladbach – Bremen	(1:2)
Hamburg – Frankfurt	(1:0)

Morgen spielen, um 20.00 Uhr

Stuttgart – Blau-Weiß 90	(0:0)
Nürnberg – München	(0:1)
Kaiserslautern – Bochum	(2:0)

TENNIS / Boris Becker und Claudia Kohde-Kilsch stehen in Flushing Meadow im Achtelfinale – Jelen scheiterte an Nystroem

Connors: „Bin fade wie ein abgestandenes Bier"

H. R. BEIN, New York

Jimmy Connors war grausam ehrlich zu sich selbst: „Ich bin platt und fade wie abgestandenes Bier." Der große alte Mann des amerikanischen Tennis kann sich diese Selbstkritik gelassen leisten. „Jimbo" steht längst über den Dingen. Daran ändert auch das Aus in der 3. Runde der US-Open in Flushing Meadow nichts mehr.

Zwar ist auch ihm durch das 2:6, 4:6, 5:7 gegen Todd Witsken zwei Tage vor seinem 34. Geburtstag klar geworden, daß seine Ära wie die von John McEnroe zu Ende geht. Doch ist für ihn und die Fans der langsame Abschied voneinander eine Geschichte mit Herz und Schmerz. Während für McEnroe kaum eine Träne vergossen wird, fließen für Connors Sturzbäche in den Hudson River.

Der Star wurde ganz melancholisch: „Einen Schmerz spüre ich nicht mehr. Meine Karriere war immer ein Ritt auf der Achterbahn. Ich war oben und unten. Und in den Tälern war es gut für mich, weil ich gemerkt habe, wer meine wirklich guten Freunde sind und welche nicht dazugehören."

Connors liefert genau den Stoff, aus dem in den Staaten die Geschichten sind, auch im Big Business des Tennis. Sie gehen immer gleich: Der alte Boß hat jahrelang viel fürs Geschäft getan, doch seit einiger Zeit klingelt die Kasse nicht mehr so richtig. Die Jungen stehen lauernd dabei und wollen an den Futtertrog. Selbst die Waffen sind unterschiedlich: Connors spielt als einziger Spieler bei den Profis noch mit einem Stahlschläger, der bereits seit acht Jahren nicht mehr hergestellt wird und von denen er nach eigener Aussage nur noch sechs Stück besitzt.

Dagegen prügeln die Herausforderer mit modernen Kunststoffschlägern auf die Bälle ein. So wird das Handwerkszeug zum Symbol, und auch Todd Witsken, Nummer 84 der Weltrangliste, kennt keinen Respekt, weil er weiß, der Alte ist geschafft und eine neue Zeit bricht an.

„In den Umkleideräumen reden die Boys darüber, daß sie ihn schlagen können. Vor ein paar Jahren hätte keiner gewagt, so etwas auch nur zu denken", sagte Witsken offen. „Er war der große Champion, er hat die Unterstützung des Publikums verdient", fügte er gönnerhaft hinzu. Auch das kann Connors nicht mehr am Image kratzen. „Ich habe zu viele große Schlachten geschlagen in der Vergangenheit. Das kann mir doch keiner von denen mehr nehmen, die heute die Backen aufblasen."

Die größten Schlachten hat er in New York geschlagen. Seit 1974 war Jimmy Connors ohne Unterbrechung bei den US-Open mindestens im Halbfinale. Fünfmal hat er das Turnier gewonnen, zweimal Wimbledon, einmal Melbourne. Von 1974 bis 1978 war er die Nummer eins in der Welt, so lange wie kein anderer.




Bevor Boris Becker ins Spiel ging, begrüßte er noch schnell seinen Vater Heinz, der nach New York gekommen war. FOTO:DPA

Erst in dieser Saison rutschte er auf Platz sechs ab und stand vor den US-Open noch einmal auf Rang fünf. In der nächsten Weltrangliste wird er weiter nach unten rutschen – Connors nicht mehr in den „Top Ten"? – Fast undenkbar. 105 Turniere hat er als Sieger beendet, so viel wie kein anderer, und fast sieben Millionen Dollar Preisgeld flossen auf seine Konten.

Es war überhaupt der Tag der US-College-Boys. Vor Todd Witskens Erfolg über Connors triumphierte noch Gary Donnelly, Nummer 211 der Weltrangliste, über den Schweden Anders Jarryd (Nummer 16). Donnelly, dessen größter Erfolg bisher das Erreichen des Wimbledon-Doppel-Finales dieses Jahr war, ist nächster Gegner von Wimbledonsieger Boris Becker. Trainer Günther Bosch warnte seinen Schützling, der den Spanier Sergio Casal 7:5, 6:4, 6:2 bezwungen hatte: „So einer wie Donnelly spielt voll drauflos. Das ist der Vorteil derer, die nichts zu verlieren haben. Boris ist gegen ihn auf das angewiesen, was er selbst kann, und muß taktisch ohne Rücksicht auf den Gegner spielen."

Auch Boris Becker sieht das so: „Ich habe oft mit ihm trainiert. Ich muß ihm mein Spiel aufzwingen, um ihn zu stoppen. Es hängt ganz allein von mir ab, wie es weitergeht." Mit seinem Spiel gegen den Spanier war der Leimener nach den bald überwundenen Startproblemen zufrieden: „Ich war ein bißchen zu lässig. Schon beim Einschlagen dachte ich zuviel ans leichte Gewinnen. Durch einen Aufschlagverlust wachte ich auf, und dann spielte ich solides Tennis." Das reichte leicht zum Sieg, nach dem Becker spontan seinen kurz vorher im Louis-Armstrong-Stadion eingetroffenen Vater umarmte.

Für Eric Jelen waren zwei Sätze mit hervorragendem Tennis zu wenig zum Weiterkommen. Er gab gegen die Nummer sieben der Weltrangliste, Joakim Nystroem (Schweden), eine 2:0-Satzführung und später eine 3:1-Führung im dritten Satz noch aus der Hand und verlor 7:5, 6:4, 3:6, 0:6, 2:6. Der Neusser war verwirrt: „Die vielen Flugzeuge, ich weiß auch nicht, was plötzlich los war."

Im Damen-Einzel lieferte die Saarbrückerin Claudia Kohde-Kilsch einen weiteren Beweis für die Überwindung ihrer Krise. Mit 6:2, 6:3 fiel der Erfolg über Jo Durie aus Bristol überraschend leicht. Jetzt ist sie „richtig froh", daß sie nach den vielen Enttäuschungen keine wochenlange Denk- und Spielpause eingelegt hat, wie ihr empfohlen wurde. Im Achtelfinale erhält die Weltranglistensechste Gelegenheit zur Revanche für die Federationcup-Niederlage gegen die Bulgarin Manuela Maleewa (Nummer 9).

Die Leichtathletik fand zu sich selbst zurück

Das unbestimmte Gefühl war längst da. Es war von Grand-Prix-Sportfest zu Sportfest gewachsen, doch erst die Europameisterschaften von Stuttgart scheinen die Augen geöffnet zu haben.

Die Leichtathletik, die olympische Sportart Nummer eins, war drauf und dran, auf direktem Wege in eine Sackgasse zu laufen, zu springen und zu werfen. Sie drohte zur reinen Rekordjagd zu verkommen. Künstliche Rennen, von Zwischenzeit zu Zwischenzeit programmiert. Mit anonymen Schrittmachern, die zwischendurch nach getaner Arbeit ausschieden. Ein Blick zur Uhr: Kein Weltrekord? Verhaltenes Gähnen des zahlenden, aber verzogenen Publikums. Der Mensch wird unwichtig. Eine Sportart pervertiert sich selbst. Oder wird von Veranstaltern und einigen Medien dazu gezwungen.

Da scheint es gar nicht mehr zynisch, eine Zukunft auszumalen, die den einsamen Kampf eines mit allen Hilfen präparierten Athleten zeigt, vorgegebene Zeiten, Höhen und Weiten als einzigen Gegner. Der Stundenweltrekord eines Radrennfahrers beispielsweise wird zwar registriert. Aber wer mag denn allen Ernstes dem Athleten bei seinen Bemühungen zuschauen. Der Sport lebt auch von anderen Dingen.

Aber hat ein Arthur Gold, Präsident des Europäischen Leichtathletik-Verbandes (EAA), recht, wenn er Rekorde grundsätzlich als Unsinn bezeichnet? Und, typisch britisch, das reine „Race for Place", den Wettkampf um Sieg und Plazierung, favorisiert?

Der Rekord ist und bleibt ein Teil des Sports – citius, altius, fortius. Wäre beispielsweise die Geschichte der Bemühungen eines Roger Bannister, die Meile unter vier Minuten zu laufen, nicht längst geschrieben, man müßte sie erfinden. Sie beschreibt anschaulich sportliche Tugenden.

Aber Sport und insbesondere die Leichathletik dürfen nicht Bestmarken zum absoluten Kriterium machen.

Die Wettkämpfe von Stuttgart haben in verschwenderischer Fülle all das geboten, was wahre Leichtathletik ausmacht.

STAND ● PUNKT

Gut, einige Dinge mußten glücklich zusammenpassen, um dieses Fest gelingen zu lassen.

Meisterschaften haben nun einmal einen besonderen Charakter. Für alle Athleten war die Europameisterschaft der sportliche Höhepunkt des Jahres. Für viele sogar der Höhepunkt ihrer Karriere. Wer würde da nicht sein Letztes geben?

Und da war natürlich das einzigartige Publikum. Vom Beginn an offen dafür, sportliche Anstrengungen zu honorieren und zu feiern. Olympische Stimmung im Neckarstadion. Da spielte auch das unfreundliche Wetter keine Rolle. Und sprang zufällig doch eine Bestleistung heraus – um so besser. Der Jubel schwoll eine Nuance kräftiger an. Die Begeisterung der Zuschauer überraschte jeden Athleten und beflügelte ihn wiederum, noch einmal zuzulegen.

Und zugegeben, die Europameisterschaften waren auch ein Medienspektakel ersten Ranges. Kaum zu wiederholen. Und nicht nur in Presse, Funk und Fernsehen. Sogar die Zuschauer im Stadion waren mittels einer überdimensionalen Farb-Video-Tafel in der Lage, den Sportler in Großaufnahme als Menschen zu erleben. An seiner Erschöpfung, seiner stillen Freude oder seiner tiefen Enttäuschung teilzuhaben. Wenn bei der Premiere dieses Mediums auch „hier und da die Grenze der Intimsphäre" überschritten wurde, wie DLV-Präsident Eberhard Munzert nachträglich feststellte, hat dies zur Atmosphäre beigetragen.

Aber eines ist eben sicher. Das haben die Verantwortlichen erkannt, wenn auch einige, bislang scheint's Unbelehrbare zu ihrer eigenen Verblüffung: Die Leichathletik hatte sich selbst in eine Zwickmühle manövriert, in der ihre belebenden Elemente zu ersticken drohten.

In den sechs Tagen von Stuttgart hat sie sich selbst Auswege gewiesen. Direkte und naheliegende. Dieser Sport hat zu sich selbst zurückgefunden. Die Resonanz ist überall zu spüren. Die Leichtathletik muß ihre selbstentdeckten Auswege jetzt nur schleunigst einschlagen. Der Rekord darf nicht länger über dem sportlichen Wettkampf an sich stehen.

JÖRG STRATMANN

RAD / Weltmeisterschaft in Colorado Springs

Gregor Braun war schneller als bei seinem Weltrekord – doch er blieb ohne Medaille

dpa/sid, Colorado Springs

Nie zuvor in seiner langen Laufbahn war Gregor Braun (Neustadt) schneller Rad gefahren als jetzt bei den Weltmeisterschaften in Colorado Springs. Vor einigen Monaten, als er sich in Mittel- und Südamerika auf einen Weltrekordversuch im Stundenrennen vorbereitete, hatte er quasi als Nebenprodukt einen Weltrekord über 5000 m aufgestellt. Er hatte die Weltbestzeit auf 5:44,700 Minuten geschraubt.

Jetzt war er in Colorado Springs noch schneller. Er verbesserte seine persönliche *Bestleistung auf 5:41,14* Minuten und war sogar schneller als der neue Weltmeister Tony Doyle (Großbritannien) bei seiner Siegesfahrt. Doch eine Medaille gewann Gregor Braun nicht.

Trotz persönlicher Bestleistung mußte er sich mit dem vierten Platz begnügen, weil auch die Konkurrenten enorme Leistungssprünge machten. Es war das schnellste 5000-m-Rennen in der Geschichte des Radsports. Die beiden Dänen Hans-Henik Oerstedt und Jesper Worre, der Brite Tony Doyle und Gregor Braun hatten sich in den Finalläufen wechselweise zu neuen Höchstleistungen getrieben.

Zunächst hatte sich Doyle im Halbfinale in der neuen Weltbestzeit von 5:40,38 Minuten gegen Jesper Worre durchgesetzt, dann hatte sich Titelverteidiger Oerstedt mit einem Vorsprung von 6,38 Sekunden vor Braun für das Finale qualifiziert. Im Kampf um die Bronzemedaille lieferten sich Worre und Braun dann einen packenden Zweikampf, in dem der Deutsche nur um 79 Hunderstelsekunden unterlag. Beide waren dabei schneller als der neue Weltmeister Doyle, dem im Finale gegen Oerstedt schon eine Zeit von 5:42,11 Minuten reichte, um zum zweitenmal nach 1981 den Titel zu gewinnen.

In die Rekordlisten werden die Zeiten allerdings nicht aufgenommen: Offizielle Rekorde werden nur in Solofahrten anerkannt. Gregor Braun war trotzdem zufrieden: „Die fünf Wochen Pause nach meiner Operation haben mir letztendlich gefehlt, um auf dem Treppchen zu stehen", sagte Braun, dem während der Saison ein Furunkel am Gesäß operativ entfernt werden mußte.

So bleibt die Silbermedaille des Münsteraner Profis Dieter Giebken die vorläufig einzige Medaille für die *deutsche Mannschaft. Denn auch der* Verfolgungs-Vierer, stets ein Aushängeschild einer jeden Nation im Bahnradsport, konnte sich nicht auf einem Medaillenrang plazieren. Nach dem WM-Gold von Zürich (1983) mit Gölz-Strittmatter-Günther-Marx und der Bronzemedaille von Los Angeles 1984 stehen die Titelkämpfe in diesem Jahr ganz unter den Vorzeichen eines Neuaufbaus und der langfristigen Vorbereitung auf die Olympischen Spiele in Seoul 1988.

Deshalb bewertete Bundestrainer Hempel den vierten Platz als zufriedenstellendes Ergebnis, zumal auch Olympiasieger Australien und Titelverteidiger Italien nicht die Runde der letzten vier erreichten.

Die Chance auf eine bessere Plazierung wurde möglicherweise durch eine Bronchitis des Berliners Matthias Lange vergeben. Mit dem 23jährigen Lange fuhr das Quartett Günther-Lange-Müller-Alber in der Qualifikation mit 4:18,64 viertschnellste Zeit, besiegte im Viertelfinale Polen. Dann aber mußte Hempel den Böblinger Volker Kirn im (verlorenen) Halbfinale gegen die CSSR einsetzen. Im Rennen um Bronze wechselte er Kirn gegen den Münchner Thomas Dürst – vergeblich.

Nach der Niederlage mit 2,51 Sekunden gegen die CSSR, die im Viertelfinale mit 4:15,15 die bisherige Hochland-Weltbestleistung Deutschlands von 1968 (4:15,76) unterboten hatte, besaß Hempels Quartett im Rennen um Bronze gegen die UdSSR (4:20,12) keine Chance, zumal Dürst vier Runden vor Schluß entkräftet aufgab. „Die Möglichkeiten der Mannschaft sind hier voll ausgeschöpft worden. Sie hat sich gut geschlagen, und wir haben das Loch zur Weltspitze fast gestopft", urteilte Bundestrainer Hempel. Rolf Gölz, einst die Antriebsfeder des Vierers und inzwischen Profi, sagte: „Für mich zählt unser Vierer nach wie vor zur Weltspitze."

Neuer Weltmeister wurde erstmals die CSSR, allerdings erst nach einem Zielfoto-Entscheid, der das ursprüngliche Ergebnis „DDR" mit 4:17,97 vor der CSSR mit 4:18,02 revidierte. Nach genauer Auswertung des Zielfotos fiel der Titel mit 1/100 Sekunde an die CSSR, die offiziell mit 4:17,98 gewann.

GALOPP / Heute wird in Baden-Baden das Spreti-Rennen ausgetragen

Favorit Anatas ist oft verkannt worden

K. GÖNTZSCHE, Baden-Baden

Heute nachmittag, am dritten Renntag der Großen Woche auf der Galopprennbahn in Iffezheim, wird das Spreti-Rennen (Europa-Gruppe III, 76 500 Mark, 45 000 Mark dem Sieger, 2400 m) entschieden. Die deutschen Besitzer, Züchter, Trainer und Jockeys brauchen keine Sorgen zu haben, daß ausländische Gäste abkassieren, das Rennen ist nur für deutsche Pferde ausgeschrieben.

Einer der Favoriten ist Anatas mit Jockey Georg Bocskai. Das gleiche Paar gewann auch 1985, allerdings trug Bocskai bei diesem Ritt noch den Dreß des Traditionsgestüts Schlenderhan. Dessen Gestütsleiter Ewald Meyer zu Düte (69) überraschte nach dem Rennen die Öffentlichkeit mit der Nachricht, das sei Schlenderhans 4000. Sieg gewesen. Heute tritt Anatas in den Farben des Gestüts Ittlingen an. Besitzer Manfred Ostermann aus Witten hat den Hengst zu Saisonbeginn für einen sechsstelligen Betrag erworben, von nicht wenigen Fachleuten wurde er deshalb mitleidig belächelt.

Es wurde vermutet, Ostermann habe sich den ausrangierten Crack eines anderen Gestütsrennstalles andrehen lassen. Ostermann: „Anatas ist in Deutschland stark verkannt worden. Mit ihm werden wir noch viel Spaß bekommen." Kaum hatte er das ausgesprochen, gewann Anatas für ihn auch schon den Grand Prix Prince Rose, das größte Rennen Belgiens im Seebad Ostende.

19 437 Zuschauer wurden am Sonntag, dem zweiten Tag des Meetings, auf der Bahn registriert. Sie erlebten im Fürstenberg-Rennen einen totalen deutschen Triumph, El Salto mit Georg Bocskai gewann vor Tiberius und Arc, der Favorit Zahdam wurde nur Fünfter.

Die deutsche Derby-Zweite Night Line belegte im Grand Prix de Deauville (Gruppe II) einen ausgezeichneten dritten Platz.

Die Arlington-Million in Chicago gewann die Stute Estrapade mit Fernando Toro. Der zuletzt im Großen Preis von Berlin in Düsseldorf von Acatenango geschlagene Hengst Theatrical belegte nur den zehnten Platz unter 14 Startern.

Volleyball: Vor der WM tappt selbst Niemczyk im dunkeln

dpa/sid, Brünn

Dem Gewinn der Goldmedaille bei der B-WM kann der Rückfall in die Mittelmäßigkeit folgen. Nur knapp vier Monate nach dem bislang größten Erfolg in der Geschichte des Deutschen Volleyball-Verbandes (DVV) kalkuliert Bundestrainer Andrzej Niemczyk bei der heute beginnenden Weltmeisterschaft in der CSSR mit einem Rückschlag.

Nach 120 Vorbereitungstagen trifft die deutsche Mannschaft bereits am ersten Vorrundenspieltag auf einen Medaillenkandidaten. In Brünn ist heute um 20 Uhr Vizeweltmeister Peru der erste Gegner für die DVV-Auswahl, die nach dem Gewinn der B-Weltmeisterschaft in personelle Schwierigkeiten geriet.

Sogar Bundestrainer Niemczyk tappt im dunkeln: „Wir sind zwar eindeutig besser geworden, aber wir können wieder nur den 14. Platz wie *der letzten WM in Peru belegen. Das* wäre zwar keine Panne, kann aber zu einem großen Motivations-Verlust bei den Mädchen führen." Niemczyk begründet seinen Pessimismus mit Personalproblemen und den schweren Gegnern in der Vorrunde.

Gleich in den beiden ersten Spielen trifft seine Mannschaft auf zwei Medaillenanwärter. Nach dem Auftaktspiel gegen Peru muß sie morgen gegen den Weltcup-Zweiten Kuba antreten. Dritter Gegner der Vorrunde sind die unberechenbaren Brasilianerinnen. „Bei diesen Gegnern sind die verrücktesten Ergebnisse möglich," sagt Niemczyk, der seine Mannschaft in den vergangenen vier Monaten auf zentralen Positionen neu besetzen mußte.

Nach dem Sieg bei der B-WM in Rom hatten Andrea Sauvigny und *Christa Schubert* ihre *Laufbahn* beendet, vor wenigen Wochen trat auch Karin Baumeister zurück, obwohl sie gerade erst einen Stammplatz in der Nationalmannschaft erkämpft hatte. Darüberhinaus mußte sich die erfahrene Terry Place-Brandel einer Meniskus-Operation unterziehen. Sie hatte bereits zweimal ihren Abschied aus der Nationalmannschaft verkündet, ließ sich jedoch noch einmal zum weitermachen überreden.

Unmittelbar vor Beginn der WM baute der Bundestrainer einem Scheitern allerdings schon vor und ließ wieder einmal einen beim Deutschen Volleyball-Verband (DVV) und seinem Präsidenten Roland Mader (München) schon gefürchteten Schreckschüsse los: „Es wird für mich immer schwerer, zu arbeiten. Die Möglichkeiten, die Mädchen zu *motivieren, sind ausgeschöpft.*" Grund für den Niemczyk-Frust ist das schon viel diskutierte, aber immer noch nicht in die Tat umgesetzte Sozialmodell mit einer geplanten Optimal-Förderung für die Aktiven. „Bisher ist nichts geschehen. Zwei Jahre gab es nur leere Versprechnungen", kritisierte Niemczyk und setzte noch eins drauf: „Wir stehen nahe am Abgrund. Tote Menschen brauchen kein Geld mehr."

Nur in Punkto Vorbereitung blieben für den Trainer keine Wünsche offen. Rund 120 Lehrgangstage mit 41 Vorbereitungs-Spielen brachte das verjüngte DVV-Team hinter sich. Nach dem Ausstieg der beiden Hauptangreiferinnen Karen Baumeister und Andrea Sauvigny ist die Mannschaft allerdings nicht mehr mit jener zu vergleichen, die im Mai *in Italien mit dem Gewinn der B-WM* stark auftrumpfte.

Obwohl Niemczyk beim genauen Nachmessen feststellte, mit einer Durchschnittsgröße von 1,795 m die längsten Spielerinnen unter seiner fünfjährigen Regie zu haben, setzt das auf 22 Jahre gesunkene Durchschnittalter ein Fragezeichen: „Man wird dieser Mannschaft noch zwei Jahre geben müssen".

Titelverteidiger China gilt in der CSSR als Favorit. Seit 1981 hat das Team mit Weltcup (zweimal), WM und Olympischen Spielen alle großen Turniere gewonnen. Bereits in der Vorrunde treffen die Asiatinnen auf Europameister UdSSR, der neben Kuba und Peru als größter Konkurrent gilt.

NACHRICHTEN

Boykott durch Nordkorea

Seoul (dpa) – Drei Wochen vor Eröffnung der Asienspiele in Seoul hat Nordkorea seinen Boykott erklärt. Die Partei-Zeitung „Rodong Sinmun" wirft Südkorea einen „politischen Mißbrauch" der 10. Asienspiele und Verletzung des olympischen Geistes vor. Im Internationalen Olympischen Komitee (IOC) wurde damit die Sorge verstärkt, daß Nordkorea auch die Olympischen Spiele 1988 in Seoul boykottieren wird.

Rekord durch Nerlinger

Cardiff (sid) – Beim Weltcup-Turnier der Gewichtheber in Cardiff/Wales verbesserte der Olympiadritte Manfred Nerlinger (Neuaubing) den von ihm selbst gehaltenen deutschen Rekord im Stoßen um 0,5 kg auf 243 kg.

Gründel: Comeback?

Hamburg (sid) – Stürmer Heinz Gründel vom Hamburger SV hält ein Comeback in der Fußball-National*mannschaft für möglich.* Aus Verärgerung über seine Nicht-Nominierung für die Weltmeisterschaft hatte er vor wenigen Wochen seinen Rücktritt erklärt, äußerte jetzt jedoch seine Bereitschaft zu einem klärenden Gespräch mit Teamchef Beckenbauer.

Kandidaten in Darmstadt

Darmstadt (sid) – Lothar Buchmann (zuletzt Karlsruher SC) und Eckhard Krautzun (zuletzt Karlsruher SC) sind als Nachfolger des Trainers Udo Klug beim Fußball-Zweitligaklub Darmstadt 98 im Gespräch. Klug war am vergangenen Wochendende zum Bundesliga-Aufsteiger FC Homburg gewechselt.

Mehr Kompetenz für Beck

Bonn (dpa) – Das Präsidium des Deutschen Fechter-Bundes (DFeB) erweiterte jetzt die Kompetenzen für Bundestrainer Emil Beck (Tauberbischofsheim) und ernannte ihn zum Cheftrainer für alle Waffen. Beck war bisher nur für die Disziplinen Herren-Florett und Degen zuständig, wird künftig jedoch auch die Koordination und Trainingsplanung im Damen-Florett und Säbel übernehmen.

Wechsel nach Bonn

Tauberbischofsheim (dpa) – Die beiden Degenfechter Achim Bellmann und Arnd Schmitt wechseln mit sofortiger Wirkung vom Bundesleistungszentrum Tauberbischofsheim zum Stützpunkt Bonn. Das Präsidium des Deutschen Fechter-Bundes (DFeB) gab jetzt seine Zustimmung zu einem entsprechenden Antrag der Athleten.

Schach: Pause beendet

Moskau (dpa) – Die zweite Hälfte des Schach-Weltmeisterschaftskampfes zwischen Titelverteidiger Garri Kasparow und Herausforderer Anatoli Karpow wird morgen in Leningrad eröffnet. Nach den ersten zwölf Partien, die in London ausgetragen wurden, führt Kasparow mit 6,5:5,5 Punkten.

ZAHLEN

TENNIS

US-Open in Flushing Meadow, Herren, 3. Runde: Becker (Deutschland) – Casal (Spanien) 7:5, 6:4, 6:2, Nystroem (Schweden) – Jelen (Deutschland) 5:7, 4:6, 6:3, 6:0, 6:2, Wilander (Schweden) – van Rensburg (Südafrika) 5:7, 6:3, 6:4, 6:4, Witsken – Connors (beide USA) 6:2, 6:4, 7:5, Donnelly (USA) – Jarryd (Schweden) 6:3, 5:7, 6:1, 6:3, Mecir (CSSR) – Edwards (Südafrika) 6:0, 6:3, 6:3, Srejber (CSSR) – Yzaga (Peru) 3:6, 6:1, 6:4, 6:2, Anger – Gullikson (beide USA) 3:6, 6:4, 4:6, 6:4, 6:4. – Damen, 3. Runde: Kohde-Kilsch (Deutschland) – Durie (England) 6:2, 6:3, Evert-Lloyd – Fernandez (beide USA) 6:4, 6:2, Lindqvist (Schweden) – Scheuer-Larsen (Dänemark) 3:6, 6:2, 6:0, M. Maleewa (Bulgarien) – Benjamin (USA) 7:6, 6:3, Sukova (CSSR) – Bonder (USA) 6:2, 6:0, Mandlikova (CSSR) – Reinach (Südafrika) 6:4, 6:2. – Doppel, 2. Runde: Kohde-Kilsch/Sukova – Reynolds/Smith (USA) 6:4, 6:3, Pfaff/Temesvari (Deutschland/Ungarn) – Collins/Wade (England) 6:3, 6:3.

EISHOCKEY

Freundschaftsspiele: Schwenningen – Düsseldorf 6:4, Freiburg – Vitbovice 2:6, Duisburg – Iserlohn 2:11, Köln – Mannheim 3:4.

RAD

Weltmeisterschaften in Colorado Springs, 5000 m, Endlauf: 1. Doyle (England) 5:42,112 Min., 2. Oersted (Dänemark) 5:44,058, 3. Platz: 1. Worre (Dänemark) 5:41,144, 2. Braun (Deutschland) 5:41,933. – Mannschaftsverfolgung, 4000 m: Endlauf: 1. CSSR 4:17,98, 2. „DDR" 4:17,99; 3. Platz: 1. UdSSR 4:20,12, 2. Deutschland 4:22,41.

KUNSTTURNEN

Weltpokal in Peking, Männer, Boden: 1. Li Ning (China) 19,60 Punkte. – Seitpferd: 1. Li Ning 19,85. – Ringe: 1. *Moglini und Koroljew* (beide UdSSR) 19,70. – Sprung: 1. Kroll („DDR"), Koroljew und Zhiqiang (China) alle 19,475. – Barren: 1. Zhiqiang und Mogilni (beide 19,80. – Reck: 1. Koroljew 19,70.

GOLF

Offene Deutsche Meisterschaft in Düsseldorf-Hubbelrath (Par 72): 1. Langer (Anhausen) 75+65+66+67=273 Schläge nach Stechen auf 5. Extra-Loch (83 300 Mark), Davis (Australien) 68+73+65+64 (Platzrekord)=273 (55 500 Mark), 3. McNulty (Zimbabwe) 67+72+69+67=275 und Lyle (Schottland) 70+71+68+66=275 (je 28 150 Mark)... 10. Ballesteros (Spanien) 69+69+73+68=279 (9266 Mark),... 47. Thül 72+72+75+75=294 (2500 Mark),... 54. Schieffer (beide Hubbelrath) 72+75+72+77=296 (bester Amateur),... 65. Giedeon (Much) 71+75+78+78=302 (1300 Mark).

GEWINNZAHLEN

Auswahlwette „6 aus 45": 8, 18, 27, 37, 41, 44, Zusatzspiel: 22. (Ohne Gewähr).

Ein Hand-Wörterbuch entlarvt Euphemismen

Was bedeutet „Klasse"?

Der Titel ist noch derselbe. Und die Herausgeber sind es auch. Trotzdem ist es ein neues Buch – jedenfalls in wesentlichen Teilen. 104 Stichworte umfaßt jetzt das „Politisch-pädagogische Handwörterbuch", das von Peter Gutjahr-Löser und Klaus Hornung herausgegeben wurde. Das sind gut ein Drittel mehr als in der ersten Ausgabe vor sechs Jahren. Die Zahl der Autoren hat sich um 21 auf 71 erhöht (und nur drei sind nicht mehr dabei).

Das Spektrum reicht von „Abschreckung" bis zur „Zeitgeschichte als Faktor der politischen Bildung". Dabei geht es den Herausgebern vor allem um eine Klärung der Begriffe. Viele Stichwörter greifen deshalb



Vokabeln auf, die inzwischen zu Fetischen in der politischen Auseinandersetzung geworden sind. Bei dem Versuch einer präzisen Eingrenzung ihrer Bedeutung stellt sich nämlich heraus, daß sie vage und mehrdeutig sind, oft auch nur als Signal für das „richtige Bewußtsein" (ein linkes, marxistisches natürlich) dienen, nicht aber Informationen vermitteln.

So entwickelt sich der Versuch, „Klasse" zu erklären, zur Demontage eines gängigen Begriffs. Weder Marx noch Engels haben dieses Wort, das einer der Stützpfeiler der marxistischen Theorie ist, klar definiert, vielmehr höchst unterschiedlich benutzt. Auch ihre Nachfolger, die in den „Klassenkämpfen unserer Zeit" vorgeben, zu wissen, welches die siegreiche „Klasse" sei, begnügten sich stets damit, ihre Feinde als die „von der Geschichte zum Untergang bestimmte Klasse" zu bezeichnen.

Eine ähnliche Unbestimmtheit kennzeichnet den Begriff „Sozialismus". Auch da erweist sich der angeblich konkrete Begriff als ein „Phantom des gut Gemeinten", wenn der Versuch unternommen wird, ihn aus den Höhen des Theoretisierens in die Niederungen politischer Praxis zu holen. Und bei der vielbeschworenen „Aufklärung" wird deutlich, daß sie – nicht als historische Epoche, sondern als Teil des modernen Jargons – sich geradezu in ihr Gegenteil verkehrt, wenn sie von einem ideologieverhafteten Denken (dem Marxismus oder der „Kritischen Theorie") beansprucht wird.

Im Gegensatz zu vielen „Realpolitikern", die um des lieben Friedens und diplomatischer Scheinerfolge willen gern Worte für die Wirklichkeit nehmen, hält sich das Handwörterbuch an die politischen Realitäten. So erinnert es bei dem Stichwort „Totalitarismus" daran, daß es nicht auf die Deklarationen, wie eine Gesellschaft angeblich ist oder werden soll, ankommt, sondern auf die tatsächlichen Zustände jenseits aller Rechtfertigungsideologien. Und dabei stellt sich dann heraus, daß in der politischen Praxis nur geringfügige Unterschiede zwischen Faschismus, Nationalsozialismus und Kommunismus zu erkennen sind.

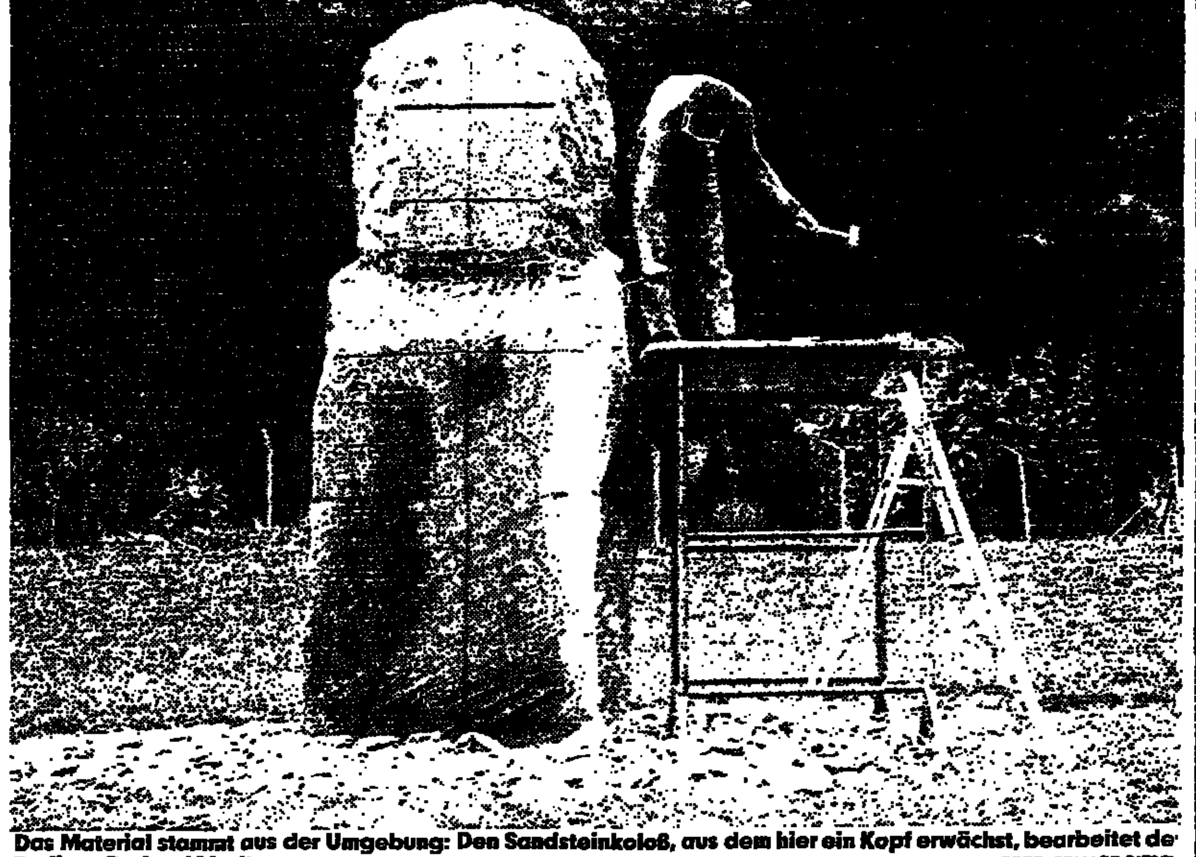
Zu Recht erscheinen auch „Friede" und „Friedliche Koexistenz" als getrennte Artikel, die nicht einmal aufeinander verweisen. Denn die „Friedliche Koexistenz" ist – durchaus systemimmanent erklärt – eine weltpolitische Strategie, mit deren Hilfe das „sozialistische Weltsystem" machtpolitisch ein Übergewicht zu gewinnen trachtet. Mit dem Streben nach Frieden hat sie also nichts zu tun.

Dieses Entlarven der Euphemismen und Tarnbegriffe ist allerdings nur ein Ziel des Wörterbuches. Das andere ist das Bekenntnis zu einer Werteerziehung gegen jegliche Konfliktpädagogik. So wird z. B. „Autorität" nicht mit „autoritär", also der Forderung nach blinder Gefolgschaft für eine nicht-legitimierte Herrschaft vermengt, sondern als in der Erziehung unentbehrliche Vorbild- und Führungsaufgabe erkannt. Entsprechendes gilt für die oft zur Leerformel herabgewürdigte „Verantwortung".

Aus der Summe der Begriffsklärungen ergibt sich als Grundidee dieses Handbuches, daß in der Erziehung „nicht nur Werte des Einzelnen, sondern vor allem auch die staatliche Gemeinschaft tragenden Werte zu vermitteln" sind, wobei der Religion als umfassender Orientierungsrahmen menschlichen Wertbewußtseins eine wesentliche Bedeutung zukommt.

PETER JOVISHOFF

„Politisch-pädagogisches Handwörterbuch", herausgegeben von Peter Gutjahr-Löser und Klaus Hornung, Verlag R. S. Schulz, Percha, 539 S., 38 Mark



Das Material stammt aus der Umgebung: Den Sandsteinkoloß, aus dem hier ein Kopf erwächst, bearbeitet der Berliner Gerhard Moritzen FOTO: EDUARD RIEBEN

Skulpturen, die auf der Wiese wachsen: Bildhauer-Symposion in Burgdorf

Kunst vor den Augen der Passanten

Im Berner Landstädtchen Burgdorf findet derzeit das 3. Internationale Bildhauer-Symposion statt, wobei sich die Internationalität auf sechs Länder beschränkt. Die Teilnehmer kommen aus der Schweiz (Ueli Gerber, Paul Louis Meier, Max Roth, Hans Thomann), aus der Bundesrepublik (Gerhard Moritzen), der „DDR" (Wolfgang Friedrich) und Österreich (Josef Adam Moser). Olavi Lanu aus Finnland und die in England lebende Brasilianerin Ana Maria Pacheco vervollständigen das Symposium auf der grünen Wiese. Die vorwiegend jüngeren Künstler gehören zwar nicht zur Weltprominenz, haben aber zumindest in ihrem Herkunftsland einen guten Namen.

Sandstein und Holz – das waren die Werkstoffe, die bei den beiden vorhergehenden Bildhauertreffen vorgeschrieben waren. Diesmal wurde es den Künstlern freigestellt, mit welchen Materialien sie das gestellte Thema „Der Mensch" bearbeiten sollten. Wie unterschiedlich sie mit Stein, Holz und Beton umgehen, läßt sich nun auf der Burgdorfer „Schützenmatte" von Tag zu Tag verfolgen.

Das größte Stück bearbeitet der junge Berliner Gerhard Moritzen: einen aus einem Steinbruch der Umgebung stammenden Sandsteinbrokken, aus dem ein monumentaler Kopf herauswachsen soll. Auch Ana Maria Pacheco hat den ortsheimischen Stein gewählt für ihre Menschengruppe. Viel härter zu bearbeiten ist der Jurakalk, aus dem der ostdeutsche Wolfgang Friedrich ein Halbrelief meißelt. Mit Stein arbeitet auch der Berner Ueli Gerber, mit Holz dagegen sein Landsmann Max Roth, der Bretter aussägt und zu einer „Schiffsfrau" verleimt. „Auf den Ort eingehen" will der Österreicher Josef Adam Moser, indem er zwei Figuren aus Eichenwürfeln aufschichtet und dann in die Wiese hinein umstößt.

Der junge Luzerner Paul Louis Meier formt seine Figuren aus armiertem Beton, der St. Galler Hans Thomann schneidet sie aus Kunststoff-Schaum. Aufwendig ist die Technik des Finnen Olavi Lanu: Er überspannt auf dem Rasen verteilte Profile mit Drahtgitter und Folie und formt darauf seine Landschaftsskulptur aus einem Gemisch von Kieselsteinen und Kunststoff.

Dabei hat er fast den ganzen Tag Zuschauer, wie seine Kollegen auch. Hier findet Kunst nicht im luftleeren Raum statt, sondern mitten unter der Bevölkerung: Spaziergänger mit Hunden, Hausfrauen mit Einkaufskörben, trainierende Sportler bleiben stehen, stellen Fragen. Ein Stadtpolitiker kommentiert das Ereignis: „Man kann sicher nicht sagen, daß die Leute hier mehr Verständnis haben für zeitgenössisches Kunstschaffen als anderswo. Aber sie haben Respekt vor Arbeit." Deshalb wohl gibt es – im Unterschied zu den meisten anderen Freilichtausstellungen – bisher in Burgdorf keine Vandalenakte. Und am großen Abschlußfest werden auch Leute mitfeiern, die sich selten in ein Kunstmuseum verirren. (Begleitausstellung und Katalog in der Burgdorfer Galerie H.)

MARIE-LOUISE ZIMMERMANN

W. Bruyninckx umfangreiche Jazz-Discographie

Swingender Stammbaum

Was für Briefmarkensammler der „Michel-Katalog" und für Freunde alter Bücher der „Wilpert-Gühring" ist, das waren bis jetzt für Jazz-Freunde die Discographien von Brian Rust („Jazz-Records") und von Charles Delauney („Hot Discography"). Diese verdienstvollen und immer wieder neuaufgelegten Standardwerke discographischer Forschung aus England beziehungsweise Frankreich werden allerdings in Kürze überholt sein.

Sehr zur Freude der Sammler. Denn die umfangreichen und teuren Bücher sind inhaltlich nicht nur zeitlich begrenzt. Rust verzeichnet ausschließlich Jazz-Titel bis zum Aufnahmebann der amerikanischen Musikergewerkschaft (1942) und Delauney nur bis 1947. Beide verstanden sich vor allem aber auch als Puristen: Was nicht reinrassig jazzig ist, was als „kommerziell" gilt (z. B. die Platten des Orchesters Glenn Miller), fand bei ihnen keine Aufnahme. Doch angesichts der Fülle neuer Titel und der ab 1945 einsetzenden Stilveränderungen war eine Erweiterung der Standard-Discographien wenig sinnvoll.

Personal-Discographien bieten sich zwar an, aber die meist teuren Einzelwerke (160 Mark muß man z. B. für das Benny-Goodman-Werkverzeichnis hinblättern) können nur Spezialsammler erfreuen. Wer sich dagegen für traditionellen Jazz, Swing, Bebop oder Modern Jazz insgesamt interessiert, mußte sich auf die oft unzulänglichen Angaben auf Plattenhüllen verlassen.

Das ist nun nicht mehr notwendig. Der Belgier Walter Bruyninckx hat sein in Jahrzehnten zusammengetragenes Material aufgesplittet und bietet es im Eigenverlag und in Einzelbänden an. Rund 100 Mitarbeiter belieferten ihn mit Daten und Angaben. Dadurch konnte der Autor ein wirklich umfassendes und, wie man feststellen kann, äußerst präzises und zuverlässiges Nachschlagewerk vorbereiten. Nicht nur Sammler, auch Musikwissenschaftler werden seine Arbeit zu würdigen verstehen. Lassen sich doch damit Legenden und Fehldeutungen zur Jazz-Historie präzise widerlegen und klären.

Die ersten Teile liegen jetzt vor: „Swing 1920–1985" (die Reihe soll zwölf Bände umfassen, zwei sind schon erschienen), „Modern Jazz – Bebop/Hard Bop/Westcoast" (fünf der geplanten sechs Bücher sind lieferbar), „Progressive Jazz" (für fünf Bände angelegt, drei liegen vor), „Modern Bigbands" (der erste Band von zweien ist lieferbar). Vier Bände „Singers and Crooners" werden die Jazz- und jazzverwandten Vokalisten dokumentieren; traditioneller (New Orleans- und Dixieland-)Jazz wird in fünf Bänden erfaßt. Musiker- und Titelregister (für einzelne Partien) sollen den Abschluß dieses Mammutunternehmens mit rund 14 000 Seiten bilden. Jeder Band wird 29,80 Mark kosten.

Nach Deutschland finden die Discographien ihren Weg über einige Schallplattengeschäfte oder durch den Jazzbuch-Versand Norbert Rükker in Schmitten. Den Weg von Deutschland in die USA fand ein Jazz-Werk von Peter von Bartkowski. Sein neu konzipierter Jazz-Stammbaum „The Jazz Family Tree" (Heinrichshofen Edition New York, 9,80 Mark) erfreut jetzt die amerikanischen Jazzfans. Der Erfolg seines Werkes, das mit Hunderten von Namen und Daten die Geschichte des Jazz als Baum darstellt, überrascht den Autor selbst: „Es ist, als hätte ich Eulen nach Athen getragen."

GERHARD KLUSSMEIER

KULTURNOTIZEN

Dem Ruhrgebiet ist eine Ausstellung von Bildern Fritz Gratzkis gewidmet, die der Kommunalverband Ruhrgebiet vom 5. September bis 30. Oktober in seiner R-Galerie zeigt.

Zum ersten Oldtime-Jazzfestival am 5. September in Neuss haben sich sechs Bands angesagt, darunter das britische „Pasadena Roof Orchestra".

Eiszeitliche Findlinge, Vulkanbrocken und Kristalle aus 350 Millionen Jahren Erdgeschichte hat der Revierpark Mattlerbusch in Duisburg zusammengetragen.

Die Lyrikerin Joyce Mansour ist im Alter von 58 Jahren in Paris gestorben.

Durch ein Versehen ist auf der ersten Seite der „Geistigen Welt" vom 30. August die Bibliographie des Buches von Bernhard Schütz über „Balthasar Neumann" fortgelassen worden: Herder Verlag, Freiburg. 192 S., zahlr. Abb., 68 Mark.

Die zotteligen Gesellen mit den großen Pranken

Begegnung mit Bären

John Sefton wollte Waldbeeren sammeln. Sein Holzfäller-Camp lag am Rivers-Inlet, gut 500 Meilen nördlich von Vancouver. Er legte mit seinem Boot an und stieg ins Unterholz. Vom Vorjahr wußte er noch einen guten Platz, wo er Beeren gesammelt hatte. Doch diesmal sollte es anders kommen. Beim Brechen der Zweige hatte er wohl das ängstliche Fieben von zwei Cups, Bärenjungen, überhört. Doch nicht das Muttertier. Als er auf die freie Fläche hinaustrat, stürzte sich die Grizzlybärin wutentbrannt auf ihn. Mit einem mächtigen Prankenhieb schleuderte sie ihn zur Seite. Sefton verlor die Besinnung, den Biß im Oberschenkel spürte er schon nicht mehr.

Als er wieder zu sich kam, lag er blutüberströmt im Dickicht. Kein Bär war mehr zu sehen. Er schleppte sich zum Boot, kroch hinein und warf

Expeditionen ins Tierreich – ARD, 20.15 Uhr

den Motor an. Auf dem Wasser wurde er erneut besinnungslos. Kameraden sahen das ständig kreisende Boot im Fjord. Sie fuhren hinaus und holten den bös Zugerichteten ins Camp. Über Funktelefon wurde ein Wasserflugzeug angefordert, das ihn ins nächste Krankenhaus flog. Er wurde gerettet.

Unfälle dieser Art sind in den Rokky Mountains bis hinauf nach Alaska nichts Ungewöhnliches. Es vergeht kaum ein Jahr, in dem nicht Menschen durch Bären angefallen werden. Wer ist schuld daran, der Mensch oder der Bär?

Der bekannte Tierfilmer Heinz Sielmann hat diesmal seine „Expeditionen ins Tierreich" den Verhaltensweisen verschiedener Bärenarten gewidmet. Er macht deutlich, daß es oftmals menschliches Versagen im Umgang mit wildlebenden Tieren ist, das zur Katastrophe führt. Da ist häufig Unkenntnis, mangelnde Vorsicht oder gar Leichtsinn im Spiel. Auch der Großbär meidet den Menschen. Hört er ihn oder bekommt er seine Witterung, geht er ihm aus dem Weg. Nur wenn er sich bedroht fühlt, greift er sofort an.

Unsere Welt ist arm geworden, auch an den zotteligen Gesellen, die für Märchen und Sagen als Vorlage dienten. Sielmann hat mit seinem Kamerateam auf drei Kontinenten die Verhaltensweisen von Bärenarten aufgezeichnet. In Ausstralien den Koalabären, in Deutschland die letzte bei uns lebende Art dieser Tiere, den Waschbären. In Nordamerika den Baumbären, der vor einem halben Jahrhundert auch in Europa heimisch wurde. Sein großer Vetter, der Braunbär, ist dagegen bei uns ausgerottet. Der letzte wurde schon 1835 in den Alpen bei Ruhpolding geschossen. Gering sind auch die Überlebenschancen für den Panda in China, dem schlechte Witterungsbedingungen zunehmend die Futtergrundlage rauben. Auf Termiten hat es vor allem der Lippenbär abgesehen, der auf Ceylon und in Indien noch heimisch ist. Unter allen Bärenarten ist wohl der Eisbär jener mit der ungewöhnlichsten Lebensweise. Den Menschen mag er gar nicht und hält möglichst viele Kilometer Distanz zu ihm. In



Nur noch der Waschbär ist bei uns, in Deutschland, heimisch FOTO: DPA

den Hütten der Eskimos wird vom „Herrn des Eises" respektvoll gesprochen.

Heinz Sielmann bringt uns eindrucksvolle Szenen aus der Welt der Bären in unsere Wohnstuben, bis hin zum Kampf untereinander. Seine beeindruckenden Aufnahmen erschließen uns die Lebensweise von Tieren, die zwar schon dem Kleinkind als Teddy vertraut sind, die wir aber doch in den seltensten Fälllen in freier Natur zu Gesicht bekommen. Für jene Fernreisenden, die die Gelegenheit dazu haben, gibt er Ratschläge, wie sie sich bei einer Begegnung mit Bären verhalten sollten.

Sein Bärenfilm ist sicherlich eine Bereicherung des Fernseh-Abendprogramms, nicht zuletzt auch, weil er uns mit einer Tierart vertraut macht, dessen Lebensraum von und vor uns beschützt und bewahrt werden sollte.

SIEGFRIED IHLE

KRITIK

Metro, Musette oder Mozart?

Wer das Fernsehen näher betrachtet, der entdeckt, daß dort eine Art „Fluch des Pharao" west. Er gilt nicht Grabschändern, sondern Häuptlingen des Mediums, er straft nicht den Frevel wider die letzte Ruhe, sondern Anschläge gegen den ersten Abendschlaf. Beispiel Roman Brodmann. Weil Altmeistern wie ihm („Der Polizeistaatsbesuch") niemand mehr ein Maß vorgibt und Grenzen setzt, geraten Filme zu faden Dreiviertelstündern, die mit 25 Sendeminuten hätten schön rank und schlank werden können. Brodmanns Thema **Metro – Der unheimlich menschliche Untergrund** und Brodmanns Kameramann waren gewiß ohne Fehl und Tadel.

Es lohnt sich ja, in die U-Bahn-Schluchten einer großen Stadt zu steigen, um festzustellen, wer heute dort sein Wesen treibt. Schließlich ist unendlich viel geschehen, unter der Erde wie über derselben, seit die erste dampfbetriebene Untergrundbahn im Jahre 1870 fauchend und pustend durch London ächzte. 1896 folgte, nun schon elektrifiziert, die U-Bahn in Budapest. 1900 eröffnete die Pariser Metro, 1902 Berlin. Eine der berühmtesten Untergrundbahnen, die New Yorker, mittlerweile die berüchtigste, ging erst 1904 in Betrieb, und die schönste von allen, die Moskauer U-Bahn, wurde gar erst im Jahre 1935 eingeweiht.

Noch immer, wie zur Gründerzeit, wird die Arbeitskraft der Massen unter der Erde an die Standorte der Maschinen gebracht, auch wenn das Auto inzwischen einen eigenen Anteil an diesem Transport erobert hat. Und noch immer ist die U-Bahn „keine Stätte der Begegnung" (Brodmann), obwohl die Pariser Metro alles tut, Stationen und Züge mit Farbe und Licht attraktiv zu machen. Bettler, Penner und Punker, Hausierer, Stadtmusikanten und Prestidigitateure reagierten positiv. Doch diese „Humanisierung der Metro" vermochte den Charakter der Zweckmaschine nicht zu ändern. Musette oder Mozart – Brodmann brauchte für diese Feststellung ein wenig zu lange.

HORST STEIN

STUDIO

Der **Sender Freies Berlin** (SFB) soll nach Vorstellung seines neuen Intendanten, Günter Herrmann, der gestern sein Amt angetreten hat, ein zusätzliches, viertes Hörfunkprogramm mit vorwiegend leichter Unterhaltungsmusik anbieten. Es könne vielleicht schon am 1. Januar 1987 gestartet werden, sagte Herrmann in einem Interview mit der Fachkorrespondenz „epd/Kirche und Rundfunk". Zunächst müsse jedoch die gesamte Strukturreform des Hörfunkprogramms im Rundfunkrat, im Personalrat und im Redakteursausschuß beraten werden. Dem Rundfunkrat werde noch in diesem Monat eine umfassende Vorlage unterbreitet werden. (epd)

*

Mit ihren beiden TV-Kanälen, **„DDR" 1** und **„DDR" 2**, scheint die SED nicht zufrieden zu sein. Im „DDR"-Journalistenblatt fand sich jedenfalls jetzt, berichtet das Informationsbüro West, eine geharnischte Kritik am Leistungsstand. Verbandschef Eberhard Heinrich sprach davon, Leser und Zuschauer wollten „noch besser informiert werden, um mitreden zu können" – (was diejenigen, die West-TV sehen, offenbar besser vermögen . . .). Deshalb seien „neue Anstrengungen" gefragt. Außerdem müsse diskutiert werden, „wie wir Mittelmaß und Langeweile ausmerzen, wie wir das politisch richtige auch immer journalistisch wirksam in unseren Medien sagen". Es gehe zudem um die „Vermittlung des richtigen Bewußtseins von der internationalen Lage, die äußerst widerspruchsvoll ist." Was man in Ostberlins „Aktueller Kamera" nicht ohne weiteres erkennen kann . . . (hrk)

*

Der private Hörfunksender **Radio Schleswig-Holstein** (RSH) wird in seinem Verbreitungsgebiet nach Angaben von Programmdirektor Hermann Stümpert von mehr Radiohörern bevorzugt als jede der Wellen des Norddeutschen Rundfunks (NDR). Dieses „sensationelle Ergebnis", erklärte Stümpert, hat eine erste Höreranalyse der Gesellschaft für Konsum-, Markt- und Absatzforschung e.V. (GfK) ergeben. Auf die Frage nach dem „bevorzugt gehörten Radioprogramm" nannten 41 Prozent RSH, 40 Prozent NDR 2, 13 Prozent NDR 1, drei Prozent NDR 3 und ein Prozent Deutschlandfunk. Befragt waren über 1000 Hörer in den ersten beiden Augustwochen. RSH hatte am 1. Juli als erster privater Hörfunksender in Deutschland, der landesweit ein 24-Stunden-Programm ausstrahlt, den Betrieb aufgenommen. (dpa)

ARD



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.45 Info: Gesundheit
10.00 Tagesschau
Tagesthemen
10.23 Berufswahl heute
10.50 Matilda
12.10 Abenteuer Eisenbahn
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

14.50 Klamottenkiste
15.05 Unsere kleine Farm
15.50 Tagesschau
16.00 Frauengeschichten
Ansichten der Fotografin Digne Meller Marcovicz
Von Christa Auch-Schwelk
Seit fast 30 Jahren ist Digne Meller Marcovicz freie Pressefotografin, davon seit 20 Jahren für den „Spiegel". Wie kaum eine andere Fotografin hat sie die Entwicklung der Bundesrepublik kommentiert.
16.45 Spaß am Dienstag
17.45 Tagesschau
17.55 Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Expeditionen ins Tierreich
Meister Petz und Familie
21.00 Report
Themen: Die Strahlenschutzverordnung – Ein Blendwerk? Keine Lobby für Entmündigte – Ein österreichisches Gesetz als Vorbild. Wechseltransporte: Chemie hin – Fruchtsäfte rück. In Deutschland erlaubt, in Schweden verboten: Novalgin
21.45 Dallas
22.30 Tagesthemen
23.00 Kulturwelt: Kunstgeschäfte
0.00 Tagesschau
0.05 Nachtgedanken

16.00 heute
16.04 Pinnwand
16.20 Pfiff
Sportstudio für junge Zuschauer
Mit Sabine Noethen
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.45 Ein himmlisches Vergnügen
Anschl.: heute-Schlagzeilen
18.20 Mein Gästebuch
Anja Kruse zu Gast bei Guido Baumann
19.00 heute
19.30 Milch – ein besonderer Saft
Über Wege und Umwege eines Lebensmittels
Bericht von Jürgen Vogt
20.15 Engel der Gejagten
Amerikanischer Spielfilm (1951)
Mit Marlene Dietrich
Regie: Fritz Lang
21.42 Mach mit – der Umwelt zuliebe
21.45 heute-journal
22.05 Sport-Reportage
Fußball-Bundesliga
4. Spieltag
22.35 Eingefahrene Träume
Dokumentarfilm
Hobby-Eisenbahner in Kalifornien
23.50 Sport-Reportage
Volleyball-WM der Damen
Aufzeichnung aus Brünn
0.20 heute

III.

WEST
18.30 3:0 für die Bärte
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Auslandsreporter
Eine Reise im indischen Orient-Expreß mit Hilary Minster
20.45 Rückblende
Vor 40 Jahren gestorben: Paul Lincke – Berliner Musike
21.00 Der Forellenhof
21.55 Man-Eater
Von Tigern und Opfern
Film von Christian Sterley
22.40 Wolfgang Amadeus Mozart
Missa c-Moll KV 427
23.40 Nachrichten

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Rockpalast
Ideal. Fehlfarben
19.15 Kindsein ist kein Kinderspiel
Massenhafte Arbeitslosigkeit, Atomreaktor-Katastrophen – was erwarten und erhoffen sich Jugendliche da von ihrer Zukunft?
20.00 Tagesschau
20.15 Breyten Breytenbach
Von Hennie Serfontein
Breyten Breytenbach ist einer der bedeutendsten südafrikanischen Dichter weißer Hautfarbe. Seit seinem Buch „Wahre Bekenntnisse eines Albino-Terroristen" wurde er zur Symbolfigur für den weißen Widerstand gegen die Apartheidpolitik des Regimes.
21.00 Einer fehlt beim Kurkonzert
Von Jürgen Roland
Mit Hans Putz, Jana Novakova, Lale Andersen, Jürgen Draeger
Regie: Jürgen Roland
22.15 Kino-Werkstatt
Moderation: Jürgen Kritz, Michael Strauven
23.15 Nachrichten

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.32 Rockpalast
Ulla Meinecke
19.20 Hessenschau
Ab 20.00 Uhr: wie NORD

SÜDWEST
18.00 Sesamstraße
18.30 Schwarzes Theater
18.33 Zoos der Welt: Neapel
18.58 Schlagzeilen
19.00 Abendschau/Blick ins Land
19.26 Sandmännchen
19.30 Der Samenkrieg
Beobachtungen im Agro-Busineß
21.00 Aktuell/Neues
21.15 Zehn – Die Traumfrau
Amerikanischer Spielfilm (1979)
Regie: Blake Edwards
23.15 Mietrecht
Nebenkosten – Nebensache?
23.45 Nachrichten

BAYERN
18.15 Familienjournal
18.45 Rundschau
19.00 Bürgerforum
19.55 Das historische Stichwort
Vor 70 Jahren: Die Schlacht um Verdun erstarrt im Stellungskrieg
20.00 König Ludwig I. von Bayern
3. Der Monarch und das Volk
20.45 Die Sprechstunde
Zeugung im Reagenzglas
21.30 Rundschau
21.45 Süßer Vogel Jugend
Amerikanischer Spielfilm (1962)
Mit Paul Newman, Geraldine Page
Buch, Regie: Richard Brooks
23.40 Rundschau

SAT 1
15.00 Marco
Anschließend: Secret Squirrel
15.30 Lassie
16.00 US-Open aus Flushing Meadow
Die Spiele der Nacht
17.00 Tarzan
Jai darf nicht sterben
Anschließend: Supercharge
17.50 APF-blick
18.00 US-Open live aus Flushing Meadow
21.05 Airwolf
21.50 APF-blick
Aktuelles, Show und Künste, Sport, Quiz und Wetter
22.35 F. A. Z. etten
Fiat und seine Bedeutung für Turin
23.05 Starsky & Hutch
23.55 APF-blick
0.05 Mörder ohne Maske
Amerikanischer Kriminalfilm (1953)
Mit Robert Mitchum
1.25 US-Open live aus Flushing Meadow



19.00 Tod in Frankfurt
Die Drogenszene
19.45 Recht für jeden
Moderation: Tilman Steiner
20.00 Tagesschau
20.15 Ein kurzes Leben lang
Beginn einer 14teiligen Fernsehserievon Detlef Michel
Mit Evelyn Meyka, Achim Strietzel
Regie: Peter Wehage
21.05 Die Panne
Von Friedrich Dürrenmatt
Regie: Fritz Umgelter
22.35 Blüten im Staub
Amerikanischer Spielfilm (1941)
Regie: Mervyn Le Roy
0.10 Nachrichten



18.00 Mini-ZiB
18.10 OKAY
Jugend-TV-Illustrierte
19.00 heute
19.20 3SAT-Studio
19.30 Familie Merian
Regie: Walter Davy
20.15 auslandsjournal
Moderation: Stephan Hallmann
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.45 Club 2
Anschließend: Nachrichten



18.15 Deutsche Szene/Regional 7
18.35 Hans-Werner kauft alles
18.53 7 vor 7
19.22 Karlchen
19.30 Das Tal der Pappeln
19.55 Mini-Max
20.15 RTL-Spiel
20.20 Filmvorschau
20.30 Die Verrufenen (1)
Italienischer Spielfilm (1953)
Mit Anthony Quinn
Regie: Giuseppe Amato
21.30 Zeichentrick
21.35 Die Verrufenen(2)
22.00 RTL-Spiel
22.05 Popeye
22.10 Die großen Katastrophen
Naturkatastrophen
22.30 Wetter/Horoskop/Betthupferl

Negative Utopie

gaz – Bei den für Herbst 1987 anstehenden 750-Jahr-Feiern Berlins feiern auf westlicher Seite die verschiedensten Gruppen mit, auf ihre ganz eigene Art. Damit muß man sich abfinden. Aber lauthals wundern darf man sich schon, beispielsweise über einen Wettbewerb, den die scharf linke Zeitschrift „Ästhetik und Kommunikation" ausgeschrieben hat. Dem angeblich „kritischen" Organ ist es darum zu tun, das „größte und bekannteste Berliner Bauwerk", nämlich die Mauer, „behutsam zu verstädtern". So sind die Architekten aufgerufen, für die Mauer „Utopien ihrer weiteren Entwicklung" einzusenden, die „nicht die Konfrontation, sondern das Kontinuum der Koexistenz" herausstellen sollen.

Man darf wirklich gespannt sein, was da alles eingesandt werden wird. Wahrscheinlich werden die meisten mit niedlichen Blumentopfarrangements kommen, wie sie schon auf der anderen Seite üblich sind. Auch geranienverzierte Schilderhäuschen im Stile der Biedermeierzeit sind vorstellbar, damit eine behagliche Spitzwegatmosphäre entsteht, wie sie früher an alten Stadtmauern herrschte. Den Lärm der Kalaschnikows drüben kann man dann leicht erklären als frohes Schützenfest der braven Stadtsoldaten, die sich einen Karnickelbraten für den sonntäglichen Suppentopf verschaffen wollen.

Besonders köstlich ist der Gebrauch des Wortes „Utopie" für derlei geplante Verschönerungsmaßnahmen. Er demonstriert, bis zu welchem Spießbürgerniveau der einstmals so steile Utopie-Anspruch der Linken in diesem Lande abgesunken ist. Im Vergleich dazu muß man sich schon wie ein Revolutionär vorkommen, wenn man das an sich Selbstverständlichste von der Welt feststellt: daß die Mauer nämlich allein durch möglichst weite Löcher im Beton verschönert werden kann und ihre „Utopie" in ihrer Abschaffung besteht. Es ist dies natürlich eine – im Sinne Adornos – „negative Utopie", aber auch die einzig vertretbare.

Die großen Straßen der Welt (XIII): Londons Bond Street, die exklusivste Einkaufsmeile der Welt mit dem „touch of class"

Lieber einen Landauer als einen James Bond

An kaum einem Punkt des Vereinigten Königreichs ist seine soziale Wasserscheide so unübersehbar wie bei der Einmündung der Bond Street in die Oxford Street. In der Oxford, der großen Londoner Ostwestachse, wälzt sich der Strom der einsamen Masse, läßt sich von den großen Kaufhäusern schlucken und, mit Plastikbeuteln beschwert, wieder ausspeien, zur ewigen Wiederkehr der großen Einkaufsshow nach der Devise „Im Dutzend billiger".

In der Bond Street, der schmalen Nordsüdachse, ist das Tempo dagegen ohne jede plebejische Hektik. Die eleganten Läden hier bieten Ladies und Gentlemen, Snobs und Nouveaux Riches, die sozialen Markenzeichen für privilegierte Klientel. Ist die Oxford Street ganz Metropolis, ganz Domäne des großen Bruders Kommerz, der dem Käufer zur Nummer normt, so ist das Einkaufen in der Bond Street eine Kunst für (betuchte) Individualisten. Hier ist der Kunde noch absoluter König. Hier kauft die Queen ein. Das Gütesiegel der Bond Street ist „a touch of class".

Die Bond Street hat sich jene einst so typisch englische Qualität der Diskretion voll bewahrt. Hinter meist unscheinbaren Fassaden tut sich die Welt des Gediegenen auf. Für den Kunden, der Spitzenqualität erwartet und bereit ist, dafür zu zahlen. Es ist die Straße der großen Erwartungen, aber durchaus auch die Straße historischer Tiefenschärfe.

Ein Gang durch die Bond Street ist für den Kundigen mehr als Verlockung zum Kaufen, er ist immer auch ein Spaziergang durch das Museum englischer Sozialgeschichte. Als die berühmte Straße vor drei Jahren aus Anlaß der 200-Feiern des Bestehens der USA mit New Yorks Fifth Avenue eine Partnerschaft besiegelte und dazu James Bond (in Gestalt von Film-OO7 Roger Moore) aufbot, wirkte dieser Werbegag eher deplaziert. Die Landauer für die Ehrengäste paßten besser ins Konzept.

Die Bond Street ist heuer gerade 300 Jahre alt. Schon ihre Anfänge waren eminent aristokratisch. Der erste Earl of Clarendon, Lordkanzler König Charles II., baute sich in dem damaligen Sumpfgebiet ein grandioses Schloß, Clarendonhouse, das freilich nach seinem Sturz schon zwanzig Jahre später wieder abgerissen wurde. Ein Konsortium von Bankiers und Kaufleuten kaufte das Land und ließ dort, immerhin durch einen Ritter, Sir Thomas Bond, damals Haushofmeister von Königin Henrietta Maria, einen Wohnbezirk für gehobene Ansprüche einrichten.



Hinter bescheidenen Fassaden entfaltet sich die Welt höchster Gediegenheit: Die Bond Street in London, Einkaufsstraße der Queen und der Aristokratie — FOTO: ULLSTEIN

Im Jahre 1700 stand im wesentlichen jener Teil der Straße, die man heute *Old Bond Street* nennt: von Piccadilly bis Burlington Garden. Der Earl of Oxford zog zwei Jahrzehnte später die Häuserzeilen der heutigen *New Bond Street* hoch, bis hinauf zur Oxford Street. Da älter allemal vornehmer ist, besitzt die Straße also ein soziales Gefälle.

Bald richteten sich im Parterre der Häuser Geschäftsleute ein, die sich ganz auf die Bedürfnisse der feinen Herren und Damen in den oberen Stockwerken einstellten. Kein Wunder, daß sich die nachgeborenen Kaufleute auf ihre aristokratische Lieferantentradition etwas zugute halten.

Eine besonders vornehme Adresse hatte dort Dr. Johnsons Biograph James Boswell, dessen Dinnerpartys solche Leuchten wie Sir Joshua Reynolds, Oliver Goldsmith und den Starschauspieler David Garrick zusammenführten. Hier stahl dem sterbenden Laurence Sterne der eigene Diener die goldenen Manschettenknöpfe. Hier wohnte „Gulliver"-Autor Jonathan Swift. Im Hause Nr. 147 verbrachte Admiral Horatio Nelson nach dem Verlust seines rechten Arms einen Genesungsurlaub. Nach seinem Tod lebte dort seine Ex-Geliebte Lady Hamilton über ihre Verhältnisse, bis sie ins Schuldgefängnis umziehen mußte.

Seit dem vorigen Jahrhundert belegten die Geschäftsleute allmählich auch die oberen Stockwerke mit Beschlag. Hotels und Clubs für Gentlemen machten sich breit, so der berühmte Pugilisten-Club von Gentleman Jackson, dem besten Faustkämpfer Englands ohne Boxhandschuhe. Daß man dort die Mumie der Kleopatra besichtigen konnte, verdrängen die Puristen unter den Fans der Straße gerne. Als Queen Victoria Stammkundin in der Bond Street wurde, taufte man die 1879 zwischen Bond Street und Albemarle Street gebaute Einkaufsarkade die „Royal Arcade". Ein Beispiel für die königliche Stammkundschaft: Die Queen und die Ihren lassen in der Bond Street Nr. 15 bei H. M. Rayne schustern.

Beliebtes Aushängeschild von Geschäftsleuten ist in der Bond Street das Jahr der Firmengründung. Dabei wird mit ganzen Jahrhunderten geprotzt. Doch keiner kann wie die Kunsthändler P. und D. Colnaghi auf eine mehr als 250jährige Firmengeschichte zurückblicken. Ihr Ruhm gilt sogar hinter dem Eisernen Vorhang. Als die sowjetische Regierung 1930 Bilder aus der Eremitage losschlug, bekam Colnaghi den Zuschlag für den Verkauf.

Das Juweliergeschäft Tessier's ist seit 1852 ansässig und trägt seinen Sinn für Stil nicht zuletzt in der Bewahrung der altväterlich-viktorianischen Geschäftsfassade zur Schau. Haare und Bart kann man sich von einem Friseur stutzen lassen, der seit 1803 am Platz ist. Und die Fassade der Nr. 34/35 ist zwar so unprätentiös, wie eben nur ein weltberühmtes, 1744 gegründetes englisches Geschäftshaus sein kann, birgt aber mit *Sotheby's* das größte Auktionshaus der Welt.

Pauline Tooth von der Interessenvereinigung „Bond Street Association" sieht „ihre" Straße so: „Mein Image der Bond Street ist das einer Straße, wo man erstklassige Antiquitäten kaufen kann, die Creme des Kunsthandels und der Juweliere findet und ganz besonders der Couturiers. Wir achten darauf, daß es hier Geschäfte von solcher Exklusivität gibt, wie man sie anderswo kaum findet. Leider haben sich oben in der Nähe der Oxford Street zu viele Teppichhändler mit Ramsch breitgemacht. Ärger bereitet uns auch die Ankunft von Geschäften, die sich an dem aufdringlichen Geschmack von Kunden aus Nigeria orientieren."

Ein solcher Spruch genügt, um die Kunden, die ebenso wissen, was sie sich schuldig sind, in andere Bahnen zu lenken. Zu Astrey's beispielsweise. Dieses Haus hat die Exklusivität zwei Jahrhunderte lang wie eine Ritual zelebriert. Seit 205 Jahren am Ort, schickte man jetzt dennoch eine Tochter in die Welt: in den Trumptower der Fifth Avenue von New York.

JOURNAL

Mary Wigman als Tänzerin und Pädagogin

Reg. Berlin

Im Vorfeld zu den Feierlichkeiten, mit denen dem 100. Geburtstag von Mary Wigman gedacht wird, findet in der Akademie der Künste Berlin nicht nur eine Ausstellung (7. September bis 19. Oktober) statt. In einer Konferenz soll von ehemaligen Schülern, Mitarbeitern und Tänzern auch die Pädagogik der Ausdruckstänzerin dargestellt werden. Parallel dazu gibt es vom 24. September bis 3. Oktober Gastspiele von Arila Siegert, Susanne Linke, Karin Waehner und der Zero Moving Dance Company.

„Verbotene Bilder" und Gegenwartskunst

dpa, Bonn

„1936: Verbotene Bilder – 1986: Vielfalt der Bilder" ist das Thema, unter dem die diesjährige Ausstellung des Deutschen Künstlerbundes vom 7. September bis zum 5. Oktober im Rheinischen Landesmuseum in Bonn und im dortigen Wissenschaftszentrum stattfindet. Die Ausstellung erinnert an das Verbot des Deutschen Künstlerbundes vor 50 Jahren. Dieser Kunstverfolgung von 1936 wird – in einer zweiten Ausstellung – die „künstlerische Vielfalt von 1986" gegenübergestellt.

Ein Wörterbuch für die Maya-Sprache

AFP, Mexiko-Stadt

Die mexikanische Maya-Akademie und das Nationale Indianer-Institut arbeiten an der Herausgabe eines Wörterbuches für die Sprache der Maya-Indianer. Zur Bedeutung dieses Werkes sagte der Anthropologe Salvador Rodriguez, die Indianersprache drohe wegen des Fehlens einer eigenen Literatur zu verschwinden, obwohl in einigen Gegenden Mexikos über 80 Prozent der Bevölkerung Maya sprechen. Das Wörterbuch soll auch den verschiedenen Dialekten der Maya-Sprache sowie den Sprachverschiebungen seit Beginn der Kolonialisierung durch die Spanier Rechnung tragen.

Sammlung der Briefe von und an Maler Müller

dpa, Kaiserslautern

Die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) unterstützt Bemühungen literarischer Kreise der Pfalz und des Saarlandes, eine umfassende Ausgabe der Werke von Friedrich Müller, genannt Maler Müller, herauszubringen. Die DFG finanziert zunächst auf zwei Jahre die Personalkosten einer wissenschaftlichen Redaktion, die eine kommentierte kritische Sammlung aller Briefe von und an Maler Müller veröffentlichen will.

Wuppertaler Orgeltage mit Bach und Romantik

DW. Wuppertal

Neun Orgelkonzerte und ein „Sonderkonzert mit Orchester" bieten die 13. Wuppertaler Orgeltage an, die am 21. September in der Barmer Lutherkirche eröffnet und am 19. Oktober in der Elberfelder Herz-Jesu-Kirche beschlossen werden. In Kirchen beider Konfessionen sind Werke von Komponisten der vergangenen fünf Jahrhunderte zu hören. Einen Schwerpunkt setzt die Veranstaltung bei Bach und den Meistern der deutschen und französischen Romantik.

Ein Jahrzehnt „Kaiserring Goslar"

DW. Goslar

Seit 1975 verleiht die Stadt Goslar ihren Kunstpreis, den „Kaiserring". In einer Dokumentation (15 Mark) zieht Rudolf Schwarz nun Bilanz der ersten Dekade. Er stellt die Preisträger vor, deren erster Henry Moore war, und denen sich dieses Jahr Georg Baselitz hinzugesellt. Schwarz läßt auch Jean Tinguely nicht aus, dem 1980 der Ring zugesprochen wurde, der ihn aber ablehnte, weil er glaubte, die Preisverleihung diene „mehr dem Ruhme Goslars als dem der Künstler".

DAS AKTUELLE TASCHENBUCH

Eine Satire auf die „gothic novel", eine Parodie auf die empfindsamen Romane und eine amüsante Gesellschaftssatire – aus all diesen Elementen wirkte Jane Austen ihren Roman „Northanger Abbey", der 1818, ein Jahr nach dem Tod der Autorin, veröffentlicht wurde. Die Geschichte der siebzehnjährigen Catherine, die naive „Anti-Heldin" des Romans, die nach abenteuerlichen Erlebnissen mit prahlerischen Männern, affektierten Frauen und einem heuchlerischen Witwer ein wohlverdientes Happy-End erlebt, ist voller Anspielungen auf die Literatur, die Jane Austen von ihren schreibenden Kollegen kannte. Margarete Rauchenberger hat den Roman aus dem Englischen übersetzt; Hugh Thomson die sorgfältig gestaltete Ausgabe illustriert. no

Jane Austen: „Die Abtei von Northanger", Insel, 254 Seiten, 10 Mark

Schnitzeljagd durch Europa: Der Film „Target"

Ein Biedermann mit Biß

Während Sohn Chris (Matt Dillon) von Rennfahrertriumphen träumt, wirft Walter Lloyd lieber am ruhigen See die Angel aus. Sein lockiges Haar ist schon leicht gelichtet, die Ärmelschoner des Jacketts verraten den emsigen Büroarbeiter. Kein Zweifel, vor dem Fernseher würde dieser amerikanische Familienvater Filzpantoffeln tragen. Doch dann geschieht etwas Merkwürdiges. Als Walters Frau in Europa entführt wird, zeigt der Biedermann plötzlich Biß.

Kein Wunder, denn er war ein Top-Agent der CIA und erinnert sich nun rasch aller lebensrettenden Finten und schmutzigen Tricks. Längst ist dem cleveren Walter wie dem Zuschauer klar, daß die Entführung mit jenen bösen alten Zeiten zusammenhängt, in denen sich der US-Spion mit seinen östlichen Kollegen im kalten Krieg duellierte.

Hätte irgendein namenloser Hollywood-Eleve diese mäßig spannende Schnitzeljagd durch Europa organisiert, könnte man ihm einigen Respekt kaum versagen. Immerhin finden die Helden zwischen Paris, Hamburg und Berlin einen abwechslungsreichen Abenteuerspielplatz vor, auf dem sie sich nach allen Regeln der Thriller-Kunst tummeln dürfen.

Wenn man allerdings weiß, daß kein Geringerer als Arthur Penn diese hartgeschnittenen Actionszenen drehte, spürt man doch eine leise Enttäuschung. Schließlich gelang ihm mit „Bonnie und Clyde" eines der wenigen Werke, die das inflationär verliehene Prädikat „Kultfilm" wahrhaft verdienen. Penns neue Arbeit wirkt dagegen überraschend eindimensional. Anfangs beschwört „Target" zwar noch augenzwinkernd das ehrwürdige Westernmotiv des ehemaligen Revolvermanns, der zum letzten Gefecht noch einmal die eingemotteten Waffen ölt.

Doch nachdem sich Hauptdarsteller Gene Hackman hier vom Pantoffelhelden zum harten Kämpfer gemausert hat, darf er nur noch eine Aura absoluter Kompetenz verströmen, die kaum Zweifel am Ausgang des Dramas aufkommen läßt. Selbst für seinen kritischen Sohn gewinnt dieser tatkräftige Vater eine derart unanfechtbare Vorbildqualität, daß der zart angedeutete Generationskonflikt nie zur spannenden Zerreißprobe ausartet. Zudem ahnen die meisten Kinokenner wohl schon bald die Lösung der anfangs noch rätselhaften Geschichte. Denn im Grunde beschwört Penn keineswegs die kalte Allmacht der Geheimdienste, sondern eher die liebgewordenen Traditionen der Krimikonfektion.

Zu diesem eher bescheidenen Anspruch passen flache Dialoge, fahle Farben und eine unauffällige Kameraarbeit gar nicht schlecht. Doch wer in „Alice's Restaurant" einfallsreich über die Hippiekultur meditierte und in „Little Big Man" alle Wildwest-Klischees brillant auf den Kopf stellte, hat Erwartungen geweckt, hinter denen „Target" meilenweit zurückbleibt. HARTMUT WILMES

AUSSTELLUNGSKALENDER

Aldersbach: Cosmas Damian Asam (bis 19. Okt.)
Antwerpen: 19. Biennale der Bildhauerkunst: „Das Monument" (bis Okt.)
Basel: Claude Monet – Kunstmuseum (bis 19. Okt.)
Berlin: Mary Wigman – Akademie der Künste (7. Sept. bis 19. Okt.)
Bern: Von Marées bis Picasso – Meisterwerke des Von-der-Heydt-Museums, Wuppertal (bis 2. Nov.)
Mit erweitertem Auge – Berner Künstler und die Fotografie – Kunstmuseum (bis 26. Okt.)
Bocholt: Italien in Zeichnungen – Galerie der Stadt (31. Aug. bis 21. Sept.)
Bochum: Für Spanien – internationale Kunst und Kultur zum spanischen Bürgerkrieg – Museum Bochum (20. Sept. bis 23. Nov.)
Bremen: Lebende Tote – Totenkult in Mexiko – Übersee-Museum (bis 9. Nov.)
Clara Rilke-Westhoff – Gerhard-Marcks-Haus (31. Aug. bis 26. Okt.)
Darmstadt: Europäische Keramik 1880–1930 – Landesmuseum (bis 5. Okt.)
Kunststoff-Objekte – Sammlung Kölsch – Kunsthalle (bis 14. Sept.)
Dortmund: Allan Kaprow – Museum am Ostwall (bis 5. Okt.)
Düsseldorf: Conrad Felixmüller – Das druckgraphische Werk 1912–1976 – Kunstmuseum (bis 5. Okt.)
K. H. Hödicke – Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen (bis 21. Sept.)
Eindhoven: Augenhöhe – Van-Abbe-Museum (bis 2. Nov.)
Enschede: Foto Biennale (30. Aug. bis 28. Sept.)
Essen: Aktdarstellungen im 19. und 20. Jh. – Museum Folkwang (bis 21. Sept.)
Barock in Dresden – Villa Hügel (bis 2. Nov.)
Frankfurt: Prospect 86 – Frankfurter Kunstverein im Steinernen Haus und der Schirn am Römerberg (9. Sept. bis 2. Nov.)
David Smith – Städel (bis 28. Sept.)
Heidelberg: Bibliotheca Palatina – Heiliggeistkirche (bis 2. Nov.)
Kassel: Georg Muche – Staatl. und Städt. Kunstsammlungen (7. Sept. bis 19. Okt.)
Köln: Die 60er Jahre – Kölns Weg zur Kunstmetropole – Kunstverein (bis 16. Nov.)
Europa/Amerika – Die Geschichte einer künstlerischen Faszination seit 1940 – Museum Ludwig (7. Sept. bis 16. Nov.)
Meisterzeichnungen von Leonardo bis Rodin – Wallraf-Richartz-Museum (7. Sept. bis 16. Nov.)
Mülheim: Emil Schumacher – Städt. Museum (7. Sept. bis 12. Okt.)
München: Beuys zu Ehren – Lenbachhaus (bis 28. Sept.)
Sandro Chia – Staatsgalerie moderner Kunst (bis 28. Sept.)
Nürnberg: Mit Zirkel und Richtscheit. Albrecht Dürers „Unterweisung und Messung" – Albrecht-Dürer-Haus (1. Sept. bis 31. Dez.)
Nürnberg 1300–1550 – Kunst der Gotik und Renaissance – Germanisches Nationalmuseum (bis 28. Sept.)
Stuttgart: Daniel-Henry Kahnweiler – Staatsgalerie (30. Aug. bis 5. Okt.)
Zürich: Oskar Kokoschka – Kunsthaus (4. Sept. bis 9. Nov.)

Frankfurt veranstaltet die „Nacht der Blauen Blume"

Das wunderbare Wort

Es ist wie im Salon von Ludwig Tieck. In dem kleinen viereckigen Raum mit den hohen Fenstern und den blauen Samtvorhängen sind die Kronleuchter entzündet. Auf Holzbänken drängen sich die Zuhörer. Eine Schauspielerin liest ein Märchen der Gebrüder Grimm. Es ist die Geschichte der zwölf Jäger, die zwölf Jungfrauen waren. Am Ende wird eine davon vom König befreit. Man hört das Piepsen einer Armbanduhr. Zwei Uhr in der Nacht.

Was bringt erwachsene Menschen mitten im Elektronikzeitalter dazu, sich tief in der Nacht ein Märchen vorlesen zu lassen? Es ist die seit Wochen ausverkaufte „Nacht der Blauen Blume" in der Alten Oper von Frankfurt. Die Organisatoren hatten eine Veranstaltungsform und Inhalte versprochen, die „Anregung" und „unterhaltsam" sein sollten. „Unter ganz anderen als den üblichen, gewohnten Bedingungen" sollten Musik und Literatur aus der Zeit der Romantik dargeboten werden.

Ungewöhnlich war schon die Zeit: Von nachts um elf bis morgens halb neun – die ganze Nacht hindurch währte das Programm, an dem fast 1000 Personen teilnahmen. Nach den Ausstellungs-Rennern mit der Malerei der Romantik nun eine Nacht der Showeffekte mit Poesie und Musik dieser Kunstepoche? Keinesfalls im vordergründigen Sinne. Die Nacht der Blauen Blume verlangte dem Publikum Mitdenken, Phantasie, auch Vorkenntnisse und die Fähigkeit zu neuen Erfahrungen ab. Wie all die Szenen und Bilder von der Vorlesung Schopenhauers um 6.15 Uhr nach durchwachter Nacht, von der „Schubertiade" nachts um eins bis zur Kurt-Weill-Revue „Der grüne Mond von Alabama" morgens um halb acht, vom 30 Meter hohen und 100 Meter breiten Feuerwerks-Wasserfall aus Gold- und Silberregen bis zu den „Augenblicken", der kleinen Ausstellung im Oper-Foyer mit den blassen, unglaublich eindringlichen Scherenschnitten Philipp Otto Runges – wie all diese Bilder und Szenen mit der Blauen Blume des Novalis in Einklang bringen?

Entlangtasten am Zauberstab der Magie

Dieter Rexroth und Volker Kühn, verantwortlich für Programm und Leitung, verzichteten auf alle oberlehrerhafte Didaktik, setzten allein auf die Magie der Texte, der Musik, der Bilder und Ereignisse. Kein Hinweis im Programm, keine verbindenden Texte halfen den Weg durch die verwirrende, widersprüchliche Kunst-Welt der Romantik finden. Jeder mußte für sich allein den „Zauberstab der Analogie" gebrauchen, wie ihn Novalis, der „Erstling des neuen Zeitalters", gehandhabt hatte.

Wohin ließ sich das Publikum verführen? Wovon wurde es angezogen? Ab ein Uhr standen jeweils acht Parallelveranstaltungen zur Wahl, als Eintrittskarten dienten Blumen. Die Plätze reichten nicht für die „Schubertiade" und für die Lesestunde im Liszt-Salon – aber viel direkter noch wurden die Zuhörer offenbar vom Zwei-Mann-Auftritt im Hindemith-Saal gepackt, wo Siegfried Mauser die schauerlich dunkle, diabolische Schubert-Sonate a-Moll (op. posth. 143 D. 784) mit schroffen, schrillen Anschlägen spielte und Charles Wirths (leider noch viel zu lapidar, schnoddrig, unakzentuiert) Jean Pauls „Rede des toten Christus vom Weltgebäude herab, daß kein Gott sei" verlas. Da war der Beifall am Ende fast wie ein Schreien.

Hier wurden die Sinne mit Raffinesse bedient

War es die „richtige", die „wirkliche" Romantik, die hier dargeboten wurde? Wer die Butzenscheiben- und Mondschein-Romantik erwartet und gesucht hatte, jenes Trug- und Täuschungsbild einer ganzen Epoche, mußte enttäuscht sein. Keine Nacht der Somnambulen – alles ganz normal angezogene Leute; im Foyer stärkten sie sich ganz „irdisch" an Büfetts, Bier und Wein. Romantisch – aber eben deshalb nicht nur für „Empfindsame". Unterhaltung – für manchen manchmal zu „diesseitig", für manch anderen allzu abstrakt.

Man hätte mehr daraus machen können – hätte mit allen Raffinessen der Bühnen- und Lichttechnik ein Sinnenerlebnis ungewöhnlicher Art zelebrieren können. Dennoch gelang Rexroth und Kühn ein intelligenter Versuch der Annäherung und Einkreisung dieser Epoche – aber läßt sie sich überhaupt einkreisen, wo sie vermutlich noch nicht einmal abgeschlossen ist? Wohl hundert Programme mit jeweils anderen Texten, Tonwerken, Bildern, „Sensationen" ließen sich zusammenstellen und würden doch noch immer nicht voll und ganz das aussprechen können, was das „wunderbare, geheime Wort" sein mag, das Mathilde ihrem Heinrich von Ofterdingen „in den Mund" sagt und das, wie Novalis schreibt, „sein ganzes Wesen durchklang".

„Wer pflückt die Blaue Blume und wird ein Stein", heißt es in Novalis' nachgelassenen Papieren zum unvollendeten Ofterdingen-Roman. Dann folgen Verwandlungen des Heinrich in einen „klingenden Baum", in einen „goldenen Widder", in „einen Menschen". Der Dichter sah darin nicht nur Gedankenspiele, sondern das „echt absolut Reelle". Einen Abglanz davon, einen notwendigerweise matten, widersprüchlichen, irritierenden, mag die „Nacht der Blauen Blume" einigen von den tausend in der Frankfurter Alten Oper erfahrbar gemacht haben. DANKWART GURATZSCH

Marbach erinnert an den Essayisten J. Hofmiller

Geselliger Einzelgänger

Literatur und „Autorenporträts" auszustellen, führt nur äußerst selten zu dem gewünschten Erfolg. Folglich bezeichnet das Schiller-Nationalmuseum in Marbach, das mit einer Kabinett-Ausstellung an den Essayisten, Übersetzer und Kritiker Josef Hofmiller (1872–1933) erinnert, dieses Unternehmen als ein Experiment, das in den nächsten Jahren weiterhin „erprobt und ausgekundschaftet" werden soll, zum Beispiel mit Max Rychner und Theodor Haecker. Lobenswert ist dieses Unterfangen allemal; denn es ist wichtig, daß neben Dichtung und Literatur auch deren Vermittler, Förderer und Kritiker – die in Marbach ohnehin und mit Recht gesammelt werden – in diesem Rahmen gelegentlich zu Wort kommen. Daß mit Hofmiller der Anfang gemacht wurde, wird jeder Kundige dankbar begrüßen; es entspricht seinem Rang und dem Bedürfnis, seinem „Werk", das die Züge des kämpfenden und sorgenden Zeitgenossen trägt, seinem Wirken, das im guten Sinn stets aufklärend war, dem unbestechlichen Kritiker, der mit Phantasie und untrüglichem Instinkt der Literatur manchen Anstoß gegeben hat, die gebührende Beachtung zurückzugewinnen.



Fühlte sich am wohlsten im Kreise seiner Schüler und Kollegen: Josef Hofmiller — FOTO: DEUTSCHES LITERATURARCHIV

Josef Hofmiller studierte in München Neuphilologie und lehrte als Gymnasialprofessor in Freising, München und Rosenheim. Seit 1904 gab er mit Coßmann, Pfitzner und Naumann die „Süddeutschen Monatshefte" heraus, für deren Literaturteil er verantwortlich war. Gleichzeitig wirkte er als Theater- und Musikkritiker der „Allgemeinen Zeitung".

Wie ist dieses Leben und Schaffen nun darzustellen? Ein Schaffen, das hauptsächlich in Zeitungen und Zeitschriften stattfand (und erst viel später auch in Buchform gesammelt wurde); das Leben eines geselligen Einzelgängers, der auf dem Parnaß und im Wirtshaus gleichermaßen zu Hause war, der sich den Ausspruch des Königs Alfons von Kastilien zu eigen gemacht hat, der Mensch brauche drei Dinge, um glücklich zu sein: gute Freunde, guten Wein und gute Bücher.

Aus dieser Maxime ließe sich fast schon ein Ausstellungskonzept entwickeln. In der Tat begegnen wir den Freunden Hofmillers (Kerschensteiner, Pfitzner, Berrsche, Heyse, Heymel, Dr. Owlglass und anderen) in Fotos und Briefen. Er selbst blickt uns aus einem Ölbild von Emil Thoma freundlich an; aber in „seiner Welt" finden wir ihn am ehesten noch auf den Fotografien, die ihn im Kreis seiner Schüler oder Kollegen zeigen. Die Schule und sein Lehramt haben ihm allzeit viel bedeutet – obwohl er nie, am allerwenigsten in seinen Schriften, als Schulmeister auftrat.

Er hat sich verschiedentlich über pädagogische und schulpolitische Fragen geäußert. Ganz selbstverständlich wurden ihm unter der Hand Kultur- und Literaturkritik zur Zeitkritik. Er konnte zornig polemisieren und mit geistreicher Anmut auch „verreißen", obwohl ihm das keinen Spaß machte. Denn Kritiken waren ihm stets Anlässe für Gedanken, Urteile, Perspektiven weit über den Anlaß hinaus, der sie ausgelöst hat.

Aber wie erfahren wir das alles? Was wird überhaupt anschaulich davon und von dem Menschen Hofmiller? Natürlich liegen da seine Schriften, Briefe, Tagebücher – aber es liegt auch in der Natur solcher Ausstellungen, daß die Exponate hinter Glas und in Vitrinen verschlossen bleiben (müssen). Die Fotos der Freunde verraten nichts über deren Bedeutung für Hofmiller. Über Zusammenhänge und Hintergründe müßte ein Katalog aufklären. Aber das „Marbacher Magazin", das als Katalog dienen soll, enthält neben einer Lebensübersicht nur den Briefwechsel Hofmillers mit W. A. von Heymel und auf einem eingelegten Faltblatt kleingedruckt die Aufzählung der Exponate. Etwas wenig, um den weithin leider unbekannten Josef Hofmiller besser kennenzulernen. (Bis 31. Oktober; Katalog 6 DM) EO PLUNIEN

Haftrichter: Beweise sind nicht stichhaltig

Im „Mordfall Weimar" bleiben viele Fragen offen

dpa, **Bad Hersfeld**

Der Mord an der siebenjährigen Melanie und ihrer zwei Jahre jüngeren Schwester Karola Weimar aus Philippsthal (Kreis Hersfeld-Rotenburg) geben auch genau vier Wochen nach der Tat Rätsel auf. Die beiden Mädchen waren am 4. August verschwunden und drei Tage später an verschiedenen Orten, nur wenige Kilometer vom Elternhaus entfernt, erwürgt und erstickt aufgefunden worden.

Offensichtlich Pannen der Ermittler

Zugleich wird Kritik am ermittelnden Staatsanwalt Raimund Sauter aus Fulda und an der 19köpfigen Sonderkommission der Kripo laut. Am Freitag präsentierten die Ermittler die Mutter der beiden Mädchen, die 28jährige Krankenschwester Monika Weimar, als „dringend verdächtige" Täterin, am Samstag den Vater, den 34jährigen Schlosser Reinhard Weimar. Beide wurden zwar festgenommen, mußten aber umgehend wieder auf freien Fuß gesetzt werden, weil der Bad Hersfelder Haftrichter Hermann Tuchow die vorgelegten Beweise nicht für stichhaltig genug hielt. Da sich gegen keinen der beiden der Verdacht eindeutig erhärten ließ, mußte er sie wieder freilassen.

Zu dem unfaßbaren Verbrechen gesellen sich seit dem vergangenen Wochenende offensichtliche Pannen der Ermittler. Dennoch beharrte Staatsanwalt Sauter auf seiner Pressekonferenz am Sonntag abend in Bad Hersfeld auf der vorerst letzten Version, daß Reinhard Weimar der Täter sei. Sauters nur bruchstückhafte Mitteilungen blieben für die aus dem gesamten Bundesgebiet angereisten Journalisten unbefriedigend.

Nach Auffassung von Sauter hat Reinhard Weimar in der Nacht zum 4. August seine Tochter Melanie im Schlaf erwürgt und Karola „unter einer weichen Bedeckung" erstickt. Monika Weimar hatte bei ihrer Vernehmung angegeben, daß sie erst in den frühen Morgenstunden des 4. August in ihre Wohnung gekommen sei. Dort hat sie nach den Worten des Staatsanwalts ihre beiden Töchter „leblos" in den Betten vorgefunden. Keine Aussagen machte sie über die Zeit, die darauf folgte. Einige Stunden später habe sie Informationen darüber bekommen, wo Melanie und Karola zu finden seien. Daraufhin habe sie sich in ihren Wagen gesetzt, sei erst zur Post und zur Bank gefahren und dann zu der Stelle, wo Melanie später aufgefunden worden war. Sie habe Melanie dort tot gesehen, aber Karola nicht an dem angegebenen Ort gefunden.

Offen bleibt in der Version des Staatsanwalts, wer die Kinder mit dem Familienauto an den späteren Fundort gebracht hat, warum die Mutter so lange zu dem mutmaßlichen Verbrechen ihres Ehemanns geschwiegen hat und warum die beiden Mädchen am Montag vormittag noch von Zeugen auf dem Spielplatz gesehen werden konnten. Für ihr Schweigen, das die Frau erst nach ihrer Festnahme am vergangenen Donnerstag abend brach, hat sie nach Angaben der Staatsanwaltschaft einen Grund genannt. Der sei „zwar schwer verständlich für den Normalverbraucher", aber unter Berücksichtigung aller Umstände „nachvollziehbar".

Der ermittelnde Staatsanwalt hatte die Ablehnung des Haftbefehls als „unverständlich" und die Begründung als „nicht nachvollziehbar" kritisiert. Man hielt ihm gestern vor, daß er eine der Tat nicht angemessene Informationspolitik betrieben habe. Für die „nebulösen Formulierungen" habe man kein Verständnis.

War die Ehe der Eltern zerrüttet?

Von den vielen Details, die inzwischen den Hintergrund des Doppelmordes erhellen, stammen die wenigsten aus offiziellen Quellen. So soll die Ehe von Monika und Reinhard Weimar nicht mehr funktioniert haben. Monika Weimar habe sich einem in Hersfeld stationierten amerikanischen Soldaten zugewandt, hieß es.

Geheimnisumwittert bleibt auch der „Informant", der nach den Worten des Staatsanwalts Monika Weimar am Morgen des Todestages mitgeteilt haben soll, wo die Leichen ihrer Töchter hingebracht wurden. Bei einem Ortstermin am vergangenen Samstag hatte Monika Weimar in Anwesenheit ihres zu dem Zeitpunkt schon festgenommenen Mannes der Sonderkommission die Lage der Leiche von Melanie beschrieben. Den Namen des Informanten hält die Staatsanwaltschaft bislang zurück.

Flugzeugkollision im meist beflogenen Luftkorridor der Welt / Mindestens 72 Tote



Im Anflug auf Los Angeles stießen eine Verkehrsmaschine und ein Sportflugzeug zusammen. Die DC-9 stürzte auf ein Wohngebiet und pflügte eine blutige Schneise durch mehrere Häuser. Das Rote Kreuz richtete für die Obdachlosen ein Notaufnahmelager ein.



FOTO: AP

„Ich kann das nur mit Vietnam vergleichen"

HELMUT VOSS, **Los Angeles**

Bei dem schwersten Flugzeugunglück in der Geschichte des Flughafens von Los Angeles haben am Sonntag mindestens 72 Menschen den Tod gefunden. Beim Landeanflug kollidierte eine zweimotorige DC-9 der mexikanischen Fluggesellschaft Aeromexico in rund 2000 Meter Höhe frontal mit einem entgegenkommenden Sportflugzeug vom Typ Piper Tomahawk und stürzte brennend in eine Wohngegend im Vorort Cerritos nahe dem berühmten Vergnügungspark Disneyland.

Alle Insassen der beiden Flugzeuge kamen bei dem Unglück, dessen Ursache zunächst noch ungeklärt war, ums Leben. Außer ihnen verbrannten noch mindestens fünf Menschen in ihren Häusern. Flugzeugtrümmer und Leichenteile bedeckten ein etwa anderthalb Quadratkilometer großes Gebiet.

„Das war das lauteste Geräusch, das ich je gehört habe", erklärte Augenzeuge Robbie Nelson, „ich sah, wie beide Flugzeuge Richtung Erde stürzten, hörte insgesamt drei Explosionen. Ich dachte, meine Tage sind gezählt." Eine Frau, Evon Hutzler, jammerte immer wieder nur: „Meine Nachbarn sind tot! Meine Nachbarn sind tot!"

Die Straße war übersät mit ausgebrannten Autos und Flugzeugtrümmern, die noch nach einer Stunde schwelten. Auch danach waren die Autowracks noch so heiß, daß die Rettungsmannschaften bei ihrer Leichensuche größte Schwierigkeiten hatten. Das silberne Cockpit der Unglücksmaschine lag auf der Carmenita Avenue, nachdem es dort eine Ziegelmauer durchschlagen hatte.

Leitwerk weggerissen

Bei der Aeromexico-Maschine handelte es sich um den aus der mexikanischen Hauptstadt Mexico City kommenden Flug 498. Er war vorwiegend mit Touristen besetzt – 51 Erwachsene, sieben Kinder und eine sechsköpfige Besatzung – und sollte um 12.05 Uhr mittags aus östlicher Richtung in Los Angeles landen. Die Piper Tomahawk war auf einem Vortflugplatz von Los Angeles gestartet und flog mit zwei Mann an Bord in Richtung auf den östlich von Los Angeles in den San-Bernardino-Bergen gelegenen Kurort Big Bear.

Bei der Kollision mitten im meistbeflogenen Luftkorridor der Welt – jeder Quadratkilometer Luftraum östlich vom Flughafen von Los Angeles enthält zu jeder Tages- und Nachtzeit mindestens fünf Flugzeuge – wurde der DC-9 das gesamte orangefarbene Leitwerk weggerissen. Die nicht mehr steuerbare Maschine stürzte in Rückenlage fast senkrecht zur Erde. Dort pflügte der Rumpf eine breite Schneise durch mehrere Häuser und explodierte. Die einmotorige Sportmaschine trudelte wie ein Kreisel hinterher, prallte auf einen Schulsportplatz und blieb dort mit dem Bauch nach oben liegen.

Durch den explodierenden Treibstoff wurden auch zahlreiche beim Aufprall nicht beschädigte Häuser in Brand gesetzt. Laut Feuerwehr wurden insgesamt neun Häuser zerstört und sieben weitere beschädigt. Das Rote Kreuz richtete für die Obdachlosen ein Notaufnahmelager ein. Alle Augenzeugen berichteten übereinstimmend, daß sie die schrecklichen Szenen so bald nicht vergessen könnten. Noch Stunden nach dem Unglück lagen über die ganze Gegend zerrissene Körper verstreut: Eine Tote saß noch angeschnallt in ihrem Sitz – mit eingedrücktem Gesicht. Mehrere Frauen wurden bei dem Anblick ohnmächtig.

Eric Himes sah sich mit einem Vetter gerade im Fernsehen die Übertragung der US-Tennismeisterschaften aus New York an, als die DC-9 in knapp hundert Meter Entfernung aufprallte. „Es gab eine Flammenwand, das war unglaublich", erzählte der Mann, „Leichen, überall Leichen. Oh Gott, ich kann das nur mit dem vergleichen, was ich in Vietnam gesehen habe." Ein anderer Zeuge sagte: „Es sah aus wie nach einem Massaker."

Ursache noch unklar

Die Ursache der Katastrophe war am späten Sonntag abend (Ortszeit) noch nicht geklärt. Einige Experten deuteten aber an, daß höchstwahrscheinlich der Pilot der Sportmaschine die Verantwortung trägt: Er flog in 6500 Fuß (2000 Meter) Höhe in einem Luftraum, der erst ab 7000 Fuß (2130 Meter) für Sportmaschinen freigegeben ist.

Vor acht Jahren hatte es in Südkalifornien bereits eine ähnliche Katastrophe gegeben. Damals waren über der Stadt San Diego eine Boeing 727 der kalifornischen Fluggesellschaft Pacific Southwest Airlines und eine Sportmaschine vom Typ Cessna kollidiert. Unter den 144 Toten befanden sich auch sieben Menschen, die auf der Erde von Trümmern erschlagen wurden. (SAD)

Jeder dritte Heimwerker ist eine Frau

dpa, **München**

Jeder dritte unter den 12,2 Millionen „aktiven Heimwerkern" in der Bundesrepublik ist eine Frau. Bei den 11,4 Millionen „gelegentlichen Heimwerkern" betrug der Anteil der Frauen 1985 sogar 46 Prozent. Dies geht aus einer Umfrage des Instituts für Freizeitwirtschaft (München) bei 3400 Bundesbürgern hervor. Insgesamt verbrachten Heimwerker rund 1,5 Milliarden Stunden mit häuslichen Instandhaltungs-, Verschönerungs- und Reparaturarbeiten. Bei einem fiktiven Stundenlohnansatz von 20 Mark ergebe sich für 1985 eine Wertschöpfung von rund 30 Milliarden Mark. Gleichzeitig hätten die Heimwerker 28,3 Milliarden Mark für Material ausgegeben.

Prominente sammeln

AP, **Bonn**

Prominente Sportler, Wissenschaftler und Wirtschaftsvertreter starten heute die Radtour „Tour Peiper", um auf die Problematik von Kinderkrebs aufmerksam zu machen und Geld im Kampf gegen diese Krankheit zu sammeln. Wie Ulrike Meyfarth als Schirmherrin der Aktion erklärte, kommt das Geld Forschungsgesellschaften zugute, in denen alle deutschen Kinder-Krebsärzte zusammenarbeiten.

Passagierschiff gesunken

rtr, **Moskau**

Ein sowjetisches Passagierschiff ist am Sonntag im Schwarzen Meer gesunken. Die amtliche Nachrichtenagentur Tass meldete gestern, es habe „einige Tote" gegeben. Die „Admiral Nachimow" sei nach der Kollision mit einem Frachter vor dem Hafen Noworassisk untergegangen. Es wurde eine Untersuchungskommission unter Vorsitz des Ersten Stellvertretenden Ministerpräsidenten Geidar Alijew gebildet.

Kein Versicherungsschutz

AP, **Karlsruhe**

Wer den Kofferraumschlüssel seines Autos im verschlossenen Handschuhfach aufbewahrt und es Dieben dadurch erleichtert, auch den Kofferraum seines Wagens auszuräumen, hat keinen Anspruch auf Schadenersatz. Diese Feststellung traf der Bundesgerichtshof in einer gestern veröffentlichten Entscheidung. (Az.: IVa ZR 22/85)

Tunnelbau begonnen

AP, **München**

Auf jugoslawischer Seite ist gestern mit dem Bau des Karawankentunnels begonnen worden. Nach Informationen des ADAC wird Österreich 1987 den Tunnel 15 Kilometer südöstlich von Villach von der anderen Seite her in Angriff nehmen. Die 7,6 Kilometer lange Tunnelröhre von Kärnten nach Slowenien soll 1990 fertig sein. Über die Tauernautobahn und den Karawankentunnel führt dann die kürzeste Route von der Bundesrepublik nach Jugoslawien.

Mehr Mädchen mit Kropf

dpa, **Karlsruhe**

Rund sechs Millionen Bundesbürger haben einen Kropf. Die Ursache ist Jodmangel. Professor Hans Horster wies gestern auf der 38. Therapiewoche in Karlsruhe darauf hin, daß bei konsequenter Jodprophylaxe der Anteil der an Kropf Leidenden auf drei Prozent gesenkt werden könnte. Professor Renate Pickardt sagte, eine Untersuchung von Schulkindern habe ergeben, daß der Kropf keineswegs vermehrt in Süddeutschland auftrete, sondern vielmehr im ganzen Bundesgebiet vorkomme. Bei Mädchen ab dem 15. Lebensjahr ist eine Vergrößerung der Schilddrüse häufiger als bei gleichaltrigen Jungen. Bei Erwachsenen ist dies umgekehrt.

ZU GUTER LETZT

Bernhard Langer, junger Vater, nach seinem Sieg bei den German Open (Gewinnsumme 83 000 Mark) zu ZDF-Reporter Harry Valerien: „Jetzt kann ich wieder ein paar Windeln kaufen."

WETTER: Im Süden Aufheiterungen

Lage: Die Ausläufer eines Tiefs über dem Nordmeer greifen auf die Nordhälfte Deutschlands über, sie führen anfangs milde, später wieder kühle Meeresluft heran.

Vorhersage für Dienstag: Im Norden zum Teil länger andauernder Regen. Tagestemperaturen um 18, nachts um 10 Grad. Mäßiger bis frischer Wind aus westlichen Richtungen. Im Süden weitgehend niederschlagsfrei. Tagestemperaturen nahe 20, nachts 7 bis 10 Grad. Schwacher Wind aus Südwest.

Weitere Aussichten: Im Süden aufkommende Niederschläge, im Norden weitere Schauer, dabei kühl und windig.

Sonnenaufgang am Mittwoch: 6.37 Uhr*, Untergang: 20.05 Uhr; **Mondaufgang:** 5.06 Uhr, Untergang: 20.11 Uhr (* in MESZ, zentraler Ort Kassel).

Vorhersagekarte für den 2. Sept., 8 Uhr

H Hochdruckzentrum
T Tiefdruckzentrum
wolkenlos
heiter
halb bedeckt
wolkig
bedeckt

Reykjavik · Haparanda · Stockholm · Hamburg · Berlin · London · Frankfurt · Paris · München · Wien · Nizza · Dubrovnik · Madrid · Lissabon · Malaga · Palma



Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Montag, 14 Uhr (MESZ):

Deutschland:		
Berlin	13	bd
Bielefeld	13	bd
Braunlage	8	bd
Bremen	14	R
Dortmund	12	bd
Dresden	13	bd
Düsseldorf	14	bd
Erfurt	11	bd
Essen	12	bd
Feldberg/S.	6	bw
Flensburg	13	bd
Frankfurt/M.	13	bd
Freiburg	15	he
Garmisch	15	he
Greifswald	13	bd
Hamburg	12	R
Hannover	13	R
Kahler Asten	6	Rs
Kassel	11	bd
Kempten	13	bw
Kiel	12	R
Koblenz	13	bd
Köln-Bonn	13	R
Konstanz	16	he
Leipzig	13	bd
List/Sylt	14	bd
Lübeck	13	R
Mannheim	14	bd
München	14	bw
Münster	13	bw
Norderney	14	bd
Nürnberg	13	bw
Oberstdorf	15	he
Passau	14	bw
Saarbrücken	12	bw
Stuttgart	15	bw
Trier	12	bw
Zugspitze	-3	IW

Ausland:		
Algier	26	bw
Amsterdam	15	bw
Athen	31	wl
Barcelona	23	bw
Belgrad	21	bw
Bordeaux	20	he
Bozen	22	he
Brüssel	14	bw
Budapest	20	he
Bukarest	24	he
Casablanca	25	he
Dublin	17	he
Dubrovnik	23	he
Edinburgh	15	he
Faro	26	he
Florenz	26	he
Genf	16	he
Helsinki	11	bw
Hongkong	29	bw
Innsbruck	17	he
Istanbul	25	he
Kairo	32	he
Klagenfurt	17	he
Konstanza	23	he
Kopenhagen	13	bd
Korfu	28	he
Las Palmas	23	he
Leningrad	11	bd
Lissabon	25	he
Locarno	21	he
London	13	R
Los Angeles	19	bd
Luxemburg	12	bd
Madrid	24	he
Mailand	23	he
Malaga	24	bw
Mallorca	27	he
Moskau	14	bw
Neapel	28	he
New York	18	wl
Nizza	23	he
Oslo	16	he
Ostende	15	bd
Palermo	28	bw
Paris	17	he
Peking	24	bw
Prag	12	bw
Rhodos	28	he
Rom	25	bw
Salzburg	15	bw
Singapur	28	bw
Split	28	he
Stockholm	14	bw
Straßburg	16	he
Tel Aviv	31	he
Tokio	28	bw
Tunis	30	he
Valencia	25	he
Varna	23	bw
Venedig	22	he
Warschau	16	bw
Wien	18	bw
Zürich	17	he

bd = bedeckt; bw = bewölkt; Gr = Graupel; Gw = Gewitter; he = heiter; IW = in Wolken; Ne = Nebel; R = Regen; Rs = Regenschauer; S = Schneefall; Schneeschauer; Sp = Sprühregen; Sr = Schneeregen; wl = wolkenlos; - = keine Angabe

Keine Angst bei Bluttransfusionen

Gespräch mit dem Aids-Spezialisten Hans Jäger: Versorgung reicht nicht aus

VERA ZYLKA, **München**

Obwohl Aids eine vergleichsweise seltene Krankheit ist, ruft sie in der Öffentlichkeit panikartige Reaktionen hervor. Schuld daran ist nicht zuletzt die verwirrende Berichterstattung der Medien. Zum aktuellen Stand der Erkrankung in der Bundesrepublik befragte die WELT den Aids-Spezialisten Hans Jäger vom Städtischen Krankenhaus Schwabing in München.

Jäger bestätigte, daß in der Bundesrepublik zur Zeit 539 Aids-Kranke den offiziellen Stellen bekannt sind. Doch diese Zahl ist für ihn nur „die Spitze des Eisbergs". Zum einen, weil es keine Meldepflicht gibt, zum anderen, weil viele an Aids Erkrankte mit unspezifischen Krankheitserscheinungen wie Fieber, Abgeschlagenheit, Appetit- und Schlaflosigkeit noch nicht der strengen, von der Weltgesundheits-Organisation (WHO) erstellten Definition der Aids-Erkrankung entsprechen.

250 000 sind infiziert

Seit Anfang der achtziger Jahre rechnen die Mediziner damit, daß sich die Zahl der Erkrankten pro Jahr verdoppelt. Was die Schätzungen noch schwieriger macht, ist, daß nicht jede Infektion tatsächlich mit einer Erkrankung einhergehen muß. „Meine Schätzung bezüglich der Zahl der mit dem HTLV-III-Virus Infizierten", so Jäger zur WELT, „beläuft sich in unserem Land auf 250 000. Wieviele Personen von dieser Zahl nun tatsächlich an Aids erkranken werden, ist nach unserem heutigen Wissensstand nicht klar zu definieren. Die Meinungen sind sehr unterschiedlich und werden mit 30 bis 70 Prozent angegeben."

Zunehmende Beunruhigung herrscht auch bei Patienten, die sich einer größeren Operation unterziehen müssen und die fürchten, sich bei notwendigen Transfusionen mit Spenderblut zu infizieren. Dazu Jäger: „Alle Blutkonserven und alle Spender werden auf Aids geprüft. Eine Lücke im System besteht darin, daß vom Zeitpunkt der Infektion an bis zum positiven Ausfall des Aids-Tests ein Zeitraum von acht Wochen vergeht. So ist es theoretisch möglich, daß ein infizierter Spender in dieser Zeit unerkannt bleibt. Dieser Fall dürfte aber statistisch unbedeutend sein."

Mangelnde finanzielle Unterstützung, so beklagte Jäger, gestalte die Arbeit bei steigendem Bedarf zunehmend schwieriger. „Obwohl das Schwabinger Krankenhaus Schwerpunktkrankenhaus in der Versorgung und Beratung von Aids-Patienten ist, sind seit 1983 keine weiteren Stellen mehr eingerichtet worden. Diese sind aber dringend notwendig, um eine optimale Versorgung zu gewährleisten. Denn die Behandlung von Aids-Kranken ist wesentlich aufwendiger als die anderer lebensbedrohlicher Erkrankungen wie beispielsweise Blutkrebs."

Sexualverhalten geändert

Täglich gehen auf Jägers Station rund vierzig Anrufe von „Risikopersonen" ein, deren Familien, Freunden sowie von den Hausärzten, die ganz detaillierte und damit zeitaufwendige Auskünfte haben möchten. Aber auch von Kranken, die dringend pflegerische Hilfe benötigen. „In diesen Fällen erleben wir häufiger, daß manche Mediziner und Krankenhäuser es ablehnen, sich mit dieser ‚Seuche' und ‚Homosexuellen und Fixern' abzugeben."

Da es bislang noch keine wesentliche Behandlungsmöglichkeit gegen Aids gibt, bleibt auch nach Ansicht von Jäger nur die Maßnahme der Vorbeugung. Dies ist nur möglich durch ausreichende und qualifizierte Information. „Die Bedrohung Aids wird damit zum Modell für eine erfolglose oder erfolgreiche Gesundheitserziehung. Nach den bisherigen Erfahrungen wird sie erfolgreich. Ganz im Gegensatz zu den Anti-Raucherkampagnen scheinen die Informationen, wie man sich vor Aids schützen kann, zu zünden. Befragungnen haben erwiesen, daß sich das Sexualverhalten homosexueller Männer geändert hat."